

1999

SCHWEIZERISCHE NATIONALBANK
BANQUE NATIONALE SUISSE
BANCA NAZIONALE SVIZZERA
BANCA NAZIUNALA SVIZRA ☒

92. Geschäftsbericht

Aufgaben und Ziele der Nationalbank

Allgemeines

Die Schweizerische Nationalbank führt als unabhängige Zentralbank die Geld- und Währungspolitik. Diese schafft zusammen mit der Finanzpolitik und der Wettbewerbspolitik die grundlegenden Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Nationalbank hat sich gemäss Verfassung und Gesetz vom Gesamtinteresse des Landes leiten zu lassen. Sie erachtet das Ziel der Preisstabilität als vorrangig.

Preisstabilität

Preisstabilität ist eine wesentliche Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand. Inflation und Deflation erschweren die Entscheide von Konsumenten und Produzenten, stören die Wirtschaftsentwicklung und benachteiligen die wirtschaftlich Schwächeren. Um das Preisniveau stabil zu halten, richtet die Nationalbank ihre Geldpolitik an den Wachstumsmöglichkeiten der Wirtschaft aus. Die Nationalbank setzt Preisstabilität mit einer Inflation, gemessen am Landesindex der Konsumentenpreise, von unter 2% pro Jahr gleich.

Erleichterung des Zahlungsverkehrs

Die Erleichterung des Zahlungsverkehrs gehört zu den wesentlichen Aufgaben der Nationalbank. Zusammen mit den Banken und der Post ist sie eine Hauptträgerin des Zahlungsverkehrssystems.

Gewährleistung der Bargeldversorgung

Die Nationalbank verfügt von Gesetzes wegen über das Monopol für die Ausgabe von Banknoten. Sie versorgt die Wirtschaft mit Noten, die hohen Qualitäts- und Sicherheitsansprüchen genügen. Im Auftrag des Bundes obliegt ihr auch die Münzverteilung.

Bargeldloser Zahlungsverkehr

Im bargeldlosen Zahlungsverkehr engagiert sich die Nationalbank im Bereich der Zahlungen zwischen den Banken, da sie dort den grössten Beitrag zur Sicherheit und Effizienz des Zahlungsverkehrssystems leisten kann. Diese Zahlungen werden im Swiss Interbank Clearing (SIC) abgewickelt.

Anlage der Währungsreserven

Der Nationalbank obliegt die Anlage der Währungsreserven (Gold, Devisen, internationale Zahlungsmittel). Die Währungsreserven dienen der Sicherung des Vertrauens in den Franken, zur Vorbeugung und Überwindung von Krisen sowie für Interventionen am Devisenmarkt.

Statistik

Die Nationalbank erstellt verschiedene Statistiken, insbesondere die Bankenstatistik und die Zahlungsbilanz der Schweiz.

Tätigkeiten für den Bund

Die Nationalbank berät die Bundesbehörden in währungspolitischen Fragen. Sie wirkt zudem als Bank des Bundes.

Stabilität des Finanzsystems

Die Stabilität des Finanzsystems beruht in erster Linie auf der Solidität der einzelnen Marktteilnehmer und einer wirksamen Bankenaufsicht. Letztere ist Aufgabe der Eidgenössischen Bankenkommission. Der Hauptbeitrag der Nationalbank besteht in der Führung einer stabilitätsorientierten Geldpolitik und der Mitwirkung bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen für den Finanzplatz Schweiz. Die Nationalbank übt die Funktion des Lender of last resort aus.

Schweizerische Nationalbank
92. Geschäftsbericht 1999

Inhalt

4	Vorwort
6	Überblick über die Wirtschaftsentwicklung
7	1 Ausland
7	1.1 Realwirtschaftliche Entwicklung
12	1.2 Geldpolitik
14	1.3 Finanzpolitik
16	1.4 Devisenmärkte
16	1.5 Finanzmärkte
20	2 Schweiz
20	2.1 Realwirtschaftliche Entwicklung
26	2.2 Finanzpolitik
28	2.3 Finanzmärkte
32	Die Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank
33	1 Konzept
40	2 Durchführung
43	3 Reform der Geld- und Währungsverfassung
44	4 Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel
45	5 Abkommen über Goldverkäufe
46	Übrige Notenbankaufgaben
47	1 Anlage der Aktiven
47	1.1 Grundlagen
48	1.2 Devisenanlagen
49	1.3 Anlage von Wertschriften in Schweizer Franken
50	1.4 Goldleihe
51	1.5 Risikomanagement
52	2 Zahlungsverkehr
52	2.1 Grundlagen
53	2.2 Bargeldversorgung
54	2.3 SIC-Zahlungsverkehr
56	3 Statistik
57	4 Dienstleistungen für den Bund
58	5 Zusammenarbeit mit Bundesstellen
58	5.1 Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Finanzdepartement
59	5.2 Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Bankenkommission
60	6 Internationale Zusammenarbeit
60	6.1 Mitwirkung beim Internationalen Währungsfonds
61	6.2 Mitwirkung in der Zehnergruppe
61	6.3 Mitwirkung bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
62	6.4 Währungshilfekredite
63	6.5 Technische Hilfe und Ausbildung

64		Die Nationalbank als Unternehmen
65	1	Organisation
66	2	Personal und Ressourcen
69	3	Mutationen in Bankbehörden und Direktion
74		Finanzielle Berichterstattung
75	1	Erfolgsrechnung 1999
76	2	Bilanz per 31. Dezember 1999
78	3	Anhang per 31. Dezember 1999
78	3.1	Erläuterungen zur Geschäftstätigkeit
78	3.2	Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze
80	3.3	Erläuterungen zur Erfolgsrechnung
85	3.4	Erläuterungen zur Bilanz
99	3.5	Erläuterungen zu den Ausserbilanzgeschäften
100	4	Anträge des Bankrates an die Generalversammlung der Aktionäre
101	5	Bericht der Revisionskommission an die Generalversammlung der Aktionäre
102		Chronik
105		Tabellen und Aufstellungen
106	1	Geschäftsergebnisse seit 1989
108	2	Bilanzübersicht seit 1989
110	3	Verzeichnis der Mitglieder der Aufsichts- und Leitungsorgane
118	4	Organigramm
120	5	Publikationen
122	6	Adressen der Sitze und Zweiganstalten

Die in Erfolgsrechnung, Bilanz und Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Das Total kann deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizerische Nationalbank darf auf ein gutes Jahr zurückblicken. Es ist uns gelungen, die laufenden Geschäfte ohne schwer wiegende Probleme zu bewältigen. Gleichzeitig wurden in wichtigen Bereichen neue Akzente gesetzt.

Besonders erfreulich war, dass sich der wirtschaftliche Aufschwung im Laufe des Jahres immer deutlicher abzeichnete. Wir sind heute dem Ziel einer ausgewogenen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – angemessenes reales Wachstum, hohe Beschäftigung, tiefe Teuerung – näher als seit vielen Jahren. Dazu haben nicht zuletzt die günstigen monetären Rahmenbedingungen beigetragen.

Veränderungen im für uns massgebenden Umfeld haben uns bewogen, die Grundlagen der Geldpolitik zu überdenken. Das angepasste Konzept wird es ermöglichen, den Auftrag, die Geldpolitik im Gesamtinteresse des Landes zu führen, weiterhin zu erfüllen. Dabei sind wir uns bewusst, dass wir mit unseren Mitteln in erster Linie die Preisstabilität gewährleisten können.

Die Modernisierung der schweizerischen Währungsordnung hat weitere Fortschritte gemacht. Die neue Bundesverfassung enthält auch einen nachgeführten Artikel über die Geld- und Währungspolitik. Anfang Mai wird voraussichtlich das neue Währungs- und Zahlungsmittelgesetz in Kraft treten. Dann wird die Bindung des Frankens an das Gold gelöst sein. Bekanntlich ist vorgesehen, die Hälfte des Goldbestandes von rund 2600 Tonnen für andere öffentliche Zwecke zu verwenden. Die Nationalbank wird auch weiterhin über ausreichende Währungsreserven verfügen.

Die Neuorganisation des Bargeldverkehrs ist abgeschlossen. Die Bargeldverarbeitung wird damit bei den Sitzen Bern und Zürich sowie den Zweiganstalten Genf und Lugano konzentriert. Die Zweiganstalten Basel, Lausanne, Luzern und St. Gallen nehmen weiterhin ihren Informationsauftrag wahr.

Unsere Ertragslage gestattet eine Gewinnausschüttung an Bund und Kantone im vereinbarten Ausmass von 1,5 Milliarden Franken.

Der Rückblick auf ein erfolgreiches Jahr lässt uns nicht vergessen, dass zahlreiche Aufgaben einer Lösung harren und neue Herausforderungen mit Sicherheit auf uns zukommen werden.

Wir danken unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie auch den Mitgliedern der Bankbehörden für ihre Unterstützung, auf die wir auch weiterhin zählen.

Bern, den 3. März 2000

Eduard Belser

Präsident des Bankrates

Dr. Hans Meyer

Präsident des Direktoriums

Überblick über die Wirtschaftsentwicklung

1 Ausland

1.1 Realwirtschaftliche Entwicklung

Im Jahre 1999 hellte sich die Lage der Weltwirtschaft auf, die in den beiden Vorjahren durch die Krisen in Ostasien, Russland und Lateinamerika sowie Turbulenzen an den Finanzmärkten erschüttert worden war. Die aufstrebenden ostasiatischen Länder erholten sich schneller als erwartet vom Konjunkturunbruch des Vorjahres. Auch Japan überwand in der ersten Jahreshälfte die Rezession. Dagegen spürten viele Länder Osteuropas weiterhin die Nachwirkungen der internationalen Finanzkrise sowie die anhaltend schwierige Wirtschaftslage Russlands. In Lateinamerika begann sich die Konjunktur zu bessern, nachdem in Brasilien eine Finanzkrise abgewendet werden konnte. Infolge des insgesamt anziehenden Wirtschaftswachstums belebte sich im Laufe des Jahres 1999 das Welthandelsvolumen beträchtlich.

Aufhellung der Weltwirtschaft infolge der Erholung in Ostasien

Die Überwindung der Wirtschaftskrise in Ostasien wirkte sich auf die Industrieländer günstig aus. Die Exporte, die im Vorjahr spürbar abgeflacht waren, zogen in den meisten Ländern an und die Investitionstätigkeit nahm deutlich zu. Das reale Bruttoinlandprodukt der OECD-Länder stieg im Jahre 1999 um durchschnittlich 2,8%, verglichen mit 2,4% im Jahre 1998. Zum stärkeren Wachstum trugen die konjunkturelle Besserung in Japan, aber auch die dynamische Entwicklung in den USA bei.

Höheres Wirtschaftswachstum im OECD-Raum

In den USA setzte sich der Wirtschaftsaufschwung im Jahre 1999 fort. Das reale Bruttoinlandprodukt stieg zum dritten aufeinander folgenden Mal um über 4%. Gestützt durch steigende Aktienkurse wuchs besonders der private Konsum kräftig; auch vom Investitionsboom im Informatikbereich sowie von den im Laufe des Jahres anziehenden Exporten gingen starke Impulse aus. Dagegen verlor die Bautätigkeit infolge der höheren Zinssätze an Schwung.

Anhaltend starkes Wachstum in den USA

Die japanische Wirtschaft wuchs im Jahre 1999 um knapp 1%, nachdem sie im Vorjahr um 2,6% geschrumpft war. Das Wachstum stützte sich vorerst hauptsächlich auf umfangreiche Konjunkturstützungsprogramme, mit denen der Staat der andauernden Nachfrageschwäche begegnete. Im Laufe des Jahres nahmen auch die Exporttätigkeit und der private Konsum wieder zu. In der Folge wich die gedrückte Stimmung bei den Unternehmen einem vorsichtigen Optimismus. Positiv wirkten sich ausserdem die tief greifenden Restrukturierungsmassnahmen aus, die in verschiedenen Branchen eingeleitet wurden.

Überwindung der Rezession in Japan

In Europa festigte sich die konjunkturelle Erholung im Laufe des Jahres 1999. Besonders die Exporte belebten sich. Die deutliche Abschwächung des Euro begünstigte diese Entwicklung. Das allgemein bessere Konjunkturklima verlieh auch der Binnennachfrage Auftrieb. In den meisten Ländern Europas nahmen die Ausrüstungsinvestitionen verstärkt zu und die Bauwirtschaft überwand die lange Phase der Stagnation. Eine wichtige Konjunkturstütze bildete weiterhin der private Konsum. Wegen der Wachstumsschwäche im ersten Halbjahr stieg das reale Bruttoinlandprodukt der EU-Länder im Jahre 1999 mit durchschnittlich 2,1% weniger stark als im Vorjahr (2,7%). Frankreich, Spanien und eine Reihe kleinerer Länder erreichten überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten; in Deutschland und Italien kam die Konjunktur dagegen nur langsam in Fahrt.

Konjunkturerholung in Europa

Höhere Beschäftigung

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt widerspiegelte die beträchtlichen konjunkturellen Unterschiede zwischen den OECD-Ländern. In den USA nahm die Beschäftigung erneut stark zu, während sie in Japan – teilweise als Folge des Restrukturierungsprozesses – weiter abgebaut wurde. In Europa wiesen verschiedene Länder, insbesondere Spanien, Irland und Holland, ein bemerkenswert kräftiges Beschäftigungswachstum auf. Auch in Frankreich zog die Nachfrage nach Arbeitskräften an; dagegen entwickelte sie sich in Deutschland und Italien verhalten.

Weiterhin hohe Arbeitslosigkeit in der EU

Die Arbeitslosenquote bildete sich im Jahre 1999 in den USA auf 4,2% zurück, was dem tiefsten Stand seit 1970 entspricht. In der EU sank sie auf durchschnittlich 9,2%. Bei rückläufiger Tendenz wiesen Spanien, Italien, Griechenland, Frankreich und Belgien nach wie vor eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit auf. Die massiven Unterschiede innerhalb verschiedener Länder deuten auf anhaltende strukturelle Probleme hin; so war die Arbeitslosenquote in Süditalien rund vier Mal so hoch wie in Norditalien und in Ostdeutschland doppelt so hoch wie in Westdeutschland.

Leichter Anstieg der Teuerung

Die an den Konsumentenpreisen gemessene Teuerung stieg im Laufe des Jahres 1999 leicht an. Im Durchschnitt der OECD betrug sie im Dezember 3,6% und lag damit um 0,3 Prozentpunkte höher als vor Jahresfrist. Der Teuerungsanstieg widerspiegelte vor allem den starken Anstieg der Erdölpreise. Die ohne Energie und Lebensmittel gemessene Teuerung belief sich auf 1,5% und war damit leicht tiefer als im Vorjahr. Im Unterschied zu den meisten anderen Industrieländern ging in Grossbritannien die Teuerung im Laufe des Jahres zurück. Mit durchschnittlich rund einem halben Prozent war die Teuerung in Deutschland und Frankreich bemerkenswert tief, während in Japan das Preisniveau stabil blieb.

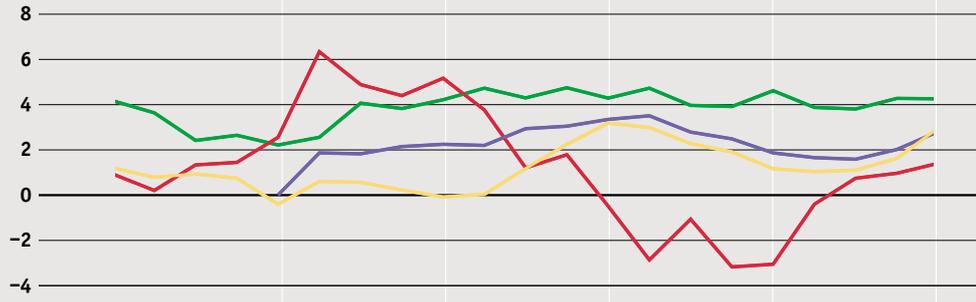
Divergierende Ertragsbilanzsalden

Das amerikanische Ertragsbilanzdefizit weitete sich infolge des starken Importwachstums deutlich aus und belief sich im Jahre 1999 auf fast 4% des Bruttoinlandproduktes. Umgekehrt verminderte sich in Japan wegen des zunehmenden Konsums ausländischer Güter der Überschuss der Ertragsbilanz. Die EU schloss mit einer beinahe ausgeglichenen Ertragsbilanz ab, wobei es jedoch zwischen den einzelnen Ländern erhebliche Unterschiede gab; während Frankreich einen Überschuss verzeichnete, wies Grossbritannien ein hohes Defizit auf.

Bruttoinlandprodukt

- USA
- Japan
- OECD Europa
- Schweiz

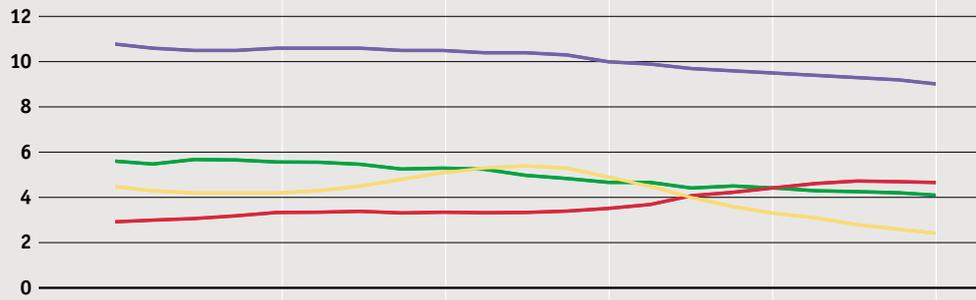
Veränderung gegenüber
Vorjahr in Prozent.
Quelle: OECD



Arbeitslosigkeit

- USA
- Japan
- OECD Europa
- Schweiz

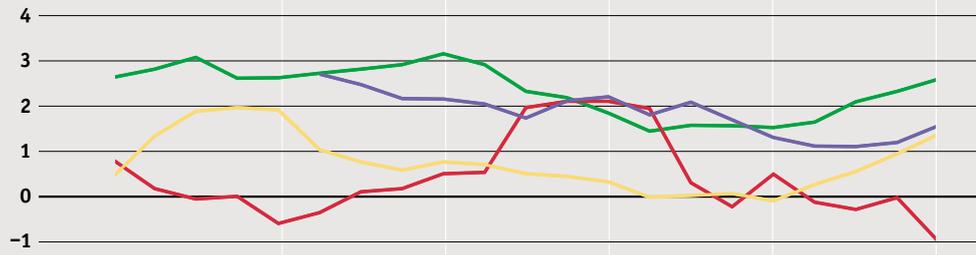
Saisonbereinigt; in Prozent.
Quelle: OECD



Teuerung

- USA
- Japan
- OECD Europa
- Schweiz

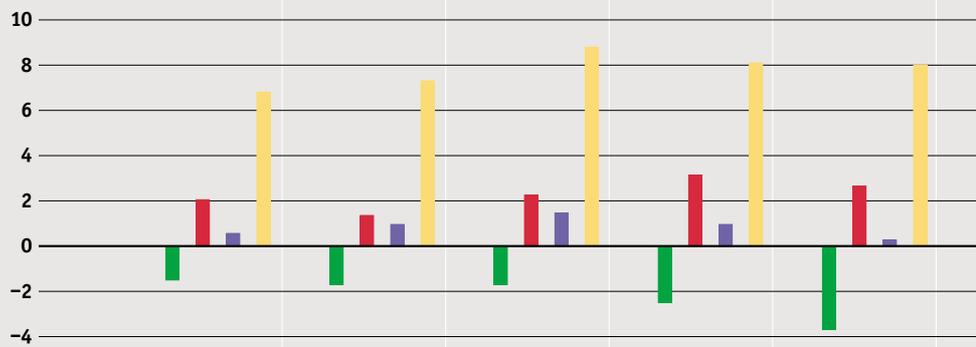
In Prozent.
Quelle: OECD



Ertragsbilanz

- USA
- Japan
- Europäische Union
- Schweiz

Saldo in Prozent
des Bruttoinlandproduktes.
Quelle: OECD



Übersicht Konjunktorentwicklung

	1995	1996	1997	1998	1999
Reales Bruttoinlandprodukt Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent					
USA	2,7	3,7	4,5	4,3	4,1
Japan	1,4	5,2	1,6	-2,6	0,7
Europäische Union	2,4	1,6	2,5	2,7	2,1
Deutschland	1,8	0,8	1,6	2,0	1,4
Frankreich	1,8	1,2	2,0	3,4	2,4
Grossbritannien	2,8	2,6	3,5	2,0	1,7
Italien	2,9	0,9	1,5	1,3	1,0
Schweiz	0,5	0,3	1,7	2,1	1,7

Arbeitslosigkeit in Prozent

USA	5,6	5,4	4,9	4,5	4,2
Japan	3,2	3,4	3,4	4,1	4,7
Europäische Union	10,8	10,9	10,8	10,1	9,4
Deutschland	9,5	10,4	11,5	11,0	10,5
Frankreich	11,6	12,3	12,5	11,8	11,2
Grossbritannien	8,0	7,3	5,5	4,7	4,3
Italien	11,7	11,7	11,8	11,9	11,4
Schweiz	4,2	4,7	5,2	3,9	2,7

Teuerung auf Konsumstufe in Prozent

USA	2,8	2,9	2,3	1,6	2,2
Japan	-0,1	0,1	1,7	0,6	-0,1
Europäische Union	3,0	2,4	2,0	1,7	1,2
Deutschland	1,7	1,4	1,9	1,0	0,6
Frankreich	1,8	2,1	1,3	0,7	0,6
Grossbritannien	3,4	2,5	3,1	3,4	3,0
Italien	5,4	3,9	1,8	1,7	1,6
Schweiz	1,8	0,8	0,5	0,0	0,8

Ertragsbilanzsaldo in Prozent des Bruttoinlandproduktes

USA	-1,5	-1,7	-1,7	-2,5	-3,7
Japan	2,1	1,4	2,3	3,2	2,7
Europäische Union	0,6	1,0	1,5	1,0	0,3
Deutschland	-0,8	-0,2	-0,1	-0,2	0,0
Frankreich	0,7	1,3	2,7	2,8	2,4
Grossbritannien	-0,5	-0,1	0,8	0,0	-1,5
Italien	2,3	3,3	2,9	1,7	0,6
Schweiz	6,9	7,4	8,9	8,2	8,1

Die Zahlen für das Jahr 1999
sind teilweise geschätzt.
Quelle: OECD

Die meisten Länder Ostasiens – vor allem Südkorea, jedoch auch Thailand, Malaysia und die Philippinen – überwandten im Laufe des Jahres 1999 die Folgen der Finanzkrise, die Mitte 1997 ausgebrochen war und eine lange Periode des Aufschwungs beendet hatte. Gestützt durch eine expansive Finanzpolitik begann sich die Binnennachfrage zu erholen und die internationale Konkurrenzfähigkeit nahm infolge der massiven Abwertung der Landeswährungen zu. Als bedeutsam erwiesen sich insbesondere die Einleitung von Struktur-reformen und die finanzielle Hilfe des Internationalen Währungsfonds (IWF). Nur geringfügig besserte sich die Lage in Indonesien; das Land hatte weiterhin mit schwer wiegenden politischen Problemen zu kämpfen. In China, das von der Finanzkrise nicht direkt betroffen war, sank das Wirtschaftswachstum infolge zunehmender struktureller Probleme. Belastend wirkte vor allem die mangelnde Restrukturierung unrentabler staatlicher Betriebe.

Überwindung der Krise in Ostasien

In Osteuropa verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum im Jahre 1999. Dies war im Wesentlichen eine Folge der Verschärfung der Finanzpolitik im Vorjahr, mit welcher der drohenden Währungs- und Zahlungsbilanzkrise entgegengewirkt worden war. Während in Ungarn, Polen und Slowenien die konjunkturelle Abkühlung bescheiden ausfiel, war die Wachstumseinbusse in der Slowakei und in Bulgarien deutlicher. In Rumänien setzte sich die seit drei Jahren anhaltende Krise fort. Wie in Bulgarien belastete zusätzlich der Kosovo-Krieg die Wirtschaft. Die tschechische Wirtschaft begann sich im Laufe des Jahres 1999 von der Rezession zu erholen, in die das Land im Vorjahr geraten war. Die Teuerung bildete sich aufgrund der Straffung der Geldpolitik in den Vorjahren in vielen osteuropäischen Ländern zurück. Besonders erfolgreich war die Inflationsbekämpfung in Bulgarien, wo die Währung Mitte 1997 strikte an die D-Mark gebunden wurde. Die Anbindung bewirkte indessen eine starke reale Aufwertung und eine entsprechende Ausweitung des Ertragsbilanzdefizites.

Wachstumsverlangsamung in Osteuropa

In Russland stabilisierte sich die Wirtschaftslage im Jahre 1999. Im Frühjahr kam der Wertzerfall des Rubels zum Stillstand und der Inflationsanstieg konnte – wenn auch auf einem Stand von mehr als 100% – gebremst werden. Infolge der Verteuerung der Importe wurden die im Inland hergestellten Güter konkurrenzfähiger, so dass die Industrieproduktion leicht stieg. Im Juli gewährte der IWF einen neuen Bereitschaftskredit, nachdem Russland verschiedene Auflagen im Bereich der Banken- und Steuerreform erfüllt hatte. Vom Kredit, der ausschliesslich zur Bedienung der Schulden Russlands gegenüber dem IWF verwendet werden kann, wurde indessen nur eine erste Tranche ausbezahlt.

Stabilisierung in Russland

In den lateinamerikanischen Ländern, die von der internationalen Finanzkrise und sinkenden Rohstoffpreisen erheblich in Mitleidenschaft gezogen worden waren, entwickelte sich die Wirtschaftslage unterschiedlich. Während die mexikanische Wirtschaft vom Aufschwung in den USA profitierte und sich auch die Konjunktur in Chile aufhellte, brach in Brasilien zu Beginn des Jahres 1999 eine Währungskrise aus. Das Land musste die Bindung seiner Währung an den Dollar aufgeben. Mit der raschen Umsetzung eines Stabilisierungsprogrammes sowie umfangreicher internationaler Finanzhilfe konnte die Inflation jedoch unter Kontrolle gehalten und eine Erholung in die Wege geleitet werden. Wegen der kräftigen Abwertung der brasilianischen Währung geriet Argentinien, dessen wichtigster Handelspartner Brasilien ist, in eine Rezession; gegen Ende des Jahres mehrten sich auch in diesem Land die Zeichen einer Besserung.

1.2 Geldpolitik

Die Zentralbanken der USA und Europas führten in den ersten Monaten des Jahres ihre lockere Geldpolitik fort, mit der sie im Herbst 1998 der Gefahr eines weltweiten Konjunkturerinbruches als Folge der internationalen Finanzkrise begegnet waren. Ab der Jahresmitte strafften sie ihre Geldpolitik. Sie reagierten damit auf die Besserung des konjunkturellen Umfeldes und die Gefahr eines Teuerungsanstiegs.

Die amerikanische Zentralbank erhöhte den angestrebten Satz für Tagesgeld zwischen Juni und November in drei Schritten von 4,75% auf 5,5%. Mitte November lag der Satz damit wieder gleich hoch wie vor Ausbruch der internationalen Finanzkrise im Herbst 1998.

Die britische Zentralbank senkte ihren Leitzins zwischen Januar und Juni in vier Schritten von 6,25% auf 5%, nachdem sich die Konjunktur merklich abgekühlt hatte und die Teuerung rückläufig war. Im Laufe des Jahres beschleunigte sich das Wachstum der Binnennachfrage. Mit zunehmender Teuerungsgefahr erhöhte die Zentralbank den Leitzins zwischen September und November um insgesamt einen halben Prozentpunkt auf 5,5%.

Am 1. Januar 1999 begann in elf der fünfzehn EU-Länder die dritte Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Der Euro wurde als rechtlich eigenständige Währung eingeführt, nachdem bereits im Mai 1998 die bilateralen Wechselkurse zwischen den Währungen der elf teilnehmenden Länder fixiert worden waren. Gleichzeitig ging die Führung der Geldpolitik im Euro-Gebiet von den Zentralbanken der teilnehmenden Länder an die Europäische Zentralbank (EZB) über.

Die EZB belass den Leitzins, den Satz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte (Pensionsgeschäfte), in den ersten drei Monaten des Jahres unverändert bei 3%. Dies entsprach dem Niveau, auf das die Zentralbanken des Euro-Gebietes im Dezember 1998 ihre Leitzinsen in einer koordinierten Aktion reduziert hatten. Angesichts der Konjunkturschwäche und der geringen Teuerung senkte die EZB Anfang April ihren Leitzins um einen halben Prozentpunkt auf 2,5%. Die Aufhellung der Wirtschaftslage in Europa sowie die Befürchtung, die Teuerung könnte in Zukunft wieder steigen, führten dazu, dass die EZB Anfang November 1999 den Leitzins wieder um einen halben Punkt auf 3% heraufsetzte.

Die japanische Zentralbank setzte im Jahre 1999 ihre lockere Geldpolitik fort, um die Wirtschaft zu stützen und den Deflationstendenzen entgegenzuwirken. Im Februar senkte sie den Tagesgeldsatz von 0,25% auf 0,15% und liess ihn anschliessend auf fast 0% zurückgehen.

**Senkung und
Wiederanhebung des
Leitzinses durch die
Europäische Zentralbank**

**Weitere Lockerung der
Geldpolitik in Japan**

1.3 Finanzpolitik

Besserung bei den öffentlichen Haushalten

Die Lage der öffentlichen Haushalte besserte sich im Jahre 1999 in vielen Industrieländern und die staatliche Verschuldung, gemessen am Bruttoinlandprodukt, bildete sich zurück. Diese Fortschritte sind sowohl auf die günstige Konjunkturlage als auch auf die in vielen Ländern weiterhin restriktive Finanzpolitik zurückzuführen.

Überschüsse in den USA und in Grossbritannien

Infolge des anhaltenden Konjunkturaufschwunges wies der Staatshaushalt der USA im Finanzjahr 1998/1999 erneut einen hohen Überschuss auf. Er betrug 123 Mrd. Dollar bzw. 1,4% des Bruttoinlandproduktes, verglichen mit 1,7% in der Vorperiode. Für das Finanzjahr 1999/2000 dürfte der Überschuss, gemessen am Bruttoinlandprodukt, in einer ähnlichen Grössenordnung liegen. Auch in Grossbritannien schloss der Staatshaushalt wiederum mit einem Überschuss ab. Gemäss Schätzungen war er mit 1% des Bruttoinlandproduktes höher als im Vorjahr. Im Jahre 2000 dürften die Einnahmen des Staatshaushaltes die Ausgaben erneut übertreffen.

Senkung der Haushaltsdefizite im Euro-Gebiet

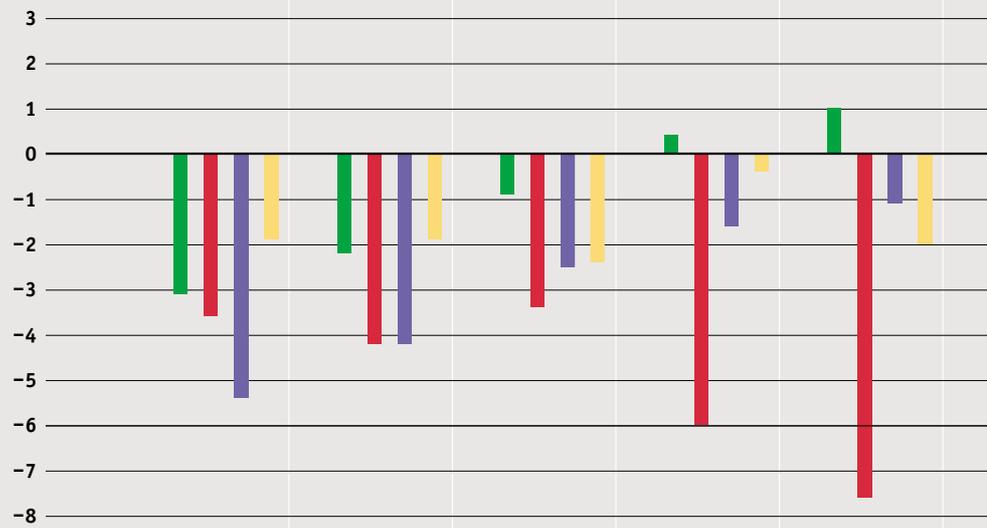
Im Euro-Gebiet besserte sich die Lage der Staatsfinanzen ebenfalls. Das gesamte Defizit ging von 2% auf 1,2% des Bruttoinlandproduktes zurück. Während der Fehlbetrag in Deutschland mit 1,5% nur geringfügig tiefer war als im Vorjahr, sank er in Frankreich und Italien um je fast einen Prozentpunkt auf unter 2%. Im Jahre 2000 dürfte das aggregierte Defizit der staatlichen Haushalte des Euro-Gebietes weiter rückläufig sein. Verschiedene Länder trafen Massnahmen, um das Defizit ihres Staatshaushaltes weiter zu senken; dazu gehört insbesondere die Einschränkung der Staatsausgaben. Auf der Einnahmenseite setzte sich der Trend der Verlagerung von der direkten zur indirekten Besteuerung fort.

Verschlechterung der Staatsfinanzen in Japan

Unter den grossen Industrieländern war Japan das einzige Land, dessen Staatsfinanzen sich verschlechterten. Der Fehlbetrag im Staatshaushalt war aufgrund der staatlichen Konjunkturstützungsprogramme sowie der rückläufigen Einnahmen im Finanzjahr 1999/2000 mit schätzungsweise rund 10% des Bruttoinlandproduktes deutlich höher als in der Vorperiode. Der Anteil der öffentlichen Verschuldung nahm um etwa 8 Prozentpunkte auf 105% des Bruttoinlandproduktes zu.

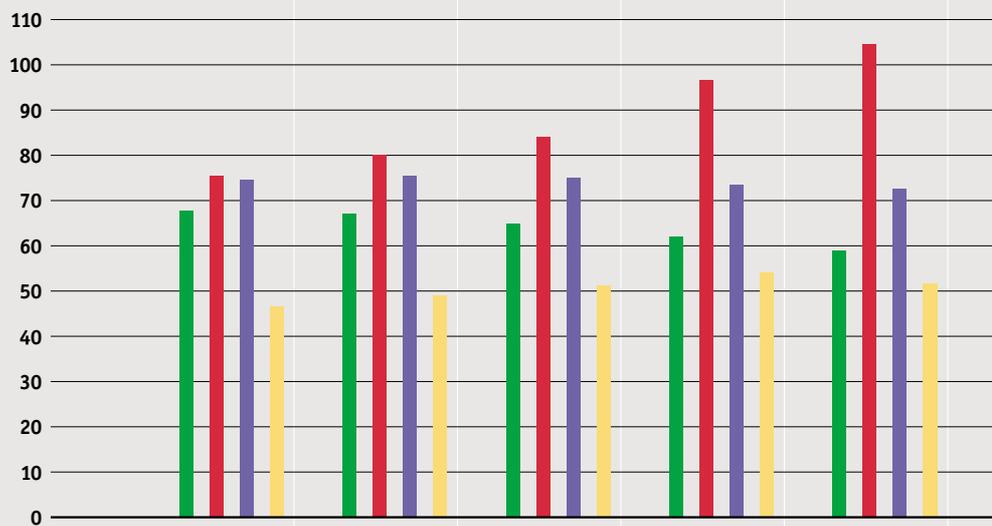
Staatshaushalte

█ USA
█ Japan
█ Europäische Union
█ Schweiz
 Staatshaushalte
 (alle öffentlichen
 Haushalte, einschliesslich
 Sozialversicherungen)
 in Prozent des
 Bruttoinlandproduktes.
 1999: Budget.
 Quelle: OECD



Staatliche Verschuldung

█ USA
█ Japan
█ Europäische Union
█ Schweiz
 Gesamte staatliche
 Verschuldung
 (alle öffentlichen
 Haushalte, einschliesslich
 Sozialversicherungen)
 in Prozent des
 Bruttoinlandproduktes.
 1999: Budget.
 Quelle: OECD



1.4 Devisenmärkte

Erstarkung des Dollar ...

Aufgrund des robusten Wirtschaftswachstums in den USA erstarkte der Dollar im ersten Halbjahr 1999 gegenüber den meisten anderen Währungen. In der zweiten Jahreshälfte verlor er zunächst an Wert, nahm aber im vierten Quartal erneut deutlich zu. Insgesamt gewann er von Anfang Januar bis Ende Dezember gegenüber dem Euro um 14,7% und gegenüber dem Franken um 16,8% an Wert. Real und handelsgewichtet lag der Dollarkurs im Dezember um 3,9% über seinem Vorjahresstand.

... und des Yen

Der Yen stieg, vor allem im zweiten Halbjahr, ebenfalls stark. Gegenüber dem Dollar erhöhte er sich zwischen Anfang Januar und Ende Dezember um knapp 10%, gegenüber dem Euro und dem Franken um je rund 23%.

Abschwächung des Euro

Der Euro schwächte sich in der ersten Jahreshälfte infolge der zu Beginn des Jahres 1999 unsicheren Wachstumsaussichten im Euro-Gebiet ab. Anfang Januar betrug der Kurs für den Euro 1,18 Dollar/Euro, 133,3 Yen/Euro und 0,7 Pfund/Euro. Bis im Juni sank der Euro auf 1,04 Dollar/Euro. Nach einem vorübergehenden leichten Anstieg bildete er sich bis Ende Dezember auf 1,00 Dollar/Euro zurück. Gegenüber dem Pfund büsste der Euro im Laufe des Jahres um 12,6% an Wert ein. Real und handelsgewichtet lag der Wechselkurs des Euro im Dezember um 11,5% unter dem Stand von Januar. Der Kurs des Franken gegenüber dem Euro bewegte sich während des ganzen Jahres sehr nahe bei 1,60 Franken/Euro.

1.5 Finanzmärkte

Anstieg der langfristigen Zinsen

Die Zinssätze für langfristige Anleihen begannen in den Industrieländern Ende 1998 zu steigen, nachdem sie während vier Jahren rückläufig gewesen waren. Darin widerspiegelten sich die konjunkturbedingt stärkere Nachfrage nach Kapital, aber auch die zunehmenden Teuerungserwartungen. Mit der Straffung der Geldpolitik in den meisten Ländern beruhigte sich die Lage an den Kapitalmärkten und die langfristigen Zinssätze stabilisierten sich. Ende 1999 lagen die Langfristzinsen in den USA mit 6,3% um 1,6 Prozentpunkte und im Euro-Gebiet mit durchschnittlich 5,3% um 1,4 Prozentpunkte über dem Stand vor Jahresfrist. Der Unterschied zwischen der höchsten (Italien) und der tiefsten (Deutschland) Rendite für langfristige Staatsanleihen im Euro-Gebiet bewegte sich während des ganzen Jahres zwischen 0,1 und 0,4 Prozentpunkten.

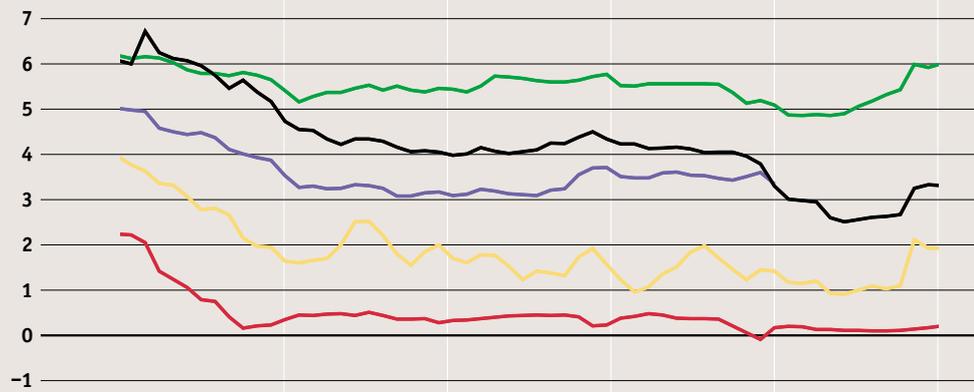
Fortgesetzte Aktienhausse

An den meisten Börsenplätzen stiegen die Aktienkurse auch im Jahre 1999 kräftig. Besonders stark war der Kursanstieg in den nordischen Ländern Europas, doch erhöhten sich die Aktienkurse auch an den Börsen aller grossen Industrieländer beträchtlich. Der Anstieg hatte regional unterschiedliche Gründe: Während sich in der Entwicklung des japanischen Aktienindex die Erwartung einer künftigen Konjunkturbelebung widerspiegelte, war die Zunahme in den USA vor allem auf den Höhenflug der Papiere der Telekommunikations- und Computerindustrie zurückzuführen. An den europäischen Märkten trug die wirtschaftliche Aufhellung dazu bei, dass die Aktienkurse besonders in der zweiten Jahreshälfte anzogen und im Dezember Höchstwerte erreichten.

Kurzfristige Zinssätze

█ Dollar
█ Yen
█ D-Mark
█ Euro
█ Franken

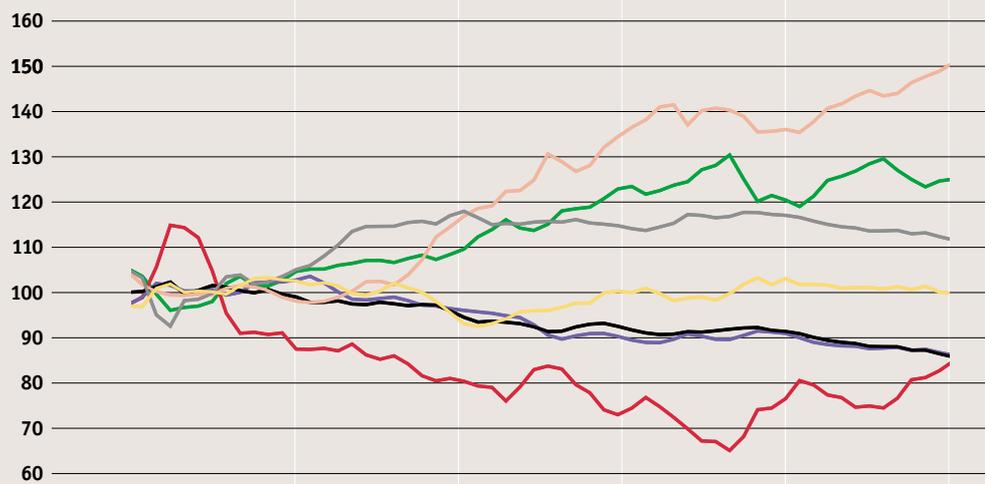
Dreimonatige Zinssätze auf dem Euromarkt.
 Quelle: BIZ



Wechselkurse

█ Dollar
█ Yen
█ D-Mark
█ Franc
█ Pfund
█ Lira
█ Franken

Reale, handelsgewichtete Wechselkurse, Index 1995 = 100.
 Quelle: IMF



**Zunehmende Beanspruchung
der Finanzmärkte**

Die Nettobeanspruchung der internationalen Finanzmärkte nahm im Jahre 1999 um über ein Drittel zu und betrug 1086 Mrd. Dollar. Davon entfiel der überwiegende Anteil (1017 Mrd. Dollar) auf mittel- und langfristige Anleihen; mit 69 Mrd. Dollar war der Anteil der Geldmarktinstrumente weiterhin relativ gering. Im Vorjahresvergleich stiegen die mittel- und langfristigen Anleihen um 52%, die Geldmarktinstrumente um 600%. Unter den Emissionswährungen gewann der Euro zulasten der anderen Währungen an Marktanteil; dieser stieg von 28% im Vorjahr auf 39%, während die Anteile der in Dollar und in Pfund begebenen Anleihen von 49% auf 43% bzw. von 9% auf 7% sanken. Die Marktanteile des Yen und des Frankens blieben mit 7% bzw. 2% ungefähr gleich wie im Vorjahr.

**Anziehende Gewinne der
Banken in den USA und in
Europa**

Nach einem schwierigen Vorjahr steigerten die Geschäftsbanken ihre Gewinne im Jahre 1999 erheblich. In den USA begünstigte das starke Wirtschaftswachstum die Rentabilität der Bankgeschäfte, während in Europa vor allem die Banken Deutschlands und Frankreichs vom Umsatzwachstum an den internationalen Finanzmärkten profitierten. Der Konzentrationsprozess in der Bankenbranche setzte sich fort; in Frankreich, Italien und Spanien schlossen sich bestehende grosse Banken zu den jeweils grössten Instituten des Landes zusammen.

**Liberalisierung der
Bankengesetzgebung in
den USA**

Im November 1999 verabschiedete der US-Kongress eine liberalisierte Bankengesetzgebung (Financial Modernization Act). Aufgehoben wurden insbesondere jene Bestimmungen, die bis anhin die Geschäfte der Banken, der Wertpapiergesellschaften und der Versicherungen weitgehend trennten. Mit der Gesetzesrevision wird auch in den USA die Schaffung von Allfinanz- und Universalbankkonzernen möglich.

**Erste Erfolge des
Restrukturierungsprozesses
in Japan**

Die Restrukturierung des japanischen Bankensektors führte im Jahre 1999 zu ersten Erfolgen. Verschiedene japanische Grossbanken erzielten wieder Gewinne. Mit Hilfe öffentlicher Mittel trug auch der Staat zur Bereinigung im Bankensektor bei. Fünf Regionalbanken wurden insolvent erklärt und unter öffentliche Verwaltung gestellt. Mehrere Grossbanken fusionierten oder schufen gemeinsame Holdinggesellschaften; ein konkursites Kreditinstitut wurde an ausländische Investoren abgetreten.

Rekapitalisierung in Ostasien

In Ostasien belastete der hohe Bestand an notleidenden Ausleihungen die Abschlüsse der Banken. Als Folge fusionierten viele Institute und verschiedene Länder leisteten Kapitalzuschüsse an zahlungsunfähige Banken. Hongkong und Singapur liberalisierten ihre Finanzmärkte und öffneten sie vermehrt der ausländischen Konkurrenz, um ihre Bedeutung als internationale Finanzplätze zu stärken.

**Probleme in Russland,
Restrukturierung in
Osteuropa**

In Russland hatte der Bankensektor weiterhin mit grossen Problemen zu kämpfen. Die russische Zentralbank entzog 16 Kreditinstituten, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen konnten, die Bewilligung zur Ausübung des Geschäftes. In den Ländern Osteuropas ging die Restrukturierung des Bankensektors weiter. In Tschechien und Polen wurde der Finanzsektor teilprivatisiert.

Langfristige Zinssätze

- USA
- Japan
- Deutschland
- Euro-Gebiet
- Schweiz

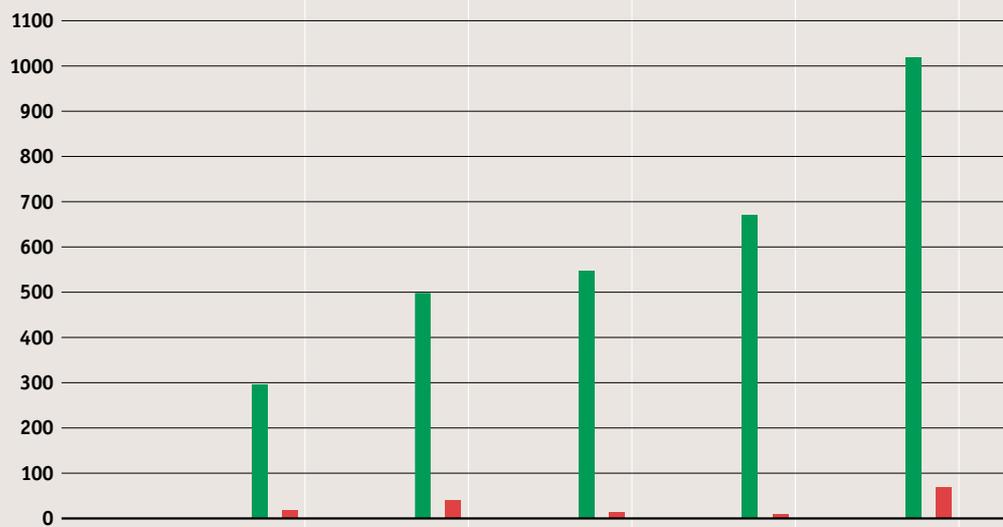
Langfristige Staatspapiere,
in Prozent.
Quelle: BIZ



Nettobeanspruchung der internationalen Finanzmärkte

- Obligationen und mittelfristige Papiere
- Geldmarktpapiere

In Mrd. Dollar.
Quelle: BIZ



2 Schweiz

2.1 Realwirtschaftliche Entwicklung

Anziehende Konjunktur

Die schweizerische Konjunktur gewann im Laufe des Jahres 1999 an Schwung, nachdem sie im zweiten Halbjahr 1998 infolge der Asienkrise merklich an Dynamik eingebüsst hatte. Die wichtigsten Impulse gingen von den Exporten aus. Erstmals seit vier Jahren trugen auch die Bauinvestitionen wieder zum Wirtschaftswachstum bei. Während die Ausrüstungsinvestitionen schwächer zunahmen, bildete der private Konsum wie im Vorjahr eine bedeutende Konjunkturstütze. Der staatliche Konsum, der weiterhin von den Sanierungsbemühungen der öffentlichen Hand geprägt war, stagnierte. Insgesamt stieg wegen des schwachen Wachstums im ersten Halbjahr das reale Bruttoinlandprodukt im Jahre 1999 mit 1,7% weniger stark als im Vorjahr (2,1%).

Besserer Geschäftsgang in der Industrie

Der Geschäftsgang in der Industrie besserte sich im Laufe des Jahres spürbar. Dazu trugen vor allem die langsam wieder steigenden Bestellungseingänge und Auftragsbestände bei. Besonders deutlich zeigte sich die Trendwende bei den stark exportorientierten Branchen. Die Industrieproduktion, die sich zu Beginn des Jahres zurückgebildet hatte, stieg in den folgenden Quartalen wieder. Da die Unternehmen jedoch bestrebt waren, die überhöhten Lagerbestände abzubauen, fiel der Produktionszuwachs bescheiden aus. Die Auslastung der technischen Kapazitäten betrug am Jahresende 81,6%, gegenüber 84,7% vor Jahresfrist.

Kräftig wachsender privater Konsum

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte nahmen mit 2,2% gleich stark zu wie im Vorjahr. Obwohl das Wachstum der realen Einkommen schwächer ausfiel, besserte sich das Konsumklima. Im Januar 2000 erreichte der Konsumentenstimmungsindex den höchsten Stand seit zehn Jahren. Dazu trugen hauptsächlich die optimistischere Beurteilung der Wirtschaftslage und die wachsende Zuversicht bezüglich der Sicherheit des Arbeitsplatzes bei. Wie im Vorjahr erhöhte sich die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern besonders stark. Auch der Binnentourismus entwickelte sich günstig. Die Zahl der ausländischen Gäste sank allerdings, so dass die Tourismusbranche insgesamt ein schlechteres Ergebnis verzeichnete als im Vorjahr.

Erholung der Bauinvestitionen

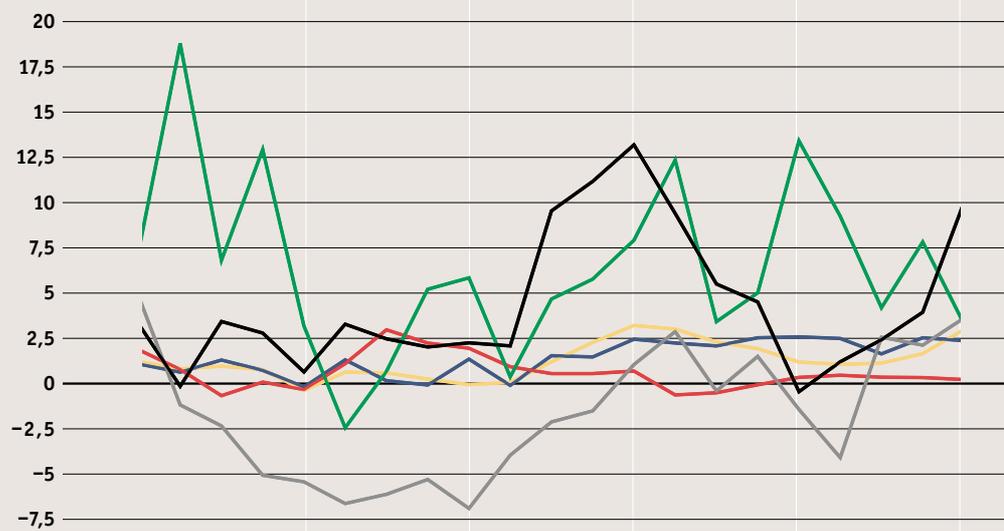
Nachdem die schweizerische Bauwirtschaft im Jahre 1998 die Talsohle erreicht hatte, setzte im Jahre 1999 eine allmähliche Erholung ein. Die Bauinvestitionen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 1,5%. Erhebliche Impulse gingen vom öffentlichen Tiefbau aus, der von den Grossprojekten im Verkehrsbereich (Bahn 2000, Nationalstrassen) sowie ersten Auftragsvergaben im Rahmen der NEAT profitierte. Die private Bautätigkeit konzentrierte sich auf den Wohnungsbau, der sich infolge der besseren Einkommenssituation vieler Haushalte, der niedrigen Hypothekensätze und der sinkenden Leerwohnungsquote belebte. Von einem tiefen Stand aus zogen auch die gewerblich-industriellen Bauinvestitionen an. Demgegenüber blieb die Nachfrage im öffentlichen Hochbau infolge der angespannten Finanzlage der öffentlichen Hand schwach.

Weniger stark steigende Ausrüstungsinvestitionen

Die Ausrüstungsinvestitionen stiegen im Jahre 1999 mit 5,9% weniger stark als im Vorjahr (8,6%). Während die Industrie mit Investitionen zurückhielt, blieb die Nachfrage im Dienstleistungssektor kräftig. Besonders stark expandierten die Käufe von Computern, wobei der Umstellungsbedarf im Hinblick auf den Jahreswechsel für zusätzliche Nachfrage sorgte.

Bruttoinlandprodukt und Komponenten

— Reales Bruttoinlandprodukt
— Privatkonsum
— Staatskonsum
— Bauinvestitionen
— Ausrüstungsinvestitionen
— Exporte
 Veränderung gegenüber
 Vorjahr in Prozent.
 Quelle: seco



Belebung der Exporte

Die realen Güterexporte belebten sich im Laufe des Jahres, nachdem sie im Vorjahr infolge der Asienkrise ins Stocken geraten waren. Im Jahresdurchschnitt wuchsen sie mit 4,4% fast gleich schnell wie im Jahre 1998. Besonders dynamisch entwickelten sich im Jahre 1999 die Ausfuhren in die asiatischen Schwellenländer. Auch die Lieferungen in die USA, die sich im Vorjahr abgeflacht hatten, nahmen stark zu. Die Nachfrage aus dem EU-Raum entwickelte sich dagegen verhalten; bremsend wirkte vor allem die nur langsam anziehende Konjunktur in Deutschland und Italien. Nach Gütergruppen gegliedert, stiegen zunächst vor allem die Ausfuhren von Rohstoffen und Halbfabrikaten sowie von Konsumgütern. Im zweiten Halbjahr erstarkte auch die Nachfrage nach Investitionsgütern. Die Exportpreise, die im Vorjahr gesunken waren, zogen leicht an.

Geringerer Anstieg der Importe

Die Güterimporte wuchsen real mit 5,3% weniger kräftig als im Vorjahr (9,4%). Die Einfuhren von Investitionsgütern nahmen wiederum überdurchschnittlich stark zu; dies gilt auch unter Ausschluss der Lieferung von drei Grossraumflugzeugen, welche die Importziffern zusätzlich erhöhte. Während die Einfuhren von Industriemaschinen moderat ausfielen, stiegen die Importe von Computern mit zweistelligen Wachstumsraten. Die Lieferungen von Konsumgütern erhöhten sich ungefähr gleich stark wie im Vorjahr. Deutlich schwächer nahmen dagegen die Einfuhren von Rohstoffen und Halbfabrikaten zu. Die Importpreise bildeten sich gegenüber dem Vorjahr erneut zurück; der seit Ende 1997 anhaltende Preisrückgang kam aber im Laufe des Jahres 1999 infolge der stark steigenden Erdölpreise zum Stillstand.

Verlangsamtes Wachstum der Beschäftigung

Die konjunkturelle Abschwächung, die das zweite Halbjahr 1998 geprägt hatte, führte dazu, dass sich im Jahre 1999 die Beschäftigung weniger stark erhöhte als im Vorjahr. Sie wuchs im Jahresdurchschnitt um 1,1%, verglichen mit 1,4% im Jahre 1998. In der Industrie stagnierte die Zahl der Arbeitsplätze insgesamt, wobei infolge des anhaltenden Strukturwandels verschiedene Branchen Arbeitsplätze abbauten, während andere solche schufen. Im Dienstleistungssektor stieg die Beschäftigung um 1,4%. Überdurchschnittlich stark erhöhte sich die Nachfrage nach Arbeitskräften in der Informatik- und der Immobilienbranche sowie bei den Versicherungen. Bei den Banken stabilisierte sich der Personalbestand, nachdem er seit Anfang der neunziger Jahre um insgesamt rund 10% gesunken war. In der Bauwirtschaft nahm die Zahl der Arbeitsplätze im Zuge der Erholung wieder zu und übertraf den Vorjahresstand um 0,6%.

Sinkende Arbeitslosigkeit

Infolge der Erholung auf dem Arbeitsmarkt bildete sich die Arbeitslosigkeit im Jahre 1999 weiter zurück. Im Unterschied zu den beiden Vorjahren sank die Zahl der Stellensuchenden stärker als diejenige der Arbeitslosen. Die Zahl der Stellensuchenden umfasst nebst den Arbeitslosen diejenigen Personen, welche einem Zwischenverdienst nachgehen, an einem Beschäftigungsprogramm teilnehmen oder Umschulungs- und Weiterbildungskurse besuchen. Im Dezember 1999 betrug die Zahl der Stellensuchenden 149 400, gegenüber 197 200 vor Jahresfrist. Im gleichen Zeitraum sank die Zahl der registrierten Arbeitslosen saisonbereinigt von 116 600 auf 85 400. Die Arbeitslosenquote fiel von 3,2% auf 2,4%. Die Quote der Stellensuchenden bildete sich bis zum Jahresende auf 4,1% zurück, verglichen mit 5,4% vor Jahresfrist.

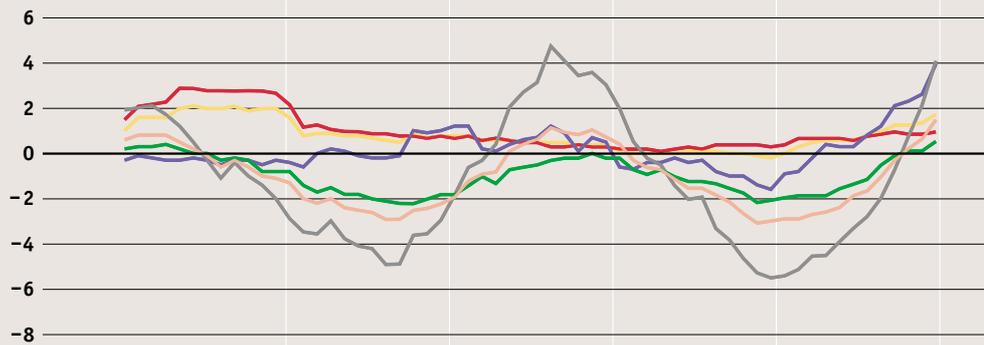
Aussenhandel

— Import
— Export
 Volumen, saisonbereinigt und geglättet.
 Index: 1988 = 100.
 Quelle: Oberzolldirektion



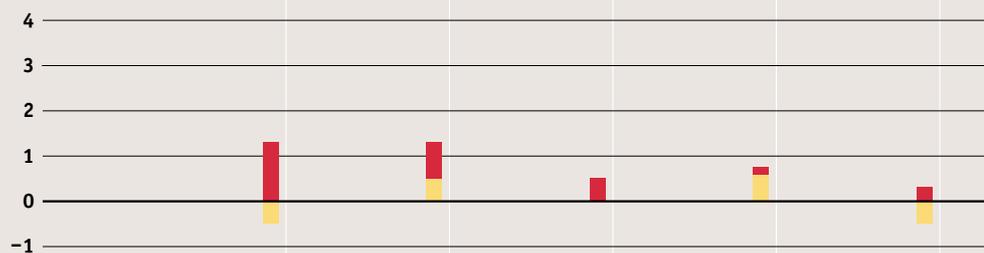
Preisentwicklung

— Konsumentenpreise
— Konsumentenpreise für Inlandgüter
— Konsumentenpreise für Auslandgüter
— Produzenten- und Importpreise
— Produzentenpreise
— Importpreise
 Index Mai 1993 = 100,
 Veränderung gegenüber
 Vorjahr in Prozent.
 Quelle: Bundesamt für Statistik



Löhne

■ Nominell
■ Real
 Arbeitnehmerverdienste,
 Veränderung gegenüber
 Vorjahr in Prozent
 (1999: Schätzung).
 Quelle: Bundesamt für Statistik



Aussteuerung einer grossen Zahl Arbeitsloser

In den Jahren 1998 und 1999 erreichten je rund 50 000 bzw. 40 000 Personen das Ende der Bezugsdauer für Arbeitslosengelder und wurden aussteuert. Die hohe Zahl der Aussteuerungen ist auf zwei Faktoren zurückzuführen. Sie folgt erstens mit einer Verzögerung von rund zwei Jahren der Entwicklung der Arbeitslosigkeit, die bis Mitte 1997 gestiegen war. Zweitens führten die seit dem Jahre 1997 verstärkt einsetzbaren staatlichen Weiterbildungs-, Umschulungs- und Beschäftigungsprogramme bei einem Teil der Arbeitslosen zu einer Verlängerung der Bezugsdauer und damit zu einer zeitlichen Verschiebung der Aussteuerung. Erfahrungsgemäss sind zwei Monate nach Ende der Bezugsdauer nur rund die Hälfte der Ausgesteuerten noch immer bei den regionalen Arbeitsämtern registriert, während weitere 15% eine neue Stelle gefunden haben. Die restlichen rund 35% lassen sich nicht mehr registrieren, obwohl sie weiterhin stellenlos sind. Dadurch wird der Rückgang der Zahl der Arbeitslosen und der Stellensuchenden in der Statistik überzeichnet.

Verringerung der regionalen Unterschiede

Die Arbeitslosenquote ging im Tessin stärker zurück als in der deutschen Schweiz und in den westschweizerischen Kantonen. Im Jahresdurchschnitt betrug die Arbeitslosenquote im Tessin 4,4%, in der Westschweiz 4,0% und in der deutschen Schweiz 2,2%. Mit einem Anteil von 48% waren ausländische Arbeitskräfte weiterhin überdurchschnittlich häufig von der Arbeitslosigkeit betroffen.

Zunehmende Erwerbstätigkeit

Gemäss der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE), die jeweils im zweiten Quartal durchgeführt wird, verlangsamte sich das Beschäftigungswachstum stärker als in der Beschäftigungsstatistik ausgewiesen. Die Zahl der Erwerbstätigen lag im zweiten Quartal 1999 um 0,8% über dem Vorjahresstand, nach einem Anstieg von 1,8% im Vorjahr. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten sank um 0,5%, nachdem sie zuvor um 1,4% gestiegen war. Dagegen stieg die Teilzeitbeschäftigung mit 3,8% leicht kräftiger als im Vorjahr. Ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung erhöhte sich auf 29,4%. Der Anteil der Männer, die Teilzeit arbeiteten, nahm leicht zu. Nach wie vor wird indessen 82% der Teilzeitarbeit von Frauen geleistet. Während die Erwerbsquote der Männer in den letzten zehn Jahren von 91,1% auf 89,6% zurückging, stieg diejenige der Frauen von 70,6% auf 74,5%. Die Erwerbsquote der Männer war in der Schweiz weiterhin höher als in den anderen Ländern der EU. Bei den Frauen übertraf sie den Durchschnitt der EU-Länder ebenfalls, erreichte jedoch nicht das Niveau der nordischen Länder.

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

	1995	1996	1997	1998	1999
1 gemäss Beschäftigungsstatistik					
Vollzeitbeschäftigte ¹ Veränderung in Prozent	-0,5	-1,0	-1,8	0,8	0,4
Voll- und Teilzeitbeschäftigte ¹ Veränderung in Prozent	0,1	-0,3	-1,6	1,4	1,1
2 gemäss SAKE					
Erwerbstätige ² Veränderung in Prozent	1,5	0,5	-0,4	1,8	0,8
Arbeitslosenquote in Prozent	4,2	4,7	5,2	3,9	2,7
3 Fläche der Stelleninserate in den Zeitungen					
Arbeitslose in 1000	153,3	168,6	188,3	139,7	98,6
Kurzarbeitende in 1000	9,9	13,1	6,6	3,1	2,9
Quellen: BFS, seco, Manpower Index					
Manpower Stellenindex ³ Veränderung in Prozent	19,7	-19,9	2,4	36,0	26,4

Die am Landesindex der Konsumentenpreise gemessene Teuerung betrug im Jahre 1999 0,8%, nach 0,5% bzw. 0,0% in den beiden Vorjahren. Gemäss Schätzungen des Bundesamtes für Statistik sind rund 0,3 Prozentpunkte der Jahresteuern auf die im Januar in Kraft getretene Erhöhung der Mehrwertsteuer von 6,5% auf 7,5% zurückzuführen. Bei den Dienstleistungen belief sich der Preisanstieg auf 0,9%, gegenüber 0,3% im Vorjahr. Die Warenpreise erhöhten sich innert Jahresfrist um 0,7%, nachdem sie im Vorjahr um 0,3% gesunken waren. Neben der höheren Mehrwertsteuer trugen in diesem Bereich die starken Preissteigerungen beim Erdöl zum Teuerungsanstieg bei.

Moderate Teuerung bei den Konsumentenpreisen

Die Preise inländischer Güter stiegen um 0,7%, verglichen mit 0,3% im Vorjahr. Die ausländischen Waren und Dienstleistungen, deren Preise zu Jahresbeginn noch gesunken waren, verteuerten sich dagegen in der zweiten Jahreshälfte deutlich und lagen um durchschnittlich 1,0% über ihrem Vorjahresniveau.

Stärkere Preissteigerungen bei den ausländischen Gütern

Die Preise des Gesamtangebotes bildeten sich innert Jahresfrist mit 1,4% geringfügig weniger stark zurück als im Vorjahr. Während die Produzentenpreise um 1,0% fielen, sanken die Importpreise um 2,2%. Am stärksten verbiligteten sich – trotz des Anstiegs der Erdölpreise – die Rohstoffe, gefolgt von den Halbfabrikaten. Dagegen sanken die Preise der Investitionsgüter nur wenig und die Konsumgüter verteuerten sich im Durchschnitt leicht.

Rückläufige Preise des Gesamtangebotes

Im Jahre 1999 stieg der Ertragsbilanzüberschuss um 9,3 Mrd. auf 43,9 Mrd. Franken. Gemessen am Bruttoinlandprodukt erhöhte er sich auf 11,3%, gegenüber 9,1% im Vorjahr. Die wertmässigen Güterexporte nahmen mit 5,9% stärker zu als die Importe, die infolge der rückläufigen Preise nur um 3,6% stiegen. Die Handelsbilanz (Spezialhandel, d. h. der Warenhandel im Wesentlichen ohne die elektrische Energie) schloss mit einem Überschuss von 0,7 Mrd. Franken, nach einem Defizit von 1,8 Mrd. im Vorjahr. Der Aktivsaldo der Dienstleistungsbilanz erhöhte sich um 2,3 Mrd. Franken. Während die Einnahmen aus dem internationalen Transportgeschäft sowie die Kommissionserträge der Banken weiter zunahmen, gingen die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr leicht zurück. Der Überschuss der Arbeits- und Kapitaleinkommen stieg um 5 Mrd. Franken. Dieser Anstieg ist auf markant höhere Nettoerträge aus Portfolioanlagen und Direktinvestitionen zurückzuführen. Bei den Direktinvestitionen erhöhten sich die Zins- und Dividendenerträge aus dem Ausland, während sich die Zins- und Dividendenzahlungen an das Ausland deutlich zurückbildeten. Das Defizit der laufenden Übertragungen war mit 5,4 Mrd. Franken gleich hoch wie im Vorjahr.

Höherer Ertragsbilanzüberschuss

Ertragsbilanz Salden in Mrd. Franken

	1995	1996	1997 revidiert	1998 provisorisch	1999 geschätzt
Waren	1,0	1,1	-0,5	-2,2	-0,2
davon Spezialhandel	1,8	1,9	0,3	-1,8	0,7
Dienste	15,2	15,4	18,9	19,0	21,3
davon Fremdenverkehr	2,4	1,6	1,4	1,0	0,6
Arbeits- und Kapitaleinkommen	13,9	15,6	24,0	23,2	28,2
davon Kapitaleinkommen	20,8	22,4	30,6	29,7	34,8
Laufende Übertragungen	-5,0	-4,9	-4,9	-5,4	-5,4
Ertragsbilanz Total	25,2	27,2	37,6	34,6	43,9

2.2 Finanzpolitik

Erneut Defizit im Bundeshaushalt

Die Finanzrechnung des Bundes schloss im Jahre 1999 mit einem Defizit von 2,7 Mrd. Franken bzw. 0,7% des Bruttoinlandproduktes, nachdem im Vorjahr infolge verschiedener Sonderfaktoren ein geringer Überschuss erzielt worden war. Das Defizit lag damit um 1,2 Mrd. Franken unter dem budgetierten Wert. Auf der Einnahmenseite übertrafen vor allem die Erträge aus der direkten Bundessteuer den budgetierten Wert. Zudem waren die Einnahmen aus Zollabgaben, Mineralöl- und Tabaksteuern, die Rückzahlungen von Darlehen sowie die Dividendenausschüttungen der Swisscom höher als veranschlagt. Insgesamt übertrafen die Einnahmen das Budget um 0,6 Mrd. Franken. Auf der Ausgabenseite wurden veranschlagte Kredite für Verkehr und Landesverteidigung nicht vollumfänglich beansprucht. Zudem waren die Passivzinsen tiefer als geplant. Insgesamt fielen die Ausgaben um 0,6 Mrd. Franken tiefer aus als im Budget 1999. Für das Jahr 2000 ist ein Defizit von 1,7 Mrd. Franken bzw. 0,4% des Bruttoinlandproduktes budgetiert. Während die Ausgaben mit 2,3% weniger stark steigen als das Wirtschaftswachstum, rechnet der Bund mit einer Zunahme der Einnahmen von 7,7%.

Schwierige Einschätzung der Entwicklung der Kantonsfinanzen ...

Wie in den Vorjahren erwies es sich als schwierig, einen Überblick über die Entwicklung der Kantonsfinanzen zu gewinnen, da definitive Daten mit erheblicher Verzögerung verfügbar sind und in der Regel stark von den ersten Angaben abweichen. Gemäss den neuesten verfügbaren Daten betrug das gesamte Defizit der Kantonshaushalte im Jahre 1999 1,5 Mrd. Franken und war damit um 0,3 Mrd. tiefer als im Vorjahr. Wie beim Bund dürften die Steuererträge aufgrund der besseren Konjunkturlage stärker als veranschlagt zugenommen haben. Auf der Ausgabenseite kann im Vergleich zu den Budgets mit tieferen Personalkosten, Investitionsausgaben und Zinszahlungen gerechnet werden.

... und der Gemeindefinanzen

Gemäss den verfügbaren Angaben dürfte das gesamte Defizit der Gemeinden mit 0,5 Mrd. Franken fast doppelt so hoch ausfallen wie im Vorjahr. Die meisten Gemeinden verfügten über gesunde Finanzen, während die grossen Städte erneut hohe Defizite auswiesen.

Rückläufige Verschuldungsquote

Die Verschuldungsquote (Schulden von Bund, Kantonen und Gemeinden, ohne Sozialversicherungen, gemessen am Bruttoinlandprodukt) sank im Jahre 1999 um 2,4 Prozentpunkte auf 52%. Sie war damit erstmals in den neunziger Jahren rückläufig. Gut die Hälfte der Schulden entfiel auf den Bund, 30% auf die Kantone und knapp 20% auf die Gemeinden.

Erfüllung des Stabilisierungsprogrammes

Nach Ablauf der Referendumsfrist setzte der Bundesrat das Stabilisierungsprogramm 1998 in Kraft, das von den Kantonen, den Regierungsparteien und den Sozialpartnern ausgehandelt worden war. Die Vorlage, die den Bundeshaushalt dauerhaft um 2 Mrd. Franken entlasten soll, ist ein wichtiges Instrument zur Erreichung des Haushaltszieles 2001, das im Jahre 1998 in die Bundesverfassung aufgenommen worden war. Mit dem Defizit von 2,7 Mrd. Franken erfüllte der Bund die Vorgabe für das Jahr 1999, die ein Defizit von höchstens 5 Mrd. vorgesehen hatte.

Entwurf eines Finanzleitbildes

Der Bundesrat entwarf ein Leitbild für die künftige Finanzpolitik, um die Bemühungen zur Sanierung der Bundesfinanzen längerfristig zu sichern und den in der Verfassung verankerten Auftrag zum Haushaltsausgleich zu erfüllen. Das Leitbild enthält Ziele, Grundsätze und Instrumente für eine nachhaltige

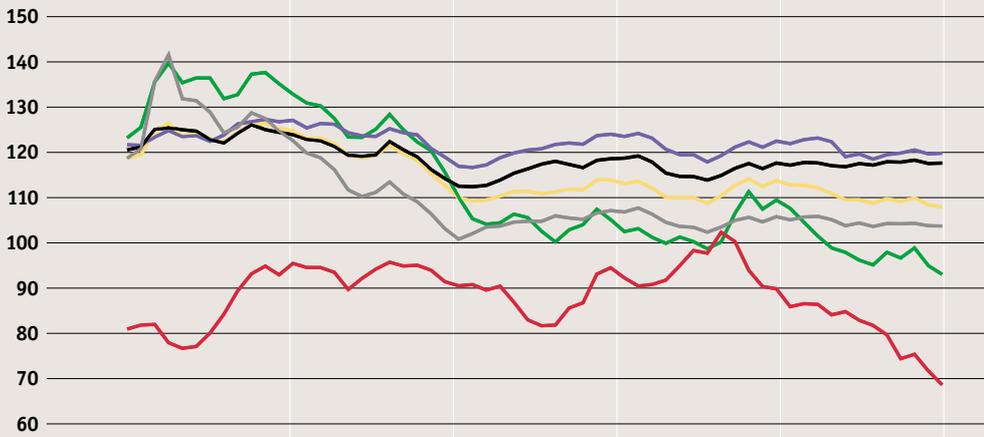
Differenzen langfristiger Zinssätze

--- Deutschland – Schweiz
--- USA – Schweiz
 Differenz in Prozentpunkten.
 Quelle: BIZ



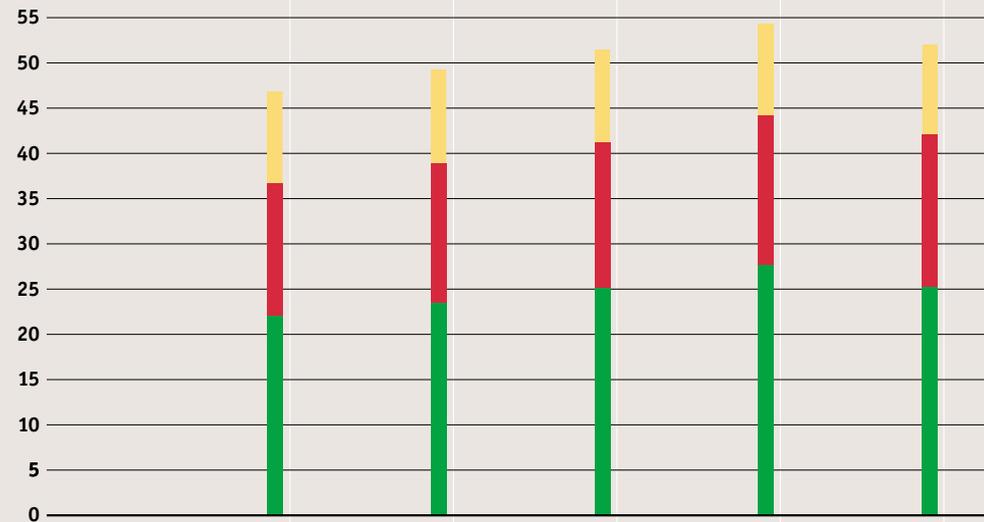
Fremdwährungskurse des Frankens

— Total (15 Länder)
— Dollar
— D-Mark
— Yen
— Franc
— Lira
 Realer Preis des Frankens in Fremdwährungen.
 Total: exportgewichtet.
 Index November 1977 = 100



Staatliche Verschuldung

█ Gemeinden
█ Kantone
█ Bund
 In Prozent des Bruttoinlandproduktes (1999: Schätzung).
 Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung



Finanzpolitik. Angestrebt wird eine solide Finanzpolitik, die mit moderaten Steuern, einem ausgeglichenen Haushalt und einer Senkung der Verschuldung das Wirtschaftswachstum begünstigen und die Attraktivität des Standortes Schweiz erhöhen soll.

Der Bund schickte ein neues Finanzausgleichsgesetz in die Vernehmlassung, das den im Jahre 1959 eingeführten Finanzausgleich neu regeln soll. Hauptziele des Neuen Finanzausgleiches sind die Stärkung föderalistischer Strukturen und die Neuordnung der Kompetenzen im Bundesstaat.

**Pläne zur Erneuerung des
Finanzausgleiches**

2.3 Finanzmärkte

Leichter Zinsanstieg

Der seit 1995 anhaltende Trend sinkender Zinssätze kam im Jahre 1999 zum Stillstand. Die Zinssätze stabilisierten sich im ersten Halbjahr auf tiefem Niveau und zogen im zweiten Halbjahr an. Die Durchschnittsrendite eidgenössischer Obligationen, die bis im Mai 2,6% betragen hatte, stieg bis im Oktober auf 3,6%. Bis zum Jahresende bildete sie sich leicht zurück und lag im Dezember mit 3,5% um 1,1 Prozentpunkte über dem Vorjahresstand. Weniger ausgeprägt war der Zinsanstieg im kurzfristigen Bereich. Die Rendite der dreimonatigen Geldmarktbuchforderungen des Bundes erreichte im April einen Tiefststand von 0,8%. Zu Beginn des vierten Quartals sprang sie auf 2,0%; im Dezember betrug sie 1,9%.

**Geringere Beanspruchung
des Kapitalmarktes**

Am schweizerischen Kapitalmarkt wurden im Jahre 1999 erheblich weniger Mittel aufgenommen als im Vorjahr. Die Nettobeanspruchung (Emissionen abzüglich Rückzahlungen) betrug 34,8 Mrd. Franken, verglichen mit 47,3 Mrd. im Vorjahr. Die inländische Mittelbeschaffung ging von 22,0 Mrd. im Jahre 1998 auf 12,0 Mrd. Franken zurück, während die Beanspruchung des Kapitalmarktes durch ausländische Schuldner von 25,3 Mrd. auf 22,7 Mrd. Franken sank. Die inländische Mittelbeschaffung erfolgte zu knapp einem Fünftel über den Aktienmarkt und zu über vier Fünfteln über den Obligationenmarkt.

**Vergleichsweise geringer
Anstieg der Aktienkurse**

Der schweizerische Aktienkursindex SPI stieg im Jahre 1999 weniger stark als die meisten ausländischen Indizes. Ende Dezember lag er um 11,7% über dem Stand des Vorjahres. In den ersten drei Quartalen bewegte sich der SPI wenig, zog aber im vierten Quartal an und erreichte Ende Dezember einen Höchstwert von 5023 Punkten. Während sich die Teilindizes der kleinen und mittleren Unternehmen im Laufe des Jahres stark erhöhten, blieben die Kursgewinne der grossen Unternehmen insgesamt bescheiden. Der Index für Dienstleistungsaktien wies einen höheren Zuwachs aus als der Industrie-Index, doch gab es zwischen den Branchen beträchtliche Unterschiede: Einen kräftigen Anstieg verzeichneten insbesondere die Elektro- und die Maschinenindustrie sowie der Bausektor, der Detailhandel und die Banken; dagegen blieben die Kursgewinne der Chemie bescheiden und in den Bereichen Lebensmittel und Versicherungen ergaben sich Verluste.

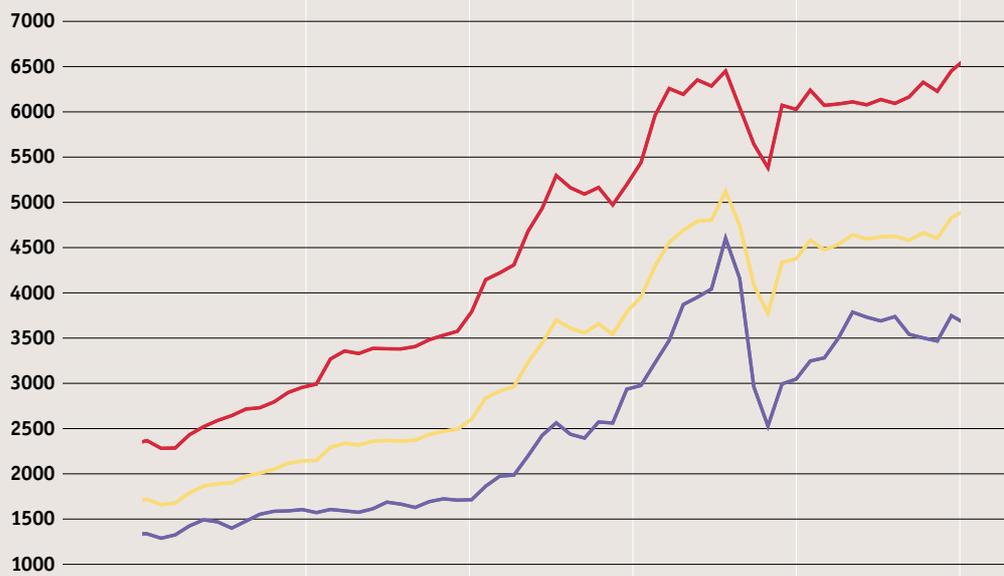
Ausgewählte Zinssätze der Banken

- Alte Hypotheken bei Kantonalbanken
 - Neue Hypotheken bei Kantonalbanken
 - Spargelder bei Kantonalbanken
 - Dreimonatige Festgelder bei Grossbanken
- Quartalsdurchschnitte in Prozent.



Aktienkurse

- Insgesamt
 - Banken
 - Industrie
- Swiss Performance Index.
Quelle: Schweizer Börse



Anziehendes Kreditgeschäft

Mit der Erholung der Konjunktur belebte sich das inländische Kreditgeschäft der Banken. Überdurchschnittlich stark stiegen die nicht hypothekarisch gedeckten Forderungen, wobei in diesem Kreditsegment die Grossbanken besonders aktiv waren. Die anderen Bankengruppen waren vor allem im Hypothekengeschäft aktiv, das ebenfalls deutlich wuchs. Die klassischen Spargelder – die Verpflichtungen gegenüber Kunden in Spar- und Anlageform sowie die Kassenobligationen – gingen erneut zurück. Damit öffnete sich die Schere zwischen der Kreditvergabe und dem Zufluss der traditionell für die Kreditfinanzierung verwendeten längerfristigen Spargelder weiter. Banken mit hypothekarlastigen Bilanzen mussten daher ihre Mittel vermehrt auf dem Interbank- und dem Kapitalmarkt beschaffen.

Bessere Jahresabschlüsse der Banken

Die Jahresergebnisse der Banken wurden von den operativen Gewinnen, insbesondere aus dem weltweit betriebenen Privatkundengeschäft, günstig beeinflusst. Aufgrund der anziehenden Konjunktur nahm das Total der notleidenden Kredite ab.

Neue Begriffsumschreibung der Kantonalbanken

Am 1. Oktober 1999 trat das revidierte Bankengesetz in Kraft. Die Staatsgarantie ist seither kein notwendiges Begriffsmerkmal für Kantonalbanken mehr. Neu genügt es, wenn der Kanton mehr als ein Drittel des Kapitals und der Stimmrechte besitzt. Alle Kantonalbanken sind der Aufsicht der Eidgenössischen Bankenkommision (EBK) unterstellt. Kantonalbanken mit einer vollen Staatsgarantie bleiben im Genuss eines Eigenmittelrabattes. Dies ist mit der Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen verbunden.

1 Konzept

Die Geldpolitik der Nationalbank zielt darauf ab, der Wirtschaft zu ermöglichen, ihr Produktionspotenzial auszuschöpfen, ohne mittelfristig die Preisstabilität zu gefährden. Preisstabilität ist eine wichtige Voraussetzung für das reibungslose Funktionieren der Wirtschaft. Eine übermässige Ausdehnung des Geldangebotes zöge eine zu hohe Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen nach sich. Die gesamtwirtschaftliche Kapazität wäre überlastet, in der Folge stiegen die Preise. Umgekehrt würde ein zu geringes Geldangebot die Produktion hemmen. Für die Volkswirtschaft ergäben sich Wachstumsverluste und möglicherweise ein Rückgang des Preisniveaus.

Die Nationalbank braucht Indikatoren, die darüber Auskunft geben, ob ein gewählter geldpolitischer Kurs im Hinblick auf das Ziel der Preisstabilität angemessen ist. Von 1980 bis 1999 benutzte sie die saisonbereinigte Notenbankgeldmenge als geldpolitische Zielgrösse und als Indikator. Bis Ende 1989 legte sie regelmässig Jahresziele für das Wachstum der Notenbankgeldmenge fest. Ende 1990 ging sie dazu über, ein mittelfristiges Wachstumsziel für dieses Aggregat zu fixieren. Mit dem Übergang zu einer mittelfristigen Strategie trug die Nationalbank der Tatsache Rechnung, dass die Entwicklung der Geldmenge den Inflationsverlauf vor allem in der mittleren und längeren Frist beeinflusst. Die mittelfristige Strategie gewährte der Nationalbank genügend Spielraum, um bei der Festlegung der Geldpolitik auch Indikatoren wie die Konjunkturlage und den Wechselkurs zu berücksichtigen, die für die Inflationsentwicklung in der kürzeren Frist massgebend sind.

Ende 1996 begann die Notenbankgeldmenge zunehmend an Aussagekraft einzubüssen, da der Notenumlauf wesentlich stärker als erwartet zunahm. Die Nationalbank sah sich deshalb veranlasst, anderen Indikatoren erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Sie richtete ihr Augenmerk vor allem auf die Konjunkturlage, den Wechselkurs und die breit definierte Geldmenge M_3 , die den Bargeldumlauf, die Sichteinlagen, die Transaktionskonten sowie die Spar- und Termineinlagen umfasst.

Angesichts des bevorstehenden Endes der zweiten Fünfjahresperiode für das mittelfristige Geldmengenziel sowie der nachhaltig gestörten Aussagekraft der Notenbankgeldmenge unterzog die Nationalbank ihr geldpolitisches Konzept einer grundlegenden Überprüfung. Sie beschloss, dieses auf Anfang 2000 anzupassen. Drei Änderungen stehen im Vordergrund: Erstens hält die Nationalbank explizit fest, was sie unter Preisstabilität versteht, um die Transparenz ihrer Geldpolitik in dieser Hinsicht zu verbessern. Zweitens stützt sie ihre geldpolitischen Entscheidungen auf eine mittelfristige Inflationsprognose und drittens setzt sie für den dreimonatigen Frankenzinssatz ein operationelles Zielband fest. Die Nationalbank verzichtet künftig auf die Bekanntgabe eines Wachstumszieles für ein Geldaggregat. Die Geldmenge M_3 spielt aber weiterhin eine wichtige Rolle als geldpolitischer Indikator.

Die Nationalbank setzt Preisstabilität mit einer Inflation, gemessen am Landesindex der Konsumentenpreise, von unter 2% pro Jahr gleich. Damit wird nicht zuletzt der Tatsache Rechnung getragen, dass die Teuerung nicht genau gemessen werden kann. Messprobleme ergeben sich etwa bei qualitativen Änderungen von Gütern und Dienstleistungen. Tendenziell wird durch solche

Preisstabilität und Ausschöpfung des Produktionspotenzials als Ziele der Geldpolitik

1980–1999: Ziele für die Notenbankgeldmenge

Verzerrung der Notenbankgeldmenge

Anpassung der geldpolitischen Strategie

Definition der Preisstabilität

Änderungen die effektive Inflation leicht überzeichnet. Aus diesem Grund hatten bereits die früher von der Nationalbank festgelegten Geldmengenziele Spielraum für einen beschränkten Preisanstieg enthalten.

Unvermeidbare Preisbewegungen

Die Nationalbank muss damit rechnen, dass in der kurzen Frist Preisbewegungen auftreten, welche nur beschränkt beeinflussbar sind. Diese rühren in der Regel von unerwarteten Ausschlägen der Erdöl- und anderer Importpreise sowie von wesentlichen Änderungen des Wechselkurses her. Solange solche Schwankungen des Preisniveaus nicht in eine anhaltende inflationäre oder deflationäre Entwicklung münden, sind sie für die schweizerische Wirtschaft verkräftbar. Anhaltenden inflationären oder deflationären Entwicklungen wird die Nationalbank weiterhin entschieden entgegenzutreten.

Inflationsprognose

Die Nationalbank gibt am Jahresende jeweils eine Prognose für die Entwicklung der Inflation in den folgenden drei Jahren bekannt. Der Zeitraum von drei Jahren trägt dem Zeitbedarf für die Übertragung geldpolitischer Impulse Rechnung. Prognosen über diesen Horizont sind ein schwieriges Unterfangen und mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Mit der Publikation einer Prognose für die folgenden drei Jahre unterstreicht die Nationalbank jedoch die Notwendigkeit, eine vorausschauende Haltung einzunehmen und frühzeitig auf Inflationsgefahren zu reagieren.

In die Inflationsprognose einflussende Indikatoren

In der längeren Frist hängt die Preisentwicklung entscheidend vom Verlauf der Geldaggregate ab. Vor allem die Geldmenge M_3 bleibt deshalb ein nützlicher Indikator. In der kürzeren Frist sind dagegen andere Indikatoren der Inflationsentwicklung wesentlich. Im Vordergrund stehen die allgemeine Wirtschaftsentwicklung und die Wechselkurse. Die Nationalbank wird die Entwicklung wichtiger geldpolitischer Indikatoren, die in ihre Inflationsprognose einfließen, regelmässig kommentieren.

Anpassung der Geldpolitik aufgrund der Inflationsprognose

Weicht die Inflationsprognose von der Preisstabilität ab, wie sie die Nationalbank definiert, muss die Geldpolitik angepasst werden. Droht die Inflation den Bereich der Preisstabilität zu übertreffen, wird die Nationalbank ihre Geldpolitik straffen. Umgekehrt sieht sie eine Lockerung vor, wenn die Gefahr einer Unterschreitung dieses Bereiches besteht.

Neues Steuerungskonzept für den Geldmarkt – Zielband für den Dreimonatssatz

Das neue geldpolitische Konzept hat Anpassungen bei der Steuerung des Geldmarktes zur Folge. Bei der Umsetzung der Geldpolitik orientiert sich die Nationalbank nicht mehr an der Liquiditätsmenge, sondern am Zinsniveau auf dem Geldmarkt. Als Referenzzinssatz verwendet sie den Dreimonats-Libor (Libor: London Interbank Offered Rate), den wirtschaftlich bedeutendsten Geldmarktsatz für Frankenanlagen. Sie setzt für den Dreimonats-Libor jeweils ein Zielband mit einer Breite von einem Prozentpunkt fest und publiziert dieses regelmässig. Während die Nationalbank ihren längerfristigen geldpolitischen Kurs mit der Inflationsprognose kommuniziert, gibt sie mit der Lage des Zinsbandes ihre kürzerfristigen Absichten bekannt. Sie überprüft das Zinsband in der Regel quartalsweise und begründet allfällige Änderungen. Ausserdem teilt die Nationalbank mit, in welchem Bereich des Zielbandes sie den Dreimonats-Libor erwartet.

Inflationsprognose

Inflation

Prognose

Durchschnittliche

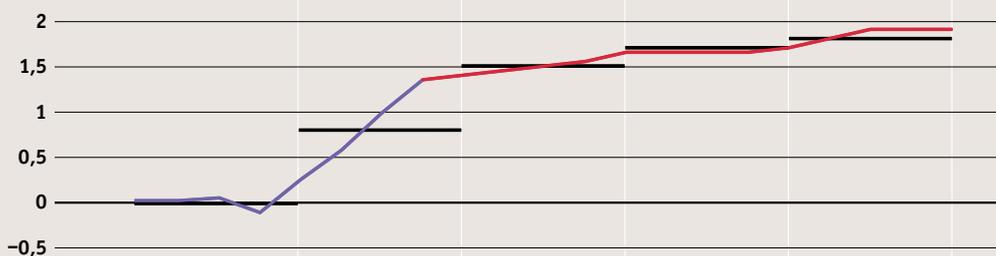
Jahresteuerung

2000: 1,5%

2001: 1,7%

2002: 1,8%

Veränderung des Landesindex der Konsumentenpreise gegenüber Vorjahr in Prozent.



Verzicht auf Festlegung des Diskontsatzes

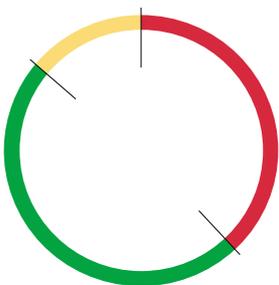
Die Neuerungen im Bereich der Geldmarktsteuerung gewährleisten eine hohe Transparenz, so dass die Nationalbank ab Januar 2000 auf die Festlegung eines Diskontsatzes verzichtet. Seit dem Jahre 1993 tätigte sie keine Diskontgeschäfte mehr. Der Diskontsatz behält jedoch eine gewisse Bedeutung als geldpolitisches Signal. Im neuen Steuerungskonzept übernimmt das Zinsband für den Libor diese Rolle, so dass der Diskontsatz auch in dieser Hinsicht bedeutungslos wird. Die Regelung für den Lombardsatz bleibt unverändert.

Steuerungstechnik

Die Nationalbank beeinflusst den Libor in der Regel indirekt über kurzfristige Repo-Geschäfte. Einen unerwünschten Zinsanstieg kann sie mit vermehrter Liquiditätszufuhr korrigieren, umgekehrt mit einer Verknappung der Liquiditätsversorgung einen Zinsanstieg bewirken. Die Liquidität der Geschäftsbanken in Schweizer Franken besteht zu einem wesentlichen Teil aus Giroguthaben bei der Nationalbank. Die Nachfrage der Banken nach Giroguthaben ergibt sich aus den gesetzlichen Liquiditätsvorschriften; der bargeldlose Zahlungsverkehr ist seit der Einführung der Intraday-Liquidität (vgl. unten) kaum mehr nachfragewirksam. Der Bestand an Giroguthaben ist gemessen an den täglichen Zahlungen gering. Ausserdem stellt die Nationalbank dem Bankensystem die Liquidität in der Regel nur kurzfristig zur Verfügung, indem sie Offenmarktgeschäfte auf Repo- und Devisenswapbasis abschliesst (Kauf von Aktiven bei gleichzeitigem Wiederverkauf auf Termin). In diesem Umfeld können kleine Zufallseinflüsse zu starken Schwankungen des Niveaus der Giroguthaben und der Tagesgeldsätze führen. Um solche Schwankungen zu glätten, tritt die Nationalbank praktisch täglich am Geldmarkt auf.

Repo als wichtigstes geldpolitisches Instrument

Das Repo-Geschäft ist das wichtigste geldpolitische Instrument der Nationalbank. Dabei verkauft der Geldnehmer eigene oder geliehene Wertpapiere an den Geldgeber. Gleichzeitig wird vereinbart, dass der Geldnehmer Papiere gleicher Art und Menge zu einem späteren Zeitpunkt vom Geldgeber zurückkauft. Obwohl bei einem Repo das Eigentum der Wertpapiere an den Geldgeber übertragen wird, handelt es sich aus ökonomischer Sicht um ein gesichertes Darlehen. Entsprechend entrichtet der Geldnehmer dem Geldgeber für die Dauer des Repo einen Zins. Das Gegenparteirisiko sowie das Marktrisiko werden durch die als Sicherheit dienenden Wertpapiere und durch die bei Kursänderungen täglich zu leistenden Ausgleichslieferungen verringert. Die Laufzeiten der Repos liegen zwischen einem Tag und wenigen Monaten. Die Nationalbank legt die Repo-Sätze je nach Marktverhältnissen und nach Fristigkeit der getätigten Geschäfte fest. Schwankungen der Sätze haben indessen oft nichts mit dem geldpolitischen Kurs, sondern unter anderem mit der Liquiditätsverteilung im System zu tun.



Hinterlagen aus Repo-Geschäft in Prozent

CHF-Anleihen inländischer Schuldner 38
CHF-Anleihen ausländischer Schuldner 48
Euro-Anleihen 14

Total: 28,1 Mrd. Franken.
Ende 1999

Die Repo-Sätze lassen sich nicht direkt mit dem Libor vergleichen. Tendenziell ist der Libor aus zwei Gründen höher. Zum einen bezieht er sich in der Regel auf eine längere Laufzeit als die Repo-Geschäfte, zum anderen liegen ihm Blankokredite zwischen Banken zugrunde. Er enthält damit eine Kreditrisikoprämie, während es sich bei den Repo-Sätzen um risikolose Zinssätze handelt, da Repos mit Wertpapieren gesichert sind.

Repo-Sätze und Libor

Neben Repo-Geschäften setzt die Nationalbank zur Steuerung des Geldmarktes auch Devisenswaps ein. Bis Mitte 1998 schloss sie ausschliesslich Swaps gegen Dollar ab. Seither führt sie auch Swaps gegen D-Mark bzw. Euro durch. Die Laufzeiten der Swaps liegen in der Regel zwischen einem und sechs Monaten.

Devisenswaps

Für die kürzerfristige Liquiditätssteuerung hat die Nationalbank zusätzlich die Möglichkeit, Festgelder, die der Bund bei ihr anlegt, bei den Banken für Rechnung des Bundes zu platzieren. Damit kann sie Liquiditätsverschiebungen zwischen dem Bankensystem und dem Bund ausgleichen. Im Jahre 1999 wurde dieses Instrument nur selten genutzt; die Nationalbank berücksichtigte den Ausgleich solcher Verschiebungen meist im Rahmen ihrer Repo-Geschäfte mit den Banken.

**Weiterplatzierung von
Festgeldern des Bundes**

Anfang Oktober 1999 begann die Nationalbank damit, den Banken während des Tages zinslos Liquidität zur Verfügung zu stellen. Diese wird in Form von Repo-Geschäften angeboten. Falls eine Bank die Liquidität nicht innerhalb des gleichen Arbeitstages zurückzahlt, muss sie einen Zins vergüten, der deutlich über dem Lombardsatz liegt. Mit der Einführung dieses Instrumentes folgt die Nationalbank dem Beispiel anderer Zentralbanken, die Intraday-Liquidität einsetzen, um die Abwicklung des Zahlungsverkehrs zu erleichtern. Die Neuerung beeinträchtigt die Geldpolitik nicht. Die während des Tages zur Verfügung gestellte Liquidität kann nicht zur Erfüllung der gesetzlichen Liquiditätsvorschriften verwendet werden. Diese basiert auf den Werten am Ende des Arbeitstages, wird also nach der Rückzahlung der Intraday-Liquidität berechnet.

**Gewährung von Intraday-
Liquidität**

Instrumente der Geldmarktsteuerung in Mrd. Franken

	1998		1999	
	Bestand	Umsatz ³	Bestand	Umsatz
	Durchschnitt ³		Durchschnitt	
Repo-Geschäfte¹	9,7	313,8	16,9	722,9
Devisenswaps	6,1	27,9	4,8	24,4
Geldmarktbuchforderungen²				
Swaps	0,4	43,7		
Käufe und Verkäufe	0,1	0,4		
Total	0,5	44,1		
Bundesanlagen⁴				
Neuanlagen	12,1	128,4	12,1	66,7
Weiterplatzierungen	5,1	74,9	1,0	8,8
Postanlagen				
Neuanlagen			5,7	177,8
Weiterplatzierungen			0,0	7,0

1 seit 20. April 1998

2 bis 30. April 1998

3 Repo-Geschäfte: 20. April 1998 bis 31. Dezember 1998
Geldmarktbuchforderungen:
1. Januar 1998 bis 30. April 1998
Devisenswaps, Bundesanlagen:
ganzes Jahr

4 bis Ende 1998:
eingeschlossen Postanlagen

Lombarkredit als Notventil

Falls eine Bank dringende Liquiditätsbedürfnisse am Geldmarkt nicht abdecken kann, hat sie die Möglichkeit, auf den Lombarkredit der Nationalbank zurückzugreifen. Sie darf diesen jedoch nur bis zur Höhe ihrer mit Wertpapierhinterlagen gesicherten Kreditlimite und nur zum offiziellen Lombardsatz beanspruchen. Die Nationalbank setzt den Lombardsatz ständig zwei Prozentpunkte über dem Tagesgeldsatz fest, um die Banken davon abzuhalten, den Lombarkredit als dauerhafte Refinanzierungsquelle zu benützen.

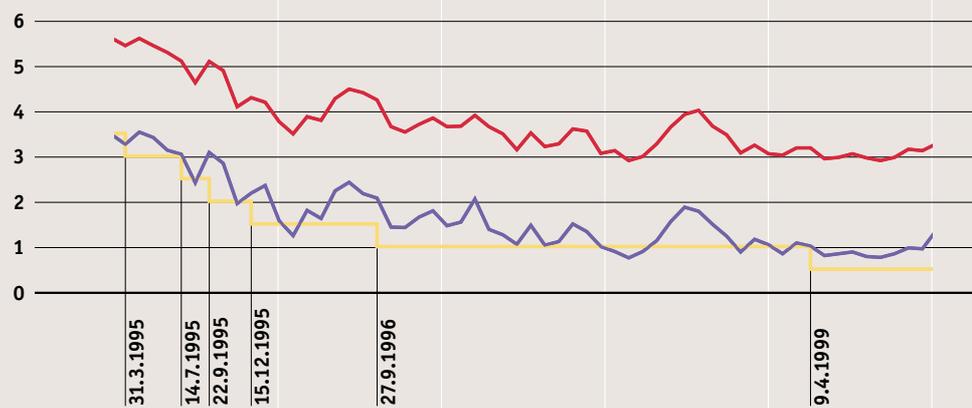
Saisonbereinigte Notenbankgeldmenge

Notenbankgeldmenge
 Zielpfad von 1%
 Mio. Franken.



Diskont- und Lombardsatz

Diskontsatz
 Lombardsatz
 Tagesgeldsatz
 In Prozent.



2 Durchführung

Ankündigung einer unveränderten Geldpolitik

Ende 1998 hatte die Nationalbank angekündigt, dass sie die tendenziell grosszügige Geldpolitik im Jahre 1999 fortführen werde. Als Folge der Probleme in Ostasien und der erwarteten Wachstumsverlangsamung in den USA rechnete sie mit einer Abschwächung der Konjunktur in Westeuropa. Für die Schweiz erwartete sie ein reales Wirtschaftswachstum von 1,5% und einen Anstieg der Teuerung auf 1%. Ausserdem gab sie zu erkennen, dass sie mit der beabsichtigten Geldpolitik auch den Unsicherheiten Rechnung tragen wollte, die mit Einführung des Euro verbunden waren.

Konjunkturelle Belebung – reibungslose Einführung des Euro

Das Wirtschaftswachstum und die Teuerung lagen im Jahre 1999 nahe bei den Erwartungen der Nationalbank. Am Anfang des Jahres war die Konjunktur zwar noch schwach, doch trat anschliessend eine deutliche Besserung ein. Die Einführung des Euro erfolgte ohne Schwierigkeiten. In den ersten Monaten des Jahres war die Nationalbank bestrebt, den Frankenkurs des Euro möglichst stabil zu halten. Der Kurs bewegte sich aber auch in der zweiten Jahreshälfte in einer sehr engen Bandbreite. Dies war nicht zuletzt deshalb der Fall, weil die Schweiz und die Länder des Euro-Gebietes sich in einer ähnlichen konjunkturellen Lage befanden.

Im Durchschnitt leicht tiefere Tagesgeldsätze

Die Umsetzung der Geldpolitik spiegelte sich im Verlauf der Tagesgeldzinssätze. Diese lagen im Durchschnitt des Jahres leicht unter dem Vorjahresstand. Per 9. April senkte die Nationalbank den Diskontsatz um 0,5 Prozentpunkte auf 0,5%. Diese Massnahme erfolgte parallel zur Zinssenkung der EZB. Im Anschluss an die Diskontsatzsenkung gaben die schweizerischen Geldmarktzinsen nach und stiegen erst in der zweiten Hälfte des Monats September wieder. Die längerfristigen Geldmarktsätze wurden teilweise durch die Erwartung eines Liquiditätsengpasses am Jahres-Ultimo geprägt. Die Nationalbank nahm diese Zinserhöhung hin, da sich mit der anziehenden Konjunktur auch die Teuerungsgefahr tendenziell verstärkt hatte. Sie liess den Diskontsatz jedoch unverändert bei 0,5%.

Rückläufige Giroguthaben

Die Giroguthaben, welche die Geschäftsbanken bei der Nationalbank halten, nahmen gegenüber dem Vorjahr deutlich ab. Dieser Rückgang erklärt sich einerseits mit der starken vorübergehenden Ausdehnung der Giroguthaben im Oktober 1998, als die Nationalbank dem Geldmarkt zusätzliche Liquidität zur Verfügung gestellt hatte, um einer unerwünschten Aufwertung des Frankens entgegenzutreten. Andererseits widerspiegelt er eine generell abnehmende Nachfrage der Banken nach Giroguthaben. Diese war teilweise die Folge der Fusion des Schweizerischen Bankvereins und der Schweizerischen Bankgesellschaft zur UBS. Weitere Faktoren, die tendenziell die Nachfrage nach Giroguthaben verringerten, sind die Einführung der Intraday-Liquidität durch die Nationalbank und die wachsende Verbreitung der Repo-Geschäfte, die im Unterschied zu den traditionellen Interbankkrediten nicht mit liquiden Mitteln unterlegt werden müssen.

Problemloser Jahres-Ultimo

Der Jahres-Ultimo verlief trotz des kritischen Datumwechsels reibungslos. Die Nationalbank hatte frühzeitig zu erkennen gegeben, dass sie den über das saisonübliche Mass hinausgehenden Liquiditätsbedarf decken werde. Sie schloss mehrere Repo-Geschäfte auf Termin ab (Forward-Forward-Repo) und gab den Banken Gelegenheit, ihre Lombardlimiten vorübergehend zu erhöhen. Aus-

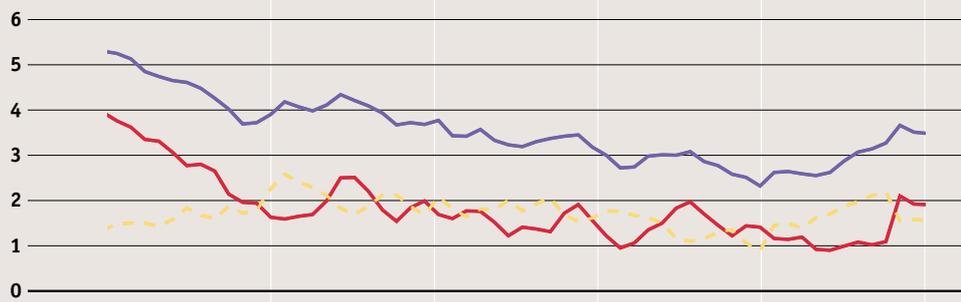
Geldaggregate

— Notenbankgeldmenge
— M₁
— M₂
— M₃
 Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent.



Geld- und Kapitalmarktsätze

— Franken Euromarktsatz, 3 Monate, in Prozent
— Rendite eidgenössischer Obligationen, in Prozent
- - - Differenz in Prozentpunkten



serdem stockte sie ihre Notenvorräte auf, um auch einen massiven Anstieg der Notennachfrage decken zu können.

Stagnierende Notenbankgeldmenge

Die saisonbereinigte Notenbankgeldmenge veränderte sich bis im November 1999 nur geringfügig und stieg erst am Jahresende deutlich an. Im Durchschnitt des vierten Quartals lag sie um 1,5% über dem entsprechenden Vorjahresstand und übertraf den Ende 1994 festgelegten mittelfristigen Zielpfad um 8,4%. Aufgrund der über mehrere Jahre zu beobachtenden Verschiebungen der Notennachfrage und des veränderten Liquiditätsverhaltens der Banken geht die Nationalbank davon aus, dass der Abstand zum mittelfristigen Zielpfad den Expansionsgrad der Geldpolitik auch im Jahre 1999 überzeichnete.

Schwaches Wachstum von M_3

Die Geldmenge M_3 , welcher die Nationalbank in den vergangenen Jahren unter den Geldaggregaten das stärkste Gewicht zumass, stieg im Jahre 1999 nur geringfügig. Im vierten Quartal lag M_3 um 0,7% über dem entsprechenden Vorjahresniveau.

Leichte Straffung der Geldpolitik im Jahre 2000

An ihrer Medienorientierung vom 10. Dezember 1999 stellte die Nationalbank eine leichte Straffung der Geldpolitik im Jahre 2000 in Aussicht, nachdem sie bereits im Herbst einen Anstieg der Geldmarktsätze zugelassen hatte. Sie äusserte die Absicht, den Dreimonatssatz für Frankenanlagen bis auf weiteres in einer Bandbreite von 1,25–2,25% zu halten und den Dreimonatssatz, der Anfang Dezember noch im unteren Bereich des Bandes lag, zunächst tendenziell in der Mitte zu halten. Für das Jahr 2000 erwartet die Nationalbank ein reales Wirtschaftswachstum von 1,8% und eine durchschnittliche Jahresteuerung von 1,5%.

Inflationsprognose für 2000–2002

Mit der leichten Straffung der Geldpolitik will die Nationalbank dafür sorgen, dass die Inflation in den nächsten drei Jahren unter 2% bleibt. Gemäss der von ihr erstmals publizierten mittelfristigen Inflationsprognose (vgl. Grafik S. 35) dürfte die Teuerung bis zum Jahre 2002 leicht auf 1,8% steigen. Sie liegt damit im oberen Bereich, den die Nationalbank mit Preisstabilität gleich setzt. Der leichte Anstieg der Teuerung widerspiegelt den erwarteten Konjunkturaufschwung, der erfahrungsgemäss mit gewissen Preissteigerungstendenzen einhergeht. Diese ergeben sich aus der höheren Auslastung der Produktionskapazitäten und der besseren Lage auf dem Arbeitsmarkt. Im Zuge der erwarteten günstigen internationalen Konjunktur dürften auch die Rohstoffpreise anziehen; dagegen wirken der intensive Wettbewerb sowie die fallenden Preise in der Telekommunikation und im Agrarbereich weiterhin dämpfend. Auch der Verlauf der Geldaggregate, der für die längerfristige Entwicklung der Inflation massgebend ist, lässt keine Inflationsgefahr erkennen. Bis Ende 1999 nahm die Geldmenge M_3 nur schwach zu. Von der expansiven Geldpolitik, welche die Nationalbank bis zum Herbst 1999 führte, dürften deshalb keine nennenswerten Teuerungsimpulse ausgehen. Die Nationalbank wird die massgebenden Indikatoren aufmerksam verfolgen und die der Inflationsprognose zugrunde liegenden Analysen vierteljährlich überprüfen. Das Ergebnis ihrer geldpolitischen Lagebeurteilung veröffentlicht sie im Quartalsheft.

3 Reform der Geld- und Währungsverfassung

Am 17. März 1999 befasste sich der Ständerat mit der Vorlage des Bundesrates für einen neuen Geld- und Währungsartikel in der Bundesverfassung (Botschaft des Bundesrates vom 27. Mai 1998: vgl. 91. Geschäftsbericht, S. 36 f). Wie zuvor der Nationalrat folgte er weitgehend der Konzeption des Bundesrates. So übernahm er den Vorrang der Preisstabilität im Notenbankauftrag, die auftragsbezogene Unabhängigkeit und die formelle Rechenschaftspflicht der Nationalbank als neue Elemente der Verfassungsnorm. Wie die grosse Kammer sprach sich der Ständerat für eine explizite Verfassungsgrundlage aus, um die für geld- und währungspolitische Zwecke nicht mehr benötigten Goldreserven aus der Nationalbank ausgliedern und anderweitig verwenden zu können. Während der Nationalrat den Geld- und Währungsartikel zu diesem Zweck mit einem weiteren Absatz ergänzt hatte, beschloss der Ständerat, eine entsprechende Übergangsbestimmung in die Bundesverfassung aufzunehmen.

In der Junisession schloss sich der Nationalrat der Version des Ständerates zur Reform der Geld- und Währungsverfassung an. In der Schlussabstimmung vom 18. Juni 1999 nahm der Ständerat den so bereinigten neuen Geld- und Währungsartikel mit klarem Mehr an, wogegen der Nationalrat ihn knapp verwarf. Im Nationalrat kumulierten sich die Stimmen der Gegner einer Priorisierung der Preisstabilität im Notenbankauftrag mit jenen der Gegner einer Verfassungsgrundlage, welche die Verwendung überschüssiger Goldreserven zur Finanzierung der geplanten Stiftung solidarische Schweiz erlaubt hätte. Damit war der neue Geld- und Währungsartikel der Bundesverfassung gescheitert, was aus der Sicht der Nationalbank zu bedauern ist.

In der Abstimmung vom 18. April 1999 nahmen Volk und Stände die Totalrevision der Bundesverfassung an. Die neue Bundesverfassung, die von der Bundesversammlung auf den 1. Januar 2000 in Kraft gesetzt wurde, enthält auch einen nachgeführten Geld- und Währungsartikel (Art. 99 nBV). Dieser ersetzt den bisherigen Münzartikel (38 BV) und den Notenbankartikel (39 BV) der Verfassung. Der nachgeführte Geld- und Währungsartikel löst den Schweizerfranken von seiner verfassungsrechtlichen Bindung an das Gold. Er verankert die Unabhängigkeit der Nationalbank und verpflichtet sie, aus ihren Erträgen ausreichende Währungsreserven zu bilden, einen Teil davon in Gold. Beide Elemente sollen mithelfen, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Wertstabilität des Geldes zu sichern. Der Notenbankauftrag ist wie bis anhin so gefasst, dass die Nationalbank eine Geld- und Währungspolitik zu führen hat, die dem Gesamtinteresse des Landes dient. Ferner blieb die bisherige Vorschrift, dass die Nationalbank ihren Reingewinn zu mindestens zwei Dritteln an die Kantone abzuliefern habe, unverändert. Es fehlt in Art. 99 nBV ein Vorbehalt zu dieser Gewinnverteilungsregel, welcher die Verwendung überschüssiger Währungsreserven für andere öffentliche Zwecke erlauben würde.

Der Bundesrat möchte auf eine erneute Reform der Geld- und Währungsverfassung verzichten, nimmt aber in Aussicht, im Rahmen der anstehenden Revision des Nationalbankgesetzes den Notenbankauftrag zu präzisieren und eine formelle Rechenschaftspflicht der Nationalbank einzuführen. Ferner will er der Bundesversammlung sowohl für die Ausgliederung überschüssiger Goldreserven aus der Nationalbank als auch für deren Verwendung zu anderen öffent-

Behandlung des neuen Geld- und Währungsartikels durch die eidgenössischen Räte

Scheitern der separaten Reform der Geld- und Währungsverfassung

Annahme und Inkrafttreten der neuen Bundesverfassung

Absichten des Bundesrates zum weiteren Vorgehen

lichen Zwecken die Schaffung besonderer Verfassungsgrundlagen beantragen. Der Bundesrat beabsichtigt, im ersten Halbjahr 2000 zu diesem Thema eine Vernehmlassung zu eröffnen.

4 Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel

Botschaft des Bundesrates

Der Bundesrat verabschiedete am 26. Mai 1999 die Botschaft zu einem Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel (Währungs- und Zahlungsmittelgesetz: vgl. 91. Geschäftsbericht, S. 38). Mit diesem Gesetz wird die Lösung der Goldbindung des Frankens, die auf Verfassungsstufe mit der Totalrevision der Bundesverfassung erfolgte, umgesetzt. Das Währungs- und Zahlungsmittelgesetz hebt die Pflicht der Nationalbank zur Einlösung der Banknoten in Gold, die schon seit Jahrzehnten suspendiert war, definitiv auf; es beseitigt die Mindestgolddeckung des Notenumlaufes und die Goldparität des Frankens. Das Gesetz regelt alle publikumsrelevanten Eigenschaften von Währung und staatlichem Geld. Neben den Münzen und Banknoten gelten neu auch die auf Schweizerfranken lautenden Sichtguthaben bei der Nationalbank als gesetzliche Zahlungsmittel. Die Träger des Zahlungsverkehrs (Geschäftsbanken und einzelne ihrer Gemeinschaftswerke, Post und grössere Werttransport-Unternehmen) erhalten Anspruch auf Eröffnung eines Sichtkontos bei der Nationalbank. Das heutige Münzgesetz wird vollständig im neuen Bundesgesetz aufgehen; aus dem Nationalbankgesetz werden die Bestimmungen über die Banknoten in das Währungs- und Zahlungsmittelgesetz übertragen.

Beratung im Parlament

Der Nationalrat behandelte das Währungs- und Zahlungsmittelgesetz am 5. Oktober 1999, wobei er den Gesetzesentwurf weitgehend unverändert belies. Er übernahm lediglich im Münzbereich eine vom Bundesrat beantragte Neuerung – die Ablösung der bisherigen Bewilligungspflicht für die Herstellung münzähnlicher Gegenstände durch eine Strafnorm – nicht. Der Ständerat wiederum folgte in der Dezembersession den Anträgen des Bundesrates, wobei er zusätzlich die Möglichkeit einer Privatisierung der eidgenössischen Münzstätte in das Gesetz aufnahm. In der Differenzbereinigung schloss sich der Nationalrat vollumfänglich der Version des Ständerates an. Am 22. Dezember 1999 wurde das Währungs- und Zahlungsmittelgesetz in der Schlussabstimmung der beiden Räte mit grossem Mehr angenommen. Wird das Referendum nicht ergriffen, tritt das Gesetz voraussichtlich Anfang Mai 2000 in Kraft.

5 Abkommen über Goldverkäufe

Das Inkrafttreten des Währungs- und Zahlungsmittelgesetzes wird es der Nationalbank ermöglichen, ihren Goldbestand von 2590 Tonnen neu zu bewerten und Goldtransaktionen zu tätigen. Die Nationalbank äusserte bereits früher die Absicht, mit dem Verkauf von 1300 Tonnen Gold, die für geld- und währungs-politische Zwecke nicht mehr benötigt werden, baldmöglichst zu beginnen. In diesem Kontext bedeutsam ist ein Abkommen betreffend künftige Abgaben von Währungsgold, das 15 europäische Zentralbanken, worunter die Nationalbank, am 26. September 1999 in Washington abschlossen.

Im Abkommen verpflichteten sich die beteiligten Zentralbanken, in den kommenden fünf Jahren im Rahmen eines koordinierten Programms insgesamt höchstens 2000 Tonnen Gold zu verkaufen, d.h. rund 400 Tonnen pro Jahr. Sie einigten sich ferner darauf, in dieser Periode ihre Goldleihe- und Goldtermin-geschäfte nicht auszuweiten. Weitere Industrieländer erklärten unilateral, in der fraglichen Periode keine Goldverkäufe tätigen zu wollen. Damit sind rund 85% der offiziellen Goldreserven von Zentralbanken, Regierungen und internatio-nalen Organisationen erfasst. Die 1300 Tonnen Gold, welche die Nationalbank zu verkaufen beabsichtigt, sind im Gesamtkontingent von 2000 Tonnen einge-schlossen.

**Abkommen europäischer
Zentralbanken über
Goldverkäufe**

Inhalt und Bedeutung

Übrige Notenbankaufgaben

1 Anlage der Aktiven

1.1 Grundlagen

Die Aktiven der Nationalbank bestehen im Wesentlichen aus den Gold- und Devisenreserven sowie den inländischen Finanzaktiven (inländische Wertschriften und Forderungen aus Repo-Geschäften). Sie bilden einen Bestandteil des schweizerischen Volksvermögens und erfüllen wichtige geld- und währungs- politische Aufgaben. Ihre Zusammensetzung wird hauptsächlich durch die geltende Währungsordnung sowie die Bedürfnisse der Geldpolitik bestimmt.

Ein Teil der Aktiven der Nationalbank dient unmittelbar der Durchführung der Geldpolitik. Um die Wirtschaft mit Notenbankgeld zu versorgen, schliesst die Nationalbank Wertschriften- und Devisengeschäfte ab. Dabei handelt es sich insbesondere um Repo-Geschäfte und Devisenswaps. Das Repo-Geschäft entspricht einem durch Wertpapiere gesicherten Geldmarktkredit (Forderungen aus Repo-Geschäften); Devisenswaps sind am Terminmarkt abgesicherte Währungsreserven.

Die ungesicherten Devisenreserven sind mehrheitlich in wichtigen Währungen angelegt. Sie ermöglichen es der Nationalbank, im Falle einer Frankenschwäche am Markt zu intervenieren. Die Nationalbank kann Devisenreserven jederzeit gegen Franken verkaufen, um den Aussenwert des Frankens zu stützen. Ihre Goldbestände tragen dazu bei, dass die Schweiz in Notlagen gegenüber dem Ausland zahlungsfähig bleibt.

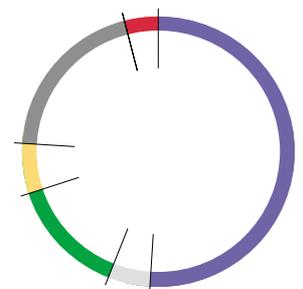
Das Nationalbankgesetz bestimmt sowohl den Kreis der Aktiven, welche die Nationalbank erwerben darf, als auch die Instrumente, die sie zu deren Verwaltung und Bewirtschaftung einsetzen kann. Es ermöglicht ferner, einen Teil der Goldreserven mittels Goldleihe zu bewirtschaften. Im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und soweit es mit dem geld- und währungspolitischen Auftrag in Einklang steht, ist die Nationalbank bestrebt, ihre Aktiven möglichst ertragreich zu bewirtschaften.

Wesen und Zweck der Nationalbankaktiven

Aktiven für die Geldpolitik

Rolle der ungesicherten Devisenreserven und der Goldbestände

Anlagespielraum für Währungsreserven



Struktur der Nationalbankaktiven in Prozent

Ungesicherte Devisenreserven	51
Swaps	5
Gold	14
Übrige Inlandaktiven	6
Inländische Finanzaktiven	20
Übrige Fremdwährungsaktiven	4

Total: 89 Mrd. Franken.
Bilanzwerte, Jahresdurchschnitt

1.2 Devisenanlagen

Anlagegrundsätze

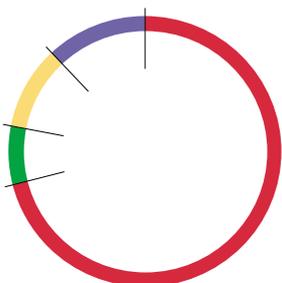
Die Nationalbank legt die Devisenreserven in sicheren und liquiden Wertpapieren sowie zu einem kleinen Teil in Festgeldanlagen bei erstklassigen ausländischen Banken an. Damit kann sie die Anlagen nötigenfalls kurzfristig und ohne grössere Kurseinbusse verkaufen. Gemäss Nationalbankgesetz können handelbare Schuldverschreibungen ausländischer Staaten, internationaler Organisationen und ausländischer Banken erworben werden.

Dreistufiger Anlageentscheidungsprozess

Das Direktorium legt die anlagepolitischen Richtlinien fest, innerhalb deren das Anlagekomitee die detaillierte Währungsallokation und das zulässige Zinsrisiko bestimmt. Die Portfoliomanager orientieren sich bei jeder einzelnen Währung an einem Referenzportefeuille. Der Bewirtschaftungserfolg wird an der Rendite dieses Referenzportefeuilles gemessen.

Anlagetätigkeit und -ergebnis

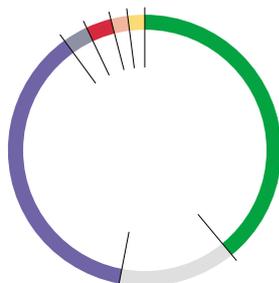
Der Beginn des Jahres 1999 stand im Zeichen der Einführung des Euro, die ohne Probleme verlief. Die Portfolios in D-Mark und holländischen Gulden wurden zu einem Euro-Portfolio zusammengelegt. Gleichzeitig wurde das Spektrum erlaubter Anlagen auf alle Länder erweitert, die an der dritten Stufe der Währungsunion teilnehmen. Seit Mai investiert die Nationalbank auch in Obligationen, die auf kanadische Dollar lauten. Bei den bestehenden Währungen reduzierte sie den US-Dollar- und den Yen-Anteil zugunsten des Euro. In der Berichtsperiode wurde die Diversifikation bezüglich der Schuldner weiter erhöht; beispielsweise wurde der Anteil an Pfandbriefen im Euro-Portfolio deutlich vergrössert. Ende 1999 entfielen rund 78% der Anlagen auf Staatspapiere oder auf Wertpapiere mit faktischer Staatsgarantie. Zur Steuerung der durchschnittlichen Kapitalbindungsdauer (Duration) setzte die Nationalbank neben Futures auch Zinssatzswaps ein. Insgesamt rentierten die Devisenanlagen mit 9,7%, verglichen mit 5,9% im Vorjahr.



Devisenanlagen nach Schuldnerkategorien
in Prozent

- Staatspapiere 71
- Wertpapiere mit indirekter Staatsgarantie 7
- Internationale Organisationen 10
- Banken 12

Total: 54,6 Mrd. Franken.
Ende 1999



Devisenanlagen nach Währungen
in Prozent

- US-Dollar 39
- US-Dollar kursgesichert 14
- Euro 37
- Britisches Pfund 3
- Dänische Krone 3
- Yen 2
- Kanadischer Dollar 2

Total: 54,6 Mrd. Franken.
Ende 1999

Jahresergebnis Devisenanlagen Renditen in Prozent

Währungsportfeuille	1997		1998		1999	
	lokale Währung	Franken	lokale Währung	Franken	lokale Währung	Franken
US-Dollar	5,8	14,0	7,8	2,1	0,8	16,9
Euro	-	-	-	-	-0,2	-0,0
D-Mark	3,2	3,5	7,4	8,6	-	-
Holländische Gulden	-	-	8,4	9,6	-	-
Yen	0,2	3,4	0,5	8,7	2,5	32,5
Britisches Pfund ¹	-	-	9,6	3,9	1,1	14,4
Dänische Krone ²	-	-	4,8	3,7	0,8	0,9
Kanadischer Dollar ³	-	-	-	-	1,1	7,6
Gesamte Devisenanlagen	-	10,9	-	5,9	-	9,7

1 seit März 1998

2 seit Juni 1998

3 seit Mai 1999

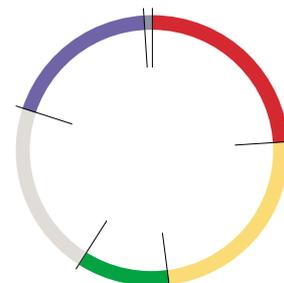
Einsatz externer Vermogensverwaltungsunternehmen

Bis anhin wurde ein kleiner Teil des Devisenportefeuilles durch ein externes Vermogensverwaltungsunternehmen bewirtschaftet. Ende 1999 vergab die Nationalbank weitere Mandate an externe Vermogensverwaltungsunternehmen zur Bewirtschaftung von Portefeuilles ab Frühjahr 2000. Damit können spezielle Anlagemöglichkeiten – z. B. hypothekarisch gesicherte Wertschriften in den USA (mortgage-backed securities) oder internationale Obligationen-Portefeuilles – genutzt werden.

1.3 Anlage von Wertschriften in Schweizer Franken

Seit Anfang der achtziger Jahre baut die Nationalbank ihr Portefeuille inländischer Obligationen jährlich um rund 100 Mio. Franken aus. Käufe werden gleichmässig auf das Jahr verteilt. Sie bewirtschaftet den Obligationenbestand unter der Einschränkung, dass die Anlageentscheide die Geldpolitik weder stören noch von ihr profitieren dürfen. Daher verfolgt sie eine regelgebundene Anlagepolitik, die anhand von Vergleichsindizes auf ihre Qualität hin überprüft wird.

Anlagegrundsätze



Franken-Wertschriften nach Schuldnerkategorien in Prozent

Bund 24

Kantone 24

Gemeinden 11

Pfandbriefe 21

Banken 19

Auslandschuldner 1

Total: 4,9 Mrd. Franken.
Ende 1999

**Ausweitung der
Obligationenkäufe auf
ausländische Schuldner**

Die Nationalbank beschränkte sich bis anhin auf den Kauf von Franken-Anleihen inländischer Schuldner. Dabei berücksichtigte sie alle vom Gesetz zugelassenen Schuldner: die öffentliche Hand, Banken und Pfandbriefinstitute. Die Anteile dieser Schuldnerkategorien entsprachen ungefähr ihrer Marktkapitalisierung; eine Konzentration auf einzelne Schuldner wurde durch Limiten vermieden. Im Juli 1999 begann die Nationalbank, in bescheidenem Umfang Franken-Anleihen ausländischer Schuldner, d.h. ausländischer Staaten, internationaler Organisationen und Banken, zu erwerben.

Anlageergebnis

Ende 1999 betrug der Marktwert des Portefeuilles 4885 Mio. Franken, verglichen mit 5 010 Mio. Franken im Vorjahr. Die Duration lag bei $2\frac{3}{4}$ Jahren. Die Rendite des Portefeuilles sank infolge der Entwicklung der Marktzinsen von 4,8% im Vorjahr auf 0,7% im Jahre 1999.

1.4 Goldleihe

Anlagegrundsätze

Der Markt für Goldleihegeschäfte ist relativ eng. Um das Preisgefüge nicht zu stören, leiht die Nationalbank nur einen bescheidenen Teil ihrer Goldbestände aus. Ihre Partner sind erstklassige in- und ausländische Banken und Wertpapierhäuser. Diese entschädigen die vorübergehende Überlassung des Goldes mit einem Zins.

**Abschluss von
Leihgeschäften gegen
Wertpapierdeckung**

Mitte 1999 ging die Nationalbank dazu über, auch Leihgeschäfte abzuschliessen, bei denen die Gegenpartei Wertpapiere als Sicherheit hinterlegt. Durch solche Geschäfte lässt sich das Kreditrisiko – bei tieferen Leihzinsen – stark senken. Diese Form der Absicherung ist vor allem für längerfristige Geschäfte sinnvoll. Ende 1999 war ein Anteil von 23% aller Goldleihegeschäfte durch Wertpapierhinterlagen gesichert.

**Einfrierung des
Goldleihegeschäftes**

Am 26. September verpflichteten sich die Nationalbank und weitere 14 europäische Zentralbanken im Rahmen eines Abkommens zur Plafonierung künftiger Goldverkäufe dazu, ihr Goldleihegeschäft auf dem aktuellen Stand einzufrieren (vgl. S. 45). Der Bestand an ausgeliehenem Gold der Nationalbank betrug zu diesem Zeitpunkt 328 Tonnen.

Anlageergebnis

Am Jahresende betrug die durchschnittliche Restlaufzeit der abgeschlossenen Leihgeschäfte $7\frac{1}{4}$ Monate. Im Jahre 1999 wurde mit der Goldleihe eine Rendite von 1,6% p. a. erzielt.

1.5 Risikomanagement

Das Risikomanagement der Nationalbank bezweckt, alle massgeblichen finanziellen Risiken, denen die Nationalbank durch ihre Aktivitäten auf den Geld- und Kapitalmärkten ausgesetzt ist, systematisch und integral zu erfassen, zu begrenzen und zu überwachen. Im Zentrum des Risikomanagements stehen jene Aktiven, die unter Ertragsgesichtspunkten bewirtschaftet werden, namentlich die Devisenreserven. Die Marktrisiken, d.h. Währungs- und Zinsrisiken, auf den Devisenanlagen sind für die Nationalbank besonders bedeutsam. Daneben geht sie im Rahmen ihrer Anlage- und der Geldpolitik auch gewisse Kreditrisiken ein.

**Zweck des
Risikomanagements**

Die Nationalbank überwacht die Marktrisiken auf den Devisenanlagen mit gängigen Verfahren und modernen Werkzeugen wie Sensitivitäts- und Szenarioanalysen sowie Value-at-Risk-Rechnungen. Die Risikobegrenzung erfolgt über Limiten und detaillierte Anlagerichtlinien. Letztere legen unter anderem die Bandbreiten für die Währungsanteile, die Duration sowie die Obergrenzen für bestimmte Anlagesegmente fest. Im Jahre 1999 wurde das Währungsrisiko auf den Devisenanlagen durch Umschichtungen aus dem Dollar und dem Yen in den Euro weiter abgebaut. Das Zinsrisiko wurde auf dem Niveau des Vorjahres gehalten.

Marktrisiken

Das Management der Kreditrisiken erfolgt nach genau festgelegten Regeln für die Vergabe und Kontrolle von Kreditlimiten. Die Bankbehörden geben strategische Richtlinien vor in Form von Sektorlimiten, Anforderungen an die Schuldnerbonität und Obergrenzen für individuelle Kreditlimiten. Ein neu eingesetztes Risikokomitee setzt diese Richtlinien in konkrete Vorgaben für die einzelnen Geschäftsarten um und steuert den Überwachungsprozess.

Kreditrisiken

Das Risikomanagement meldet die Ergebnisse der Risikoüberwachung direkt den zuständigen Linien- und Aufsichtsinstanzen der Nationalbank. Die Oberaufsicht liegt bei den Bankbehörden, wobei eine Zweierdelegation des Bankausschusses speziell für die Risikoaufsicht zuständig ist.

**Direkte Risiko-
Berichterstattung**

2 Zahlungsverkehr

2.1 Grundlagen

Übersicht

Die Hauptträger des schweizerischen Zahlungsverkehrs sind die Nationalbank, die Banken und die Post. Die Nationalbank versorgt die Volkswirtschaft über das Bankensystem und die Post mit Bargeld. Zudem wirkt sie als zentrale Abrechnungsstelle für bargeldlose Zahlungen zwischen den Banken sowie zwischen der Post und den Banken.

Neues Bargeldkonzept aufgrund der Entwicklungen im Bargeldverkehr

Bei den Geschäftspartnern der Nationalbank (Banken, Post, Werttransportunternehmen) findet seit mehreren Jahren ein Rationalisierungsprozess in der Bargeldverarbeitung statt. Insbesondere gleichen Geschäftsbanken mit einem Filialnetz ihre Bargeldbestände vermehrt innerhalb des eigenen Institutes aus. Verschiedene Bankenzusammenschlüsse verstärkten diese Tendenz. Auch übertragen Banken und Post ihre Bargeldverarbeitung in wachsendem Umfang an spezialisierte Unternehmen. Diese Entwicklungen führten dazu, dass sich die Bargeldströme im Geschäftsstellennetz der Nationalbank bei einzelnen Bankstellen konzentrierten. In der Folge beschloss die Nationalbank, die Bargeldverarbeitung ab dem Jahr 2000 auf die vier Standorte Bern, Genf, Lugano und Zürich zu beschränken. Im Gegenzug wurde das bestehende dezentrale Agenturnetz für die lokale Entgegennahme und Ausgabe von Banknoten und Münzen verstärkt (vgl. S. 65).

Interbank-Zahlungssystem SIC

Die Telekurs betreibt im Auftrag der Nationalbank das elektronische Interbank-Zahlungssystem Swiss Interbank Clearing (SIC). Über dieses System wickeln die Banken ihren Zahlungsverkehr ab. Das SIC verfügt über eine direkte Verbindung zum Wertschriftenabrechnungssystem SECOM der SIS SegInterSettle (ehemals SEGA). Diese Verbindung ermöglicht es, dass bei der Durchführung von Wertschriften- und Repo-Transaktionen Lieferung und Zahlung gleichzeitig erfolgen. Seit Juni 1999 werden Bancomat-, Tankautomat- und ec-direct-Transaktionen im SIC abgewickelt. Mit Ausnahme der Checks sind damit alle Zahlungsdienstleistungen der Banken ins System integriert.

Erleichterte Zahlungsabwicklung infolge Einführung der Intraday-Liquidität

Die Gewährung von Intraday-Liquidität durch die Nationalbank (vgl. S. 37) erleichtert die Abwicklung von Zahlungen im SIC. Dies ist besonders bedeutsam im Hinblick auf die geplante Einführung von CLS (Continuous Linked Settlement). CLS ist ein internationales Mehrwährungs-Abwicklungssystem für Devisengeschäfte, das die Zahlungen in beiden Währungen miteinander koppelt, wodurch das Erfüllungsrisiko eliminiert werden kann. Für den reibungslosen Betrieb von CLS sind die Banken darauf angewiesen, ihre Zahlungen zu bestimmten Tageszeiten abwickeln zu können. Mit der Intraday-Liquidität ist dies leichter möglich.

Euro-Zahlungsverkehr der Schweizer Banken

Mit Beginn der dritten Stufe der Europäischen Währungsunion Anfang 1999 nahmen die Zentralbanken aller EU-Länder das System TARGET (Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer) als Verbindungselement ihrer nationalen Zahlungssysteme in Betrieb. TARGET erleichtert die Umsetzung der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und den grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr im Euro-Gebiet. Zu TARGET sind nur Zahlungssysteme der EU-Mitgliedländer zugelassen. Die Schweizer Banken betreiben in Frankfurt eine spezielle Clearingbank, die Swiss Euro Clearing Bank (SECB), um

über einen Zugang zu TARGET zu verfügen. Die SECB ist direkt der deutschen Bankenaufsicht unterstellt. Das von der SECB zur Abwicklung eingesetzte System euroSIC wird vor allem für Euro-Zahlungen zwischen Schweizer Banken benutzt, während grenzüberschreitende Zahlungen mehrheitlich noch immer über traditionelle Korrespondenzbanken abgewickelt werden.

2.2 Bargeldversorgung

Im Jahre 1999 betrug der Notenumlauf durchschnittlich 30,8 Mrd. Franken. Damit übertraf er den Vorjahreswert um 4,2%. Der Münzumlauf lag mit 2,2 Mrd. Franken auf dem Niveau des Vorjahres.

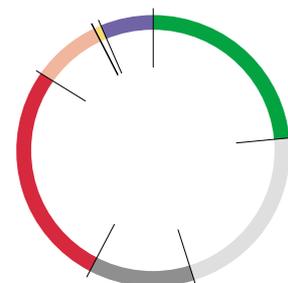
Die Nationalbank übernahm von Orell Füssli Sicherheitsdruck AG 75,7 Mio. druckfrische Banknoten im Nominalwert von insgesamt 28,4 Mrd. Franken. Sie vernichtete 85,1 Mio. beschädigte oder zurückgerufene Noten im Nominalwert von 8,6 Mrd. Franken.

Die Bankstellen der Nationalbank verzeichneten im Jahre 1999 eine Abnahme der wertmässigen Kassenumsätze um 5,6% auf 170,6 Mrd. Franken. Die Bankstellen nahmen rund 465 Mio. Noten oder 5,7% weniger entgegen als im Vorjahr und prüften sie auf Echtheit, Qualität und Quantität.

Bargeldumlauf

**Notenherstellung und
-vernichtung**

Kassenumsätze



Notenumlauf
Abschnitte in Mio. Stück



Jahresdurchschnitt

2.3 SIC-Zahlungsverkehr

Abnahme der Zahlungsströme

Ende 1999 zählte das SIC 291 Teilnehmer, gegenüber 288 Teilnehmern Ende 1998. Im Jahre 1999 wurden durchschnittlich 556 000 Zahlungen pro Tag in Höhe von 170 Mrd. Franken abgewickelt, verglichen mit 182 Mrd. Franken im Vorjahr. Der Rückgang ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass Anfang Juli die SIC-Konten zweier Grossbanken als Folge ihrer Fusion zusammengelegt wurden. Ein beträchtlicher Teil des vom SIC verarbeiteten Betragsvolumens stammt aus der Abwicklung von Devisengeschäften. Im Verlaufe des Jahres 1999 wurde die einmilliardste Transaktion seit Inbetriebnahme des SIC im Jahre 1987 durchgeführt.

Entwicklung der Zahlungsströme im SIC

	1995	1996	1997	1998	1999
Transaktionen pro Tag in Tausend					
Durchschnitt	382	427	480	529	556
Maximum	1 154	1 156	1 303	1 323	1 384
Betragsvolumen pro Tag in Mrd. Franken					
Durchschnitt	128	150	182	182	170
Maximum	257	290	305	270	296
Umschlagshäufigkeit pro Tag ¹					
Durchschnitt	57	58	58	49	48
Maximum	112	90	97	82	93

¹ Betragsvolumen dividiert durch den Tagesendbestand an Giro Guthaben

Reduktion pendenter Zahlungen infolge Einführung der Intraday-Liquidität

Die Einführung der Intraday-Liquidität (vgl. S. 37) hat zur Folge, dass die Zahlungen im SIC schneller verarbeitet werden können. Zwischen Oktober und Dezember 1999 reduzierte sich daher die Zahl der im System pendenden Zahlungen erheblich.

08:00

10:00

12:00

14:00

16:00

- eingegebene Zahlungen
- pendente Zahlungen
- abgewickelte Zahlungen

Januar bis September 1999.

In Prozent des betragsmässigen Volumens.

Abwicklung im SIC ohne Intraday-Liquidität

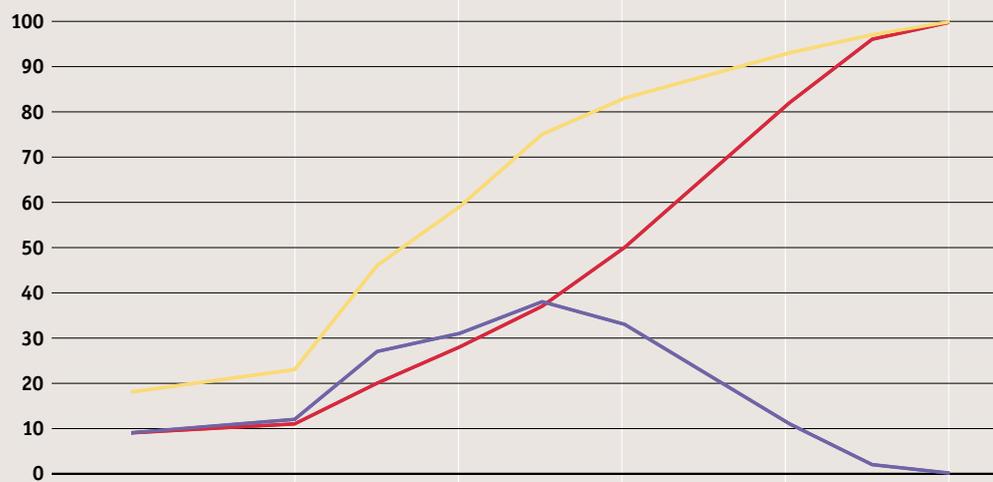


- eingegebene Zahlungen
- pendente Zahlungen
- abgewickelte Zahlungen

Oktober bis Dezember 1999.

In Prozent des betragsmässigen Volumens.

Abwicklung im SIC mit Intraday-Liquidität



08:00

10:00

12:00

14:00

16:00

3 Statistik

Grundlagen

Die Nationalbank erhebt bei den Banken und der Industrie statistische Angaben, die sie zur Erfüllung ihres Auftrags benötigt. Diese Daten dienen der geld- und währungspolitischen Analyse, der Konjunkturbeobachtung und -prognose sowie der Analyse der Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Nationalbank erhebt Statistiken über die Bankbilanzen und andere wichtige Aspekte des Bankgeschäftes sowie über die Anlagefonds und die Zahlungsbilanz. Dazu gehören Daten über die Direktinvestitionen, welche die Nationalbank bei Industrie- und Dienstleistungsunternehmen einfordert und in die Zahlungsbilanz einfließen lässt. Sie sammelt auch Informationen über die Geld- und Kapitalmärkte, insbesondere über die kurz- und langfristigen Zinssätze. Alle Erhebungen werden mit den meldepflichtigen Instituten bzw. Unternehmen abgesprochen und soweit möglich den internationalen Standards angepasst.

Neue Erhebungen

Dank der neuen Regelung des Datenaustausches in der Verordnung zum Schweizerischen Bankengesetz (Art. 54 BankV) konnte die Nationalbank ihre Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Bankenkommission (EBK) im Jahre 1999 auf statistischem Gebiet vertiefen und erweitern. Sie übernahm die Erhebung verschiedener bankenstatistischer Daten, welche die EBK für ihre Rolle als Aufsichtsbehörde benötigt. Ferner beschloss sie, gemeinsam mit Bankenvertretern, der Schweizerischen Bankiervereinigung und dem Staatssekretariat für Wirtschaft (seco), eine neue Statistik aufzubauen, welche die Kredite der Banken an kleine und mittlere Unternehmen erfasst. Diese Daten sollen im Jahre 2001 erstmals veröffentlicht werden. Die Nationalbank konzipierte auch eine Erhebung über den bargeldlosen Zahlungsverkehr, die Aufschlüsse über die Wirkungen neuer Zahlungsgewohnheiten des Publikums auf die Geldnachfrage vermittelt. Sie wird zum ersten Mal im Jahre 2000 durchgeführt.

Ergänzung der Berechnung der Kapitalmarktrenditen

Die Nationalbank ergänzte die Daten über die Durchschnittsrendite eidgenössischer Obligationen durch Angaben über die Fälligkeitsstruktur der Zinssätze auf den Schuldverschreibungen des Bundes. Anfang 2000 wurden diese Daten in der Form einer Zinsstrukturkurve erstmals publiziert. Sie zeichnen ein genaueres Bild der Lage am Kapitalmarkt als die bisherige Durchschnittsrendite und erleichtern den Vergleich mit entsprechenden ausländischen Statistiken.

4 Dienstleistungen für den Bund

Die Nationalbank wirkt als Bank des Bundes. Das Nationalbankgesetz regelt die Leistungen, die zu diesem Tätigkeitsbereich gehören. Es untersagt die Defizitfinanzierung der öffentlichen Hand durch Notenbankkredite und verlangt, dass die meisten Leistungen unentgeltlich erbracht werden. Auf dieser Grundlage nimmt die Nationalbank für den Bund Aufgaben im Zahlungsverkehr, im Münzwesen, bei der Mittelaufnahme am Geld- und Kapitalmarkt sowie bei der Geldanlage wahr.

Bundestresorerie und Post halten ihre liquiden Mittel in der Form von Sichtguthaben oder kurzfristigen Festgeldern bei der Nationalbank. Diese verzinst die Sichtguthaben bis zur Höhe von 800 Mio. Franken zum Tagesgeldsatz, die Festgelder zu marktüblichen Zinsen. Im Falle von Liquiditätsengpässen ist sie dem Bund bei der Aufnahme von Geldmarktkrediten bei Banken behilflich.

Im Jahre 1999 führte die Nationalbank für den Bund 52 Emissionen von Geldmarktbuchforderungen (GMBF) und 10 Emissionen von Bundesanleihen durch. GMBF wurden für insgesamt 75,7 Mrd. Franken gezeichnet und für 46,8 Mrd. Franken zugeteilt. Bundesanleihen wurden für insgesamt 8,1 Mrd. Franken gezeichnet, wovon 4,1 Mrd. Franken zugeteilt wurden.

Bundesanleihen und Geldmarktbuchforderungen

	1995	1996	1997	1998	1999
Anzahl Emissionen¹					
Bundesanleihen	7	10	7	11	10
GMBF	52	52	53	52	52
Total gezeichnet in Mrd. Franken					
Bundesanleihen ²	8,2	10,6	7,0	10,8	8,1
GMBF	94,7	103,1	89,0	89,4	75,7
Total zugeteilt in Mrd. Franken					
Bundesanleihen ²	3,5	4,5	3,7	5,2	4,1
GMBF	47,1	49,9	49,8	45,1	46,8
Am Jahresende ausstehend in Mrd. Franken					
Bundesanleihen	29,8	33,8	37,5	43,3	46,5
GMBF	14,1	14,7	14,1	12,9	17,1

Die Nationalbank nimmt auf Rechnung des Bundes Zahlungen entgegen und führt in dessen Auftrag und bis zur Höhe seines Guthabens Vergütungen an Dritte im In- und Ausland aus. Ihren Bargeldbedarf decken die Bundesstellen durch Bezüge bei der Nationalbank. Ausserdem führt die Nationalbank das eidgenössische Schuldbuch und verwaltet für den Bund Wertschriften und Wertgegenstände.

Grundlagen

Agent am Geldmarkt

Bundesanleihen und
Geldmarktbuchforderungen

1 Aufgrund des Liberierungsdatums

2 Ohne Eigentranchen

Verwaltungs- und Abwicklungsdienste

5 Zusammenarbeit mit Bundesstellen

5.1 Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Finanzdepartement

Expertengruppe «Reform der Währungsordnung»

Die im April 1997 vom Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartementes eingesetzte Expertengruppe «Reform der Währungsordnung» ist beauftragt, sämtliche Fragen zu prüfen, die sich im Anschluss an die Revision der Währungsverfassung auf der Gesetzes- und Verordnungsstufe stellen (vgl. 91. Geschäftsbericht, S. 38). In der Expertengruppe wirken je drei Vertreter des Finanzdepartementes, der Nationalbank und der Wissenschaft mit. Nachdem sie ihre Arbeiten zur Vorbereitung eines neuen Währungs- und Zahlungsmittelgesetzes (vgl. S. 44) abgeschlossen hatte, widmete sich die Expertengruppe im Jahre 1999 schwergewichtig ersten Überlegungen zur Änderung des Nationalbankgesetzes.

Umfassende Reform des Nationalbankgesetzes beabsichtigt

Im Hinblick auf die nachgeführte Geld- und Währungsverfassung sprach sich die Expertengruppe dafür aus, dass das Nationalbankgesetz einer Totalrevision unterzogen wird. Das geltende Gesetz, das aus dem Jahre 1953 stammt und in den Jahren 1978 und 1997 partiell geändert wurde, ist in manchen Belangen veraltet: Die Aufgaben der Nationalbank, ihre staatsrechtliche Stellung sowie ihre Organisation sind mit Rücksicht auf die zwischenzeitliche Entwicklung der internationalen Währungsverhältnisse und des institutionellen Umfeldes neu zu umschreiben. So erfordert etwa die Verankerung der Unabhängigkeit der Nationalbank in der Bundesverfassung gewisse Anpassungen auf Gesetzesstufe. Da die Nationalbank die Rechtsform einer spezialgesetzlichen Aktiengesellschaft hat, ist auch der Aktienrechtsreform von 1991 Rechnung zu tragen. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Organstruktur der Nationalbank zu überprüfen. Angesichts der Umwälzungen an den Finanzmärkten ist ferner der rechtsgeschäftliche Handlungsrahmen der Notenbank offener und flexibler zu fassen. Schliesslich sind jene hoheitlichen Instrumente der Nationalbank, die konzeptionell auf die Zeit fester Wechselkurse zurückgehen (Emissionskontrolle, Kapitalverkehrskontrollen), in global integrierten Finanzmärkten nicht mehr praktikabel, so dass sich ihre Entfernung aus dem Nationalbankgesetz aufdrängt. Andere hoheitliche Instrumente, wie die statistischen Meldepflichten und die Mindestreservevorschriften, bedürfen einer Modernisierung. Die Expertengruppe «Reform der Währungsordnung» wird im Jahre 2000 einen kommentierten Entwurf für ein neues Nationalbankgesetz vorlegen.

Arbeitsgruppe Euro

Die Nationalbank wirkte in einer Arbeitsgruppe unter Führung des Finanzdepartementes mit, die sich mit den rechtlichen Rahmenbedingungen der Verwendung des Euro in der Schweiz beschäftigte. Die Arbeitsgruppe kam zum Schluss, dass der Verwendung des Euro im Rahmen privatrechtlicher Verträge keine wesentlichen Hindernisse entgegenstehen, in den Bereichen Zölle, Steuern und Sozialversicherungen hingegen eine Verwendung des Euro nur in Ausnahmefällen möglich ist. Eine Beseitigung der rechtlichen Hindernisse in diesen Bereichen ist gemäss der Arbeitsgruppe bei der gegenwärtigen Integrationslage höchstens punktuell in Betracht zu ziehen. Die Arbeitsgruppe sah sich in ihren Schlussfolgerungen durch eine Umfrage der Konjunkturforschungsstelle

KOF/ETH bestätigt. Danach erwarten die Unternehmen in der Industrie, im Gastgewerbe und im Detailhandel nicht, dass die Einführung des Euro grundlegende Änderungen bei der Verwendung ausländischer Zahlungsmittel in der Schweiz bewirken wird.

5.2 Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Bankenkommission

Im Jahre 1999 erörterte das Direktorium an zwei Aussprachen mit der Eidgenössischen Bankenkommission die Wirtschaftslage sowie aktuelle Entwicklungen im Bankensystem, unter anderem im Bereich des Repo-Geschäftes und der Abwicklungssysteme. Zudem bearbeitete eine aus Vertretern von Nationalbank und Bankenkommission zusammengesetzte Arbeitsgruppe ausgewählte Fragen im Zusammenhang mit dem Jahr-2000-Übergang. Es galt im Wesentlichen, die vorsorglichen Massnahmen der Nationalbank zur Liquiditätsversorgung im Bankensystem mit jenen der Bankenkommission zur Überprüfung der technischen Vorbereitung der Institute für den Jahreswechsel aufeinander abzustimmen und für den Fall ernsthafter Störungen ein gemeinsames Reaktionsdispositiv zu entwickeln. Auf dieses musste indessen nicht zurückgegriffen werden, da der Finanzsektor die Datumsschwelle reibungslos überschritt.

Vorsorgliche Massnahmen im Hinblick auf die Jahreswende

6 Internationale Zusammenarbeit

Auf internationaler Ebene arbeitet die Nationalbank vor allem mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Zehnergruppe (G-10), die aus den zehn wichtigsten Industrieländern und der Schweiz besteht, sowie der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) zusammen. Sie beteiligt sich auch in Form von technischer Hilfe und Ausbildung an der internationalen Zusammenarbeit.

6.1 Mitwirkung beim Internationalen Währungsfonds

Die Mitgliedschaft der Schweiz beim IWF wird durch das Eidgenössische Finanzdepartement und die Nationalbank wahrgenommen. Der IWF finanziert seine Aktivitäten mit den Quoten der Mitgliedländer. Der von ihm beanspruchte Teil der schweizerischen Quote entspricht der Reserveposition der Schweiz. Diese wird von der Nationalbank finanziert. Sie hat den Charakter einer Währungsreserve und kann von der Nationalbank jederzeit zu diesem Zweck eingesetzt werden. Ende 1999 betrug die Reserveposition der Schweiz 1 224,8 Mio. SZR (Sonderziehungsrechte), verglichen mit 1 597,8 Mio. SZR Ende 1998. (Ende 1999 entsprach 1 SZR 2,19 Franken.) Der Rückgang der Reserveposition erklärt sich damit, dass dem IWF im Jahre 1999 vermehrt Mittel aus Kreditrückzahlungen zuflössen.

An der Jahrestagung des IWF stimmten die Mitgliedländer Ende September der Umwandlung der Erweiterten Strukturanpassungsfazilität (ESAF II) in eine Armutsverringerungs- und Wachstumsfazilität (Poverty Reduction and Growth Facility, PRGF) zu. Über die ESAF II stellte der IWF seit Ende der achtziger Jahre einkommensschwachen Mitgliedländern langfristige Vorzugsdarlehen zur Unterstützung wirtschaftlicher Anpassungsprogramme bereit. Die Umwandlung zur PRGF hat zur Folge, dass die Fazilität stärker als bis anhin direkt auf die Armutsbekämpfung ausgerichtet ist. Gemäss dem Bundesbeschluss über die Beteiligung der Schweiz an der verlängerten Erweiterten Strukturanpassungsfazilität vom 3. Februar 1995 finanziert die Nationalbank den schweizerischen Beitrag an das Darlehenskonto der ESAF II. Von der schweizerischen Kreditzusage von 151,7 Mio. SZR beanspruchte der IWF bis Ende 1999 einen Betrag von 109,3 Mio. SZR. Die noch offene Kreditzusage von 42,4 Mio. SZR kann bis Ende 2001 beansprucht werden. Die einzelnen Ziehungen haben eine Laufzeit von zehn Jahren, wobei fünfeinhalb Jahre nach der Auszahlung die Rückzahlung in Raten einsetzt. Der Bund garantiert der Nationalbank die fristgerechte Rückzahlung der Kredite einschliesslich der Zinsen; er finanziert zudem die Zinssubventionen.

Reserveposition der Schweiz

Umwandlung der Erweiterten Strukturanpassungsfazilität II in eine Armutsverringerungs- und Wachstumsfazilität

6.2 Mitwirkung in der Zehnergruppe

Im Jahre 1999 zahlte der IWF Kredite zurück, die er im Vorjahr im Rahmen der Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) sowie der Neuen Kreditvereinbarungen (NKV) beansprucht hatte. Die AKV erlauben es dem IWF, in Ausnahmesituationen und bei Mittelknappheit nach einem vereinbarten Schlüssel bei den Ländern der Zehnergruppe Kredite aufzunehmen. Die NKV sind parallele Vereinbarungen zu den AKV, an denen sich zusätzlich 14 Länder beteiligen. Der IWF hatte im Juli 1998 die AKV für die Finanzierung eines Bereitschaftskredites für Russland und im Dezember 1998 die NKV zur Unterstützung Brasiliens aktiviert, in beiden Fällen verbunden mit der Verpflichtung, die beanspruchten Mittel den Teilnehmerstaaten zurückzuzahlen, sobald er wieder über genügend eigenes Kapital verfüge. Mit der am 22. Januar 1999 in Kraft getretenen Quotenerhöhung wurde das Kapital des IWF deutlich aufgestockt. Anfang März 1999 erstattete der IWF die Kreditbezüge aus den AKV und NKV vollständig zurück. Er überwies der Nationalbank, welche die Mitgliedschaft der Schweiz an den erwähnten Kreditvereinbarungen wahrnimmt, 86,6 Mio. SZR aus den AKV sowie 143,5 Mio. SZR aus den NKV (vgl. S. 89).

Kreditrückzahlungen durch den IWF

6.3 Mitwirkung bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich

Im Rahmen der BIZ treffen sich die Präsidenten der Zentralbanken der G-10-Länder regelmässig zum Informationsaustausch. Die Nationalbank arbeitet sodann in verschiedenen Ausschüssen der BIZ mit. Dazu gehören der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht, der Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme sowie der Ausschuss für das weltweite Finanzsystem. Im Jahre 1999 beteiligte sich die Nationalbank zusätzlich an den Arbeiten des Jahr-2000-Rates, dessen Aufgabe darin bestand, den Finanzbereich auf den Datumswechsel vorzubereiten.

Gremien bei der BIZ

Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht verabschiedete im Sommer 1999 ein Konsultationspapier zu überarbeiteten Eigenmittelempfehlungen. Es sieht ein Dreisäulenkonzept vor. Die erste Säule sind die Eigenmittelanforderungen. In diesem Bereich ist neu eine Messung der Kreditrisiken aufgrund bankinterner Ratings vorgesehen; für die Banken mit einfacheren Bedürfnissen – und damit die Mehrheit aller Banken – wird weiterhin ein Standardverfahren mit gegebenen Risikogewichten zur Verfügung stehen. Die Eigenmittelanforderungen sollen inskünftig auch überdurchschnittliche Zinsänderungsrisiken sowie organisatorische und andere Risiken abdecken. Die zweite Säule des Konzeptes ist die Überprüfung der Eigenmittelausstattung durch die Bankenaufsicht; Banken, deren interne Risikomessungs- und Kontrollverfahren nicht erstklassig sind, sollen erhöhte Eigenmittelanforderungen erfüllen. Die dritte Säule ist die Marktdisziplin, die vor allem durch weitergehende Publizität realisiert werden soll.

Überarbeitete Eigenmittelempfehlungen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht

**Studien des Basler
Ausschusses für
Bankenaufsicht**

Der Basler Ausschuss führte eine weltweite Studie über die Umsetzung seiner Kernprinzipien zur Bankenaufsicht durch. Zudem veröffentlichte er Untersuchungen zu den Themen Hedge-Funds («Highly Leveraged Institutions»), Aufsichtsfolgen der Finanzkrise in Südostasien sowie über «best practices» in verschiedenen Geschäftssparten der Banken.

**Ausschuss für
Zahlungsverkehrs- und
Abrechnungssysteme**

Der Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme veröffentlichte zwei Berichte. Der erste setzt sich mit der Wertpapierleihe auseinander und entstand in Zusammenarbeit mit den internationalen Wertpapieraufsichtsbehörden (IOSCO: International Organization of Securities Commissions). Der Bericht gibt einen Überblick über die gängigen Geschäfte, die Marktstrukturen, die rechtlichen Aspekte und die damit verbundenen Risiken. Zudem werden die Folgen für die Marktteilnehmer, die Infrastrukturbetreiber und die zuständigen Behörden dargelegt. Der zweite Bericht setzt sich mit Massenzahlungsmitteln (wie Bargeld, Schecks, Debit- und Kreditkarten) auseinander. Er beschreibt eingehend die Eigenschaften und Funktionsweise dieser Zahlungsmittel und enthält Statistiken über ihre Verwendung in den G-10-Ländern.

**Ausschuss für das weltweite
Finanzsystem**

Der Ausschuss für das weltweite Finanzsystem (früher Ständiger Ausschuss für Euromarktangelegenheiten genannt) verfolgte die Entwicklung auf den Finanzmärkten, insbesondere in den aufstrebenden Ländern. Er veröffentlichte Untersuchungen über die Entwicklung der Repo-Märkte und über die Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten im Herbst 1998. Ausserdem legte er Empfehlungen zur Ausgestaltung der Märkte für Staatsanleihen vor.

6.4 Währungshilfekredite

**Erhöhung der Limite im
Währungshilfebeschluss**

Der Bundesbeschluss über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmassnahmen (Währungshilfebeschluss) ermöglicht es der Schweiz, an internationalen Stützungsaktionen zur Verhinderung oder Behebung ernsthafter Störungen im internationalen Währungsgefüge teilzunehmen. Bis anhin stand dafür ein Kreditplafond von 1 Mrd. Franken zur Verfügung. Infolge der internationalen Finanzkrisen wurden Garantie- und Kreditverpflichtungen stark beansprucht. Anfang 1999 hatte die Schweiz Verpflichtungen von knapp 930 Mio. Franken ausstehend. Der Bundesrat beantragte deshalb dem Parlament im Hinblick auf die höhere Krisenanfälligkeit des globalisierten Finanzsystems eine Verdoppelung des seit 1984 unveränderten Kreditplafonds. Die Eidgenössischen Räte stimmten am 18. Juni 1999 der entsprechenden Änderung des Bundesbeschlusses über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmassnahmen zu. Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist setzte der Bundesrat die Änderung auf den 1. Dezember 1999 in Kraft. Die Kredite werden von der Nationalbank finanziert, während der Bund die Rückzahlung der Kredite einschliesslich Zinsen garantiert.

**Rückzahlung eines
Zahlungsbilanzhilfekredites**

Am 4. Februar 1999 zahlte die Zentralbank Rumäniens einen Zahlungsbilanzhilfekredit fristgerecht zurück. Den Kredit in Höhe von 40 Mio. Dollar hatte die Schweiz aufgrund des Währungshilfebeschlusses Rumänien im Jahre 1992 gewährt.

6.5 Technische Hilfe und Ausbildung

Im Jahre 1999 leistete die Nationalbank technische Hilfe zugunsten der Nationalbanken von Kirgisien, der Slowakei, von Tadschikistan, der Staatsbank von Vietnam und der Zentralbank der Westafrikanischen Währungsunion.

Das Studienzentrum Gerzensee führte im Jahre 1999 fünf Kurse für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausländischer Zentralbanken durch. Die Kurse waren der Ausbildung in den Bereichen Geldpolitik und Finanzmärkte gewidmet. Sie wurden von insgesamt rund 130 Personen aus über 90 Ländern besucht.

Zudem veranstaltete das Studienzentrum Gerzensee drei wissenschaftliche Konferenzen, die sich mit ökonomischen Themen befassten, sowie ein Podiumsgespräch über die Reform von Altersvorsorgesystemen. An diesen Veranstaltungen nahmen auch international bekannte Forscher teil.

Für Studierende schweizerischer Universitäten organisierte das Studienzentrum Doktorandenkurse, an denen führende Professoren ihre wissenschaftlichen Kenntnisse in allen Hauptgebieten der Ökonomie vermittelten.

Technische Hilfe

**Studienzentrum Gerzensee:
Kurse über Geldpolitik und
Finanzmärkte, ...**

**... internationale wissen-
schaftliche Konferenzen ...**

... und Doktorandenkurse

Die Nationalbank als Unternehmen

1 Organisation

Die Schweizerische Nationalbank ist im Gegensatz zu den meisten ausländischen Zentralbanken keine Staatsbank, sondern eine selbstständige Anstalt des öffentlichen Rechts in Form einer Aktiengesellschaft. Ihre Namensaktien werden an der Börse gehandelt. Der Kreis der stimmberechtigten Aktionäre ist gesetzlich beschränkt auf Schweizer Bürger sowie Körperschaften und juristische Personen, deren Hauptsitz sich in der Schweiz befindet. Knapp 54% der Aktien gehören Kantonen und Kantonalbanken; die übrigen befinden sich hauptsächlich im Besitz von natürlichen Personen. Der Bund besitzt keine Aktien.

Die Nationalbank wird unter Mitwirkung und Aufsicht des Bundes verwaltet. Mit der Führung der Geschäfte ist das Direktorium betraut, das aus drei gleichberechtigten Mitgliedern besteht. Die drei Departemente werden von je einem Mitglied geleitet. In der Erfüllung des geldpolitischen Auftrages verfügt das Direktorium über einen hohen Grad an Unabhängigkeit. Direktorium und Bundesrat sind verpflichtet, einander vor wichtigen monetären und konjunkturpolitischen Entscheidungen zu konsultieren. Bankrat, Bankausschuss und Revisionskommission üben die Aufsicht über die Geschäftstätigkeit der Nationalbank aus.

Die Nationalbank hat zwei Sitze: den rechtlichen in Bern und den Sitz des Direktoriums in Zürich. Das I. und das III. Departement sind in Zürich, das II. Departement ist in Bern domiziliert. Die Nationalbank unterhielt zur Sicherstellung der Bargeldversorgung und zur Beobachtung der Wirtschaftsentwicklung in den Regionen – neben den beiden Sitzen – bis Ende 1999 sechs Zweiganstalten. Beim Bargeldverkehr wirkten zudem – nach der Schliessung der Agentur Delsberg Mitte 1999, die auf Antrag der jurassischen Kantonalbank erfolgte – 16 von Kantonalbanken geführte Agenturen mit.

Aufgrund eines neuen Bargeldkonzeptes zentralisierte die Nationalbank die Notenverarbeitung an den vier Standorten Zürich, Bern, Genf und Lugano. In Basel, Lausanne, Luzern und St. Gallen stellte sie den Kassenbetrieb der Zweiganstalten Ende 1999 ein. Diese Zweiganstalten führen die Beobachtung der Wirtschaftsentwicklung in den Regionen weiter. Das dezentrale Agenturnetz für die Entgegennahme und Ausgabe von Noten und Münzen wurde verstärkt: Auf Anfang 2000 eröffneten in Basel und Luzern die Kantonalbanken je eine Agentur.

Wichtigste Aufgabe der Nationalbank ist die Führung einer dem Gesamtinteresse des Landes dienenden Geldpolitik. Das Konzept der Geldpolitik wird im I. Departement erstellt. Der Bereich Volkswirtschaft analysiert die wirtschaftliche Lage und Entwicklung und liefert die Entscheidungsgrundlagen. Nach dem Entscheid des Direktoriums setzt der Bereich Monetäre Operationen des III. Departementes die Geldpolitik mit Transaktionen an den Finanzmärkten um.

Die Aufgaben auf dem Gebiet des Zahlungsverkehrs erfüllt die Nationalbank einerseits, indem sie Banknoten ausgibt und die vom Bund geprägten Münzen in Umlauf bringt. Zuständig dafür ist der Bereich Bargeld des II. Departementes. Andererseits wirkt die Nationalbank bei der Konzeption und der Abwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs mit. Konzeptionelle und technische Aspekte des bargeldlosen Zahlungsverkehrs obliegen dem III. Departement. Der bargeldlose Zahlungsverkehr mit den Banken wird vom III. Departement, derjenige mit dem Bund vom II. Departement abgewickelt.

Struktur

Zuständigkeiten

Bankstellen

Neuordnung der Zweiganstalten aufgrund des neuen Bargeldkonzeptes

Führung der Geldpolitik

Ausgabe der Banknoten und Abwicklung des Zahlungsverkehrs

Bank des Bundes

Die Funktion als Bank des Bundes nimmt in erster Linie der Bereich Bankgeschäft im II. Departement wahr. Er ist Kontoführer, wickelt In- und Auslandszahlungen im Auftrag des Bundes ab, wirkt bei der Begebung von Anleihen mit und dient dem Bund bei der Verwahrung seiner Wertpapiere. Das III. Departement führt für den Bund die Geldmarkt- und Devisenhandelsgeschäfte aus.

2 Personal und Ressourcen

Personalbestand und Fluktuation

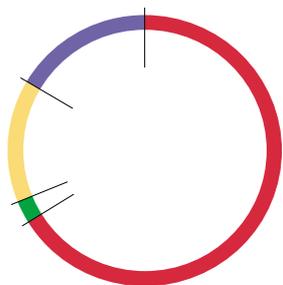
Mit einem Personalbestand von 600 Personen war die Nationalbank Ende 1999 eine der kleinsten Zentralbanken Europas. Gegenüber dem Vorjahr sank die Zahl der Beschäftigten um 10 Personen. Sie entspricht 560,7 Vollzeitstellen, verglichen mit 567,4 Vollzeitstellen im Vorjahr. Die Fluktuation (einschliesslich Pensionierungen) erhöhte sich in Folge der Reorganisation des Bargeldverkehrs sowie der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt gegenüber dem Vorjahr um mehr als das Doppelte auf 13%.

Personalabbau aufgrund des neuen Bargeldkonzeptes

Für die vom neuen Bargeldkonzept unmittelbar betroffenen 71 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den Zweiganstalten wurden individuelle Lösungen gefunden: 40 Personen traten innerhalb der Nationalbank eine neue Stelle an, 14 wurden frühzeitig pensioniert und 17 entschieden sich für eine neue Aufgabe ausserhalb der Nationalbank. Die internen Wechsel wurden durch 26 Frühpensionierungen bei den Sitzen Zürich und Bern sowie der Zweiganstalt Genf erleichtert. Kündigungen mussten nicht ausgesprochen werden.

Umfangreiche Ausbildung

Der Aus- und Weiterbildung des Personals kam auch im Jahre 1999 ein grosser Stellenwert zu. Die Nationalbank investierte dafür 1,1 Mio. Franken. Davon entfielen 12% auf die Führungsausbildung, 45% auf die fachliche und sprachliche Weiterbildung sowie die Persönlichkeitsschulung und 43% auf die Informatikschulung.



Personal Anzahl Beschäftigte

Vollzeit Männer 397

Teilzeit Männer 16

Vollzeit Frauen 88

Teilzeit Frauen 99

Total: 600.
Ende 1999

Die Nationalbank setzte die Arbeiten zur strategischen Neuausrichtung der Informatik auf die System- und Applikationsarchitektur gemäss dem Client/Server-Konzept fort. Insbesondere nahm sie die automatische Abwicklung der Repo-Geschäfte (Teilstufen Repo-Full, Repo-SWX und Repo-International) als Komponente des neuen Standardpaketes zur Bearbeitung der Bankgeschäfte in Betrieb. Die neue Lösung beinhaltet einen umfassenden Verbund der externen Systeme Börse (SWX), SIS SegaInterSettle und Swiss Interbank Clearing (SIC) mit den entsprechenden internen Anwendungen. Im weiteren wurde eine neue Applikation zur Verwaltung primärstatistischer Daten, beispielsweise in der Bankenstatistik, in Betrieb genommen. Abgeschlossen wurden die Installation der neuen Kommunikationseinrichtungen und die Umstellung der Arbeitsplatzrechner auf das Betriebssystem Windows NT. Diese beiden systemtechnischen Vorhaben trugen wesentlich zur Erhöhung der Stabilität der Informatiksysteme der Nationalbank bei.

Im Laufe des Jahres 1999 prüfte die Nationalbank alle Informatikanwendungen, Interbankverbindungen und Infrastrukturanlagen bezüglich ihrer Jahr-2000-Tauglichkeit. Zusätzlich beteiligte sie sich im Mai an einem gesamtschweizerischen Interbanktest. Alle an den übergreifenden Geschäftsabläufen beteiligten Systeme, also die elektronische Börse (SWX), das Wertschriften-Clearing (SIS) und das Swiss Interbank Clearing (SIC), wurden überprüft. Dabei traten keine Probleme auf. Trotzdem bereitete die Nationalbank ein umfassendes Paket organisatorischer Massnahmen und Notfallpläne für die Zeit des Jahreswechsels vor und erhöhte die Banknotenvorräte, um eine allfällige zusätzliche Nachfrage befriedigen zu können. Dank der sorgfältigen Vorbereitung verlief der Jahreswechsel reibungslos.

Jahr-2000-Problem

Die Auswertung der dritten vollständigen Ökobilanz (für das Jahr 1998) zeigte, dass nunmehr eine verlässliche Datengrundlage vorliegt, um die Umweltbelastung der Nationalbank zu beurteilen. Der Ersatz des Normalpapiers durch Recyclingpapiere konnte deutlich gesteigert werden und die Abfallmenge ging kontinuierlich zurück. Dagegen sind die Massnahmen im Energiebereich zu verstärken, damit die im Umweltleitbild 1997 festgelegten Ziele einer Senkung des Strom- und Wärmeverbrauchs um je 10% bis im Jahre 2002 erreicht werden. Ferner nahm die Nationalbank ein Projekt zur Ökobilanzierung (Ermittlung der Umweltbelastung) des Lebenszyklus der schweizerischen Banknoten in Angriff, das die Analyse der Stoff- und Energieflüsse aller Prozesse – von der Herstellung über die Lagerung, Verarbeitung, Transporte bis zur Entsorgung – umfasst.

Umweltmanagement

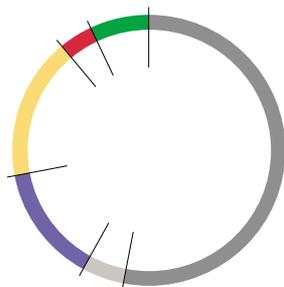
Im Zusammenhang mit der Schliessung der Zweiganstalten Aarau und Neuenburg (vgl. 91. Geschäftsbericht, S. 63) wurden die dortigen Bankliegenschaften im 1. Quartal 1999 für eine neue Nutzung frei. Da die Nationalbank keine Immobilien zu Anlagezwecken hält, veräusserte sie diese Liegenschaften. In den Zweiganstalten Basel, Lausanne, Luzern und St. Gallen, die ihren Kassenbetrieb Ende 1999 einstellten (vgl. S. 65), eröffneten sich für die bisher von der Nationalbank belegten Räumlichkeiten ebenfalls neue Nutzungsmöglichkeiten. Die Nationalbank entschloss sich daher, die Zweiganstalten an diesen Orten in Mieträumlichkeiten unterzubringen und sich von den eigenen Liegenschaften zu trennen. Bis Ende 1999 konnten die Verhandlungen zum Verkauf der Bankgebäude in Basel, Lausanne, Luzern und St. Gallen erfolgreich abgeschlossen werden. In Genf, wo sie inskünftig weit höhere Bargeldvolumina verarbeiten

Liegenschaftsmanagement

Kostenstruktur

wird, erwarb die Nationalbank eine unmittelbar an ihr Zweiganstaltsgebäude anschliessende Liegenschaft. Sie konnte so räumliche Reserven schaffen und die Sicherheit verbessern. Beim Sitz Zürich wurde eine umfassende Sanierung der Liegenschaften am Stadthausquai eingeleitet.

Den grössten Teil der gesamten Betriebskosten der Nationalbank verursacht der Bargeldverkehr. Er umfasst die Herstellkosten für die Banknoten sowie die Kosten, die im Zusammenhang mit dem Notenumlauf, dem Münzverkehr und der Numismatik entstehen. Die Kosten des bargeldlosen Zahlungsverkehrs betreffen die Leistungen der Nationalbank im Zahlungsverkehr zwischen den Banken, die Verbindungsleistungen zwischen Bank- und Postzahlungsverkehr sowie die Zahlungsverkehrsleistungen für ausländische Zentralbanken und internationale Organisationen. Die Kosten für Devisen-, Geldmarkt-, Wertschriften- und Lombardgeschäfte sowie für die Verwaltung der Finanzanlagen und des Goldes sind in der Position Aktivgeschäfte zusammengefasst. Der Kostenträger Geld- und Währungspolitik gibt die Kosten für die Erarbeitung und Formulierung der Geld- und Währungspolitik sowie für die Erstellung von Statistiken wieder. Die Position Leistungen für den Bund umfasst die Kosten sämtlicher Dienstleistungen für den Bund und seine Anstalten. Die Kosten der Leistungen für Dritte enthalten im Wesentlichen den Beitrag an das Studienzentrum Gerzensee, die Kosten für die internationale Zusammenarbeit, insbesondere mit dem Internationalen Währungsfonds, und die technische Hilfe an ausländische Zentralbanken.



Kostenträger in Prozent

Bargeldverkehr	53
Bargeldloser Zahlungsverkehr	5
Aktivgeschäfte	14
Geld- und Währungspolitik	17
Leistungen für den Bund	4
Leistungen für Dritte	7

3 Mutationen in Bankbehörden und Direktion

Der Bundesrat ernannte am 17. Februar 1999 zum Präsidenten des Bankrates

Bankrat

Eduard Belser, Bottmingen, Regierungsrat, bis anhin Vizepräsident,
und zum Vizepräsidenten des Bankrates

Dr. Philippe Pidoux, Lausanne, Nationalrat, bisher Mitglied des Bankausschusses.
Die beiden Herren traten ihr Amt nach der Generalversammlung an.

Die Generalversammlung der Aktionäre vom 23. April 1999 wählte zu neuen
Mitgliedern des Bankrates:

Brigitta M. Gadiant, lic. iur., Chur, Nationalrätin, Mitinhaberin eines Beratungsbüros für
Rechts-, Organisations- und Strategiefragen,

Dr. Jean Guinand, Neuenburg, Regierungsrat, Vorsteher des Finanz- und Sozialdepartementes
des Kantons Neuenburg,

Rudolf Imhof, Laufen, Nationalrat, Direktor der Ricola AG,

Dr. Hansheiri Inderkum, Altdorf, Ständerat, Rechtsanwalt,

Dr. Armin Jans, Zug, Nationalrat, Dozent für Volkswirtschaftslehre an der Zürcher Hoch-
schule Winterthur,

Dr. Ruth Lüthi, Freiburg, Staatsrätin, Vorsteherin der Gesundheits- und Sozialfürsorge-
direktion des Kantons Freiburg.

Wiedergewählt wurden folgende Mitglieder des Bankrates:

Fritz Blaser, Reinach, Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes,

Peter Everts, Zollikofen, Präsident der Verwaltungsdelegation des Migros-Genossenschafts-
bundes,

Hugo Fasel, St. Ursen, Nationalrat, Präsident des Christlichnationalen Gewerkschafts-
bundes der Schweiz,

Trix Heberlein, Zumikon, Nationalratspräsidentin, Rechtsanwältin,

Jean-Philippe Maitre, Vérenaz, Nationalrat, Rechtsanwalt,

Franz Marty, lic. iur., Goldau, Regierungsrat, Vorsteher des Finanzdepartementes des
Kantons Schwyz,

Dr. Peter Spälti, Hettlingen, Präsident des Verwaltungsrates der "Winterthur"
Schweizerische Versicherungs-Gesellschaft,

Prof. Dr. Alexandre Swoboda, Genf, Professor am Institut Universitaire de Hautes Etudes
Internationales (beurlaubt), Senior Policy Advisor and Resident Scholar,
Internationaler Währungsfonds, Washington,

Elisabeth Zölch-Balmer, Bern, Regierungsrätin, Volkswirtschaftsdirektorin des
Kantons Bern.

Der Bundesrat ergänzte das Gremium nach der Generalversammlung durch die Wahl von

Dr. Kurt Amsler, Neuhausen, Präsident des Verbandes Schweizerischer Kantonalbanken,

Peter Galliker, Altshofen, Unternehmer, Präsident der Luzerner Kantonalbank,

Marion Gétaz, Cully, Präsidentin der Hochschule für Hotellerie und Gastronomie,

Marianne Kleiner-Schlöpfer, Herisau, Landammann (Regierungspräsidentin), Vorsteherin
der Finanzdirektion des Kantons Appenzell Ausserrhodon,

Luigi Pedrazzini, Locarno Solduno, Staatsrat, Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes des Kantons Tessin,

Dr. Fulvio Pelli, Lugano, Nationalrat, Rechtsanwalt und Notar,

Rolf Ritschard, Luterbach, Regierungsrat, Vorsteher des Departementes des Innern des Kantons Solothurn,

Christian Seiler, Sitten, Rechtsanwalt, Delegierter des Verwaltungsrates der Seiler Hotels Zermatt AG,

Alberto Togni, Küsnacht, Vizepräsident des Verwaltungsrates der UBS AG.

Der Bundesrat nahm folgende Wiederwahlen vor:

Henri André, Paudex, Präsident des Verwaltungsrates der André & Cie AG,

Käthi Bangerter, Aarberg, Nationalrätin, Verwaltungsratspräsidentin und Delegierte der Bangerter-Microtechnik AG,

Jörg Baumann, Langenthal, Präsident des Verwaltungsrates der création baumann Weberei und Färberei AG,

Pierre Darier, Cologny, Teilhaber der Darier, Hentsch & Cie, Banquiers Privés,

Melchior Ehrler, lic. iur., Riniken, Nationalrat, Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes,

Laurent Favarger, Develier, Direktor der Four électrique Delémont SA,

Dr. Serge Gaillard, Bolligen, geschäftsführender Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes,

Rudolf Hauser, Zürich, Delegierter des Verwaltungsrates der Bucher Holding AG,

Dr. Yvette Jaggi, Lausanne, Präsidentin der Stiftung Pro Helvetia,

Dr. Andres F. Leuenberger, Riehen, Vizepräsident des Verwaltungsrates der F. Hoffmann-La Roche AG, Präsident des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins (Vorort),

Vasco Pedrina, Zürich, Zentralpräsident der Gewerkschaft Bau & Industrie, Vizepräsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes,

Heinz Pletscher, Löhningen, Bauunternehmer, Präsident des Schweizerischen Baumeisterverbandes,

Dr. Judith Stamm, Luzern, Nationalrätin,

Prof. Dr. Ulrich Zimmerli, Gümligen, Ständerat, Professor für eidgenössisches und kantonales Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Bern.

Am Tag der ordentlichen Generalversammlung vom 28. April 2000 tritt zurück:

Dr. Peter Spälti, Hettlingen, Präsident des Verwaltungsrates der "Winterthur" Schweizerische Versicherungs-Gesellschaft.

Die Nationalbank dankt Dr. Peter Spälti für die wertvollen Dienste, die er dem Noteninstitut geleistet hat.

Der Bankrat schlägt der Generalversammlung zur Wahl vor:

Dr. Hansjörg Frei, Mönchaltorf, Mitglied der Konzernleitung der "Winterthur" Schweizerische Versicherungs-Gesellschaft.

Der Bankrat delegierte in den Bankausschuss (mit Wirkung ab 11. Juni 1999):

Bankausschuss

Trix Heberlein, Zumikon, als Nachfolgerin von Dr. Jakob Schönenberger,
Jean-Philippe Maître, Vésenaz, als Nachfolger von François Jeanneret,
Franz Marty, Goldau, als Nachfolger von Gianfranco Cotti.

Auf das Datum der Generalversammlung vom 23. April 1999 traten zurück:

Lokalkomitees

Alain Peyrot, Vésenaz, Vorsitzender des Lokalkomitees Genf seit 1996 (Mitglied seit 1991),
Christian Seiler, Sitten, Vorsitzender des Lokalkomitees Lausanne seit 1990
(Mitglied seit 1988),
Flavio Riva, Montagnola, Vorsitzender des Lokalkomitees Lugano seit 1994
(Mitglied seit 1991), und
Gerry Leumann, Meggen, Vorsitzender des Lokalkomitees Luzern seit 1996
(Mitglied seit 1991).

Der Bankrat nahm folgende Ernennungen vor:

Genf

Charles Seydoux, Choulex, Direktor der Seydoux-DMB SA, Präsident der Genfer Sektion
des Schweizerischen Baumeisterverbandes.

Lausanne

Gérard Beytrison, Conthey, Generaldirektor der Orgamol AG.

Lugano

Olimpio Pini, Sorengo, dipl. Ing. ETH/SIA, Direktor der Pini & Associati.

Luzern

Ruth Pedrazzetti-Weibel, Luzern, Hotelière, Hotel Continental-Park, Präsidentin des
Hoteliervereins der Stadt Luzern.

Der Bankausschuss regelte den Vorsitz und dessen Stellvertretung in den
einzelnen Lokalkomitees nach dem Anciennitätsprinzip.

Revisionskommission

Die Generalversammlung der Aktionäre vom 23. April 1999 wählte
Kaspar Hofmann, Adliswil, dipl. Wirtschaftsprüfer, Hofmann Wirtschaftsprüfung AG,
zum Mitglied,
Hans Michel, Egnach, zum Mitglied,
Maryann Rohner, Zürich, dipl. Wirtschaftsprüferin, bisher Ersatzmitglied der Revisions-
kommission, als Nachfolgerin von Peter Blaser, Hünibach, zum Mitglied, und
Josef Blöchlinger, Begnins, dipl. Wirtschaftsprüfer, Refidar Société Fiduciaire,
zum Ersatzmitglied,
Jean-Claude Grangier, Epalinges, Vizepräsident der Generaldirektion der
Waadtländer Kantonalbank, zum Ersatzmitglied,
Werner M. Schumacher, Binningen, Direktor der Banque Jenni et Cie SA,
zum Ersatzmitglied der Revisionskommission.

Der Bankrat schlägt der Generalversammlung vom 28. April 2000 die Wiederwahl der
bisherigen Mitglieder und Ersatzmitglieder der Revisionskommission vor.

Direktion

Mit Wirkung ab 1. August 1999 nahm der Bankausschuss folgende Beförderung vor:
Dr. Thomas Jordan (Leiter der Abteilung Forschung) zum Vizedirektor.

Mit Wirkung ab 1. November 1999 berief der Bankausschuss
Dr. Benjamin Künzli (Leiter der Personalausbildung) zum Vizedirektor.

Der Bankausschuss beförderte mit Wirkung ab 1. Januar 2000
Dr. Werner Hermann (Leiter des Ressorts Internationale Währungsbeziehungen) zum Direktor,
Karl Hug (Leiter des Ressorts Geldmarkt und Devisenhandel) zum Direktor,
Dr. Michel Peytrignet (Leiter des Ressorts Volkswirtschaftliche Studien) zum Direktor,
Werner Abegg (Leiter der Pressestelle) zum stellvertretenden Direktor,
Dr. Thomas Stucki (Leiter des Ressorts Devisenanlagen) zum stellvertretenden Direktor,
Mauro Picchi (Leiter der Abteilung Monetäre Statistik) zum Vizedirektor,
Dr. Umberto Schwarz (Leiter der Abteilung Europäische Währungsintegration) zum Vizedirektor.

Zum Gedenken an Prof. Dr. Walter Wasserfallen

Am 1. März 1999 verstarb

Prof. Dr. Walter Wasserfallen

nach langer, schwerer Krankheit.

Er leitete seit 1988 das Studienzentrum Gerzensee mit grossem Erfolg und prägte dessen Aufbau nachhaltig. Er setzte sich unermüdlich für die qualitative Verbesserung der Lehr- und Forschungstätigkeit am Studienzentrum ein.

Dank seines Einsatzes erwarb sich das Studienzentrum einen ausgezeichneten internationalen Ruf.

Für sein erfolgreiches Wirken gebührt Prof. Walter Wasserfallen Dank.

Sein Nachfolger ist Prof. Philippe Bacchetta.

1 Erfolgsrechnung 1999

		1999 Mio. Franken	1998 Mio. Franken	Veränderung Prozent
	Ziffer im Anhang			
Ertrag aus				
Goldgeschäften	01	57,8	42,6	+35,7
Devisenanlagen	02	372,9	3 091,3	-87,9
Reserveposition beim IWF	03	91,4	123,8	-26,2
Internationalen Zahlungsmitteln	04	8,2	14,0	-41,4
Währungshilfekrediten	05	16,5	19,5	-15,4
Ertrag aus				
Repo-Geschäften in Schweizer Franken	06	150,1	84,2	+78,3
Inländischen Geldmarktforderungen		-	5,9	
Lombardvorschüssen	07	0,8	0,7	+14,3
Forderungen gegenüber Inlandkorrespondenten	08	1,0	1,4	-28,6
Wertschriften in Schweizer Franken	09	30,6	220,0	-86,1
Übrige Erträge	10	30,9	15,1	+104,6
Bruttoertrag		760,1	3 618,4	-79,0
Zinsaufwand	11	-243,8	-126,1	+93,3
Notenaufwand	12	-43,8	-45,5	-3,5
Personalaufwand	13	-81,3	-81,1	+0,2
Sachaufwand	14	-74,5	-60,3	+23,5
Abschreibungen auf Sachanlagen	15	-20,9	-17,0	+22,9
Nettoertrag		295,7	3 288,5	-91,0
Wechselkursbedingte Wertveränderungen	16	4 137,1	-871,2	
Ausserordentlicher Aufwand	17	-2,3	-22,9	
Ausserordentlicher Ertrag	18	27,3	0,0	
Gesamterfolg		4 457,9	2 394,5	+86,2
Zuweisung an Rückstellungen	19	-2 949,9	-886,5	
Jahresgewinn	47	1 508,0	1 508,0	

2 Bilanz per 31. Dezember 1999

in Millionen Franken

		1999	1998
	Ziffer im Anhang		
Aktiven			
Gold und Forderungen aus Goldgeschäften			
Gold	20	10 453,2	11 045,5
Forderungen aus Goldgeschäften	21	1 485,4	884,6
Devisenanlagen			
nicht kursgesichert	22	46 921,8	45 005,7
kursgesichert (Swaps)	23	7 686,4	7 800,1
Reserveposition beim IWF	24	2 677,6	3 070,6
Internationale Zahlungsmittel	25	756,4	390,8
Währungshilfekredite	26	306,5	768,3
Forderungen aus Repo-Geschäften			
in Schweizer Franken	27	28 136,0	17 348,3
Lombardvorschüsse	28	1,0	0,3
Forderungen gegenüber Inlandkorrespondenten	29	390,8	378,8
Wertschriften in Schweizer Franken	30	4 884,9	5 010,0
Beteiligungen	31	89,4	89,4
Sachanlagen	32	556,7	563,0
Sonstige Aktiven	33	467,7	480,4
Nicht einbezahltes Aktienkapital	45	25,0	25,0
		104 838,9	92 860,7

		1999	1998
	Ziffer im Anhang		
Passiven			
Notenumlauf	34	37 184,8	33 218,8
Girokonten inländischer Banken	35	9 883,3	6 860,1
Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund			
auf Sicht	36	112,1	147,6
auf Termin	37	16 749,9	14 972,0
Girokonten ausländischer Banken und Institutionen	38	214,0	163,5
Übrige Sichtverbindlichkeiten	39	295,4	236,1
Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften			
in Schweizer Franken	40	6,5	–
Verbindlichkeiten in Fremdwährungen	41	355,1	175,9
Sonstige Passiven	42	266,4	265,3
Rückstellungen			
für Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken	43	37 678,5	34 728,6
für Betriebsrisiken	44	470,8	471,7
Aktienkapital	45	50,0	50,0
Reservefonds	46	64,0	63,0
Bilanzgewinn – Jahresgewinn	47	1 508,0	1 508,0
		104 838,9	92 860,7

3 Anhang per 31. Dezember 1999

3.1 Erläuterungen zur Geschäftstätigkeit

Die Schweizerische Nationalbank, Aktiengesellschaft mit Sitz in Bern und Zürich, ist die mit dem Notenmonopol ausgestattete Zentralbank der Schweiz. Sie hat nach Verfassung den Auftrag, eine Geld- und Währungspolitik zu führen, die dem Gesamtinteresse des Landes dient. Die Geschäfte, die sie tätigen kann, sind im Nationalbankgesetz geregelt. Die Nationalbank steht in Geschäftsbeziehungen mit Banken im In- und Ausland, mit Bundesstellen, mit anderen Zentralbanken und mit internationalen Organisationen.

Der gesamtwirtschaftliche Auftrag der Nationalbank hat Vorrang vor der Gewinnerzielung. Die Nationalbank kann als einzige Institution im Lande autonom neues Geld schaffen. Sie muss den Notenumlauf sowie die Girokonten nicht verzinsen. Ein Grossteil der Erträge aus den Aktiven verbleibt daher als Überschuss. Als Verwalterin der schweizerischen Währungsreserven trägt die Nationalbank – auch bei sorgfältiger Bewirtschaftung der Aktiven – beträchtliche Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken. Diese sichert sie mit angemessenen Rückstellungen ab. Die Rückstellungen dienen auch der währungspolitischen Vorsorge. Sie gestatten der Nationalbank den Aufbau ausreichender Devisenreserven. Die Rückstellungen müssen mindestens im Gleichschritt mit dem Bruttosozialprodukt wachsen (vgl. S. 97f).

Am 31. Dezember 1999 beschäftigte die Nationalbank 600 Mitarbeitende (1998: 610), entsprechend 560,7 Vollstellen (1998: 567,4). Neben den Sitzen in Bern und Zürich führte die Nationalbank bis Ende 1999 Zweiganstalten mit operativer Tätigkeit in Basel, Genf, Lausanne, Lugano, Luzern und St. Gallen. Mit der Umsetzung des neuen Bargeldkonzeptes ergaben sich Änderungen im Bankstellennetz (vgl. S. 65).

3.2 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Buchführung, Bewertung und Bilanzierung erfolgen – sofern sich aus dem Nationalbankgesetz (NBG) nichts anderes ergibt – nach den Vorschriften des Obligationenrechtes und unter Berücksichtigung nationalbankspezifischer Gegebenheiten, die nachstehend erläutert werden. In diesem Sinne entspricht die Rechnungslegung auch den Fachempfehlungen zur Rechnungslegung (FER). Die Nationalbank erstellt aufgrund ihrer besonderen Geschäftstätigkeit keine Mittelflussrechnung und veröffentlicht keinen Halbjahresabschluss.

Die seit Herbst 1999 punktuell eingesetzten Zinssatzswaps zur Steuerung der durchschnittlichen Kapitalbindungsdauer (Duration) der Devisenanlagen werden unter den Ausserbilanzgeschäften ausgewiesen und täglich zu Marktwerten (Wiederbeschaffungswerten) bewertet.

Für die Aktiv- und Passivpositionen sowie die übrigen Ausserbilanzgeschäfte gelten die gleichen Rechnungslegungsgrundsätze wie im Vorjahr.

Allgemeine Grundsätze

Neuerungen gegenüber dem Vorjahr

Sämtliche Geschäftsvorfälle werden am Abschlussstag erfasst. Die Bilanzierung erfolgt jedoch erst am Valutadatum. Im Berichtsjahr abgeschlossene Geschäfte mit Valuta im neuen Jahr werden unter den Ausserbilanzgeschäften ausgewiesen.

Das *Gold* und die *Goldforderungen* werden zum gesetzlich festgelegten Kurs von 4 595,74 Franken pro Kilogramm bewertet (Bundesratsbeschluss über die Festsetzung der Goldparität vom 9. Mai 1971). Die *Goldforderungen* werden einschliesslich *Marchzinsen* bilanziert.

Die Bewertung der *handelbaren Devisenanlagen* und der *Wertschriften in Schweizer Franken* erfolgt zu Marktwerten per Jahresende.

Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften werden zum Nominalwert einschliesslich aufgelaufener *Repo-Zinsen* bilanziert. Dabei wird nur die Geldseite des Geschäftes verbucht, d. h. die vom Geldnehmer an den Geldgeber übertragenen Wertpapiere werden so behandelt, als ob sie zur Sicherung des Kredites verpfändet worden wären.

Die *Terminkontrakte* sowie die *nicht erfüllten Kassageschäfte auf handelbaren Devisenanlagen* (einschliesslich *Futures* und *Zinssatzswaps*) und auf *Wertschriften in Schweizer Franken* werden zu Marktwerten (*Wiederbeschaffungswerten*) per Jahresende bewertet. Die positiven bzw. negativen *Bruttowiederbeschaffungswerte* werden erfolgs- und bilanzwirksam verbucht. Bei *Terminkontrakten* und *nicht erfüllten Kassageschäften auf nicht handelbaren Instrumenten* werden lediglich die *Kontraktwerte* unter den *Ausserbilanzgeschäften* aufgeführt.

Die *Beteiligungen* werden zum Anschaffungswert abzüglich betriebswirtschaftlich notwendiger Abschreibungen, im Falle von unmassgeblichen *Minderheitsanteilen* an börsenkotierten Unternehmen zum Marktwert, bewertet.

Die *Beteiligungen* sind im Verhältnis zum Kerngeschäft nicht wesentlich. Daher wird auf eine Konzernrechnung verzichtet.

Die Bewertung der *Sachanlagen* (einschliesslich *Banknotenvorräte*) erfolgt zu Anschaffungswerten abzüglich betriebswirtschaftlich notwendiger Abschreibungen.

Die *übrigen Positionen* werden zum Nominalwert einschliesslich allfälliger *Marchzinsen* bilanziert.

Die *Umrechnung der Fremdwährungspositionen* erfolgt zu Jahresendkursen, während die Erträge auf *Fremdwährungspositionen* zu aktuellen Kursen im Zeitpunkt der Verbuchung umgerechnet werden.

Fremdwährungskurse

	1999	1998	Veränderung Prozent
Jahresendkurse			
CHF/USD	1,5980	1,3772	+16,0
CHF/EUR	1,6059	1,6064	-0,0
CHF/JPY	1,5653	1,2110	+29,3
CHF/GBP	2,5844	2,2826	+13,2
CHF/DKK	21,5800	21,5600	+0,1
CHF/CAD	1,1004	0,8891	+23,8
CHF/XDR	2,1862	1,9218	+13,8

XDR: Sonderziehungsrechte

3.3 Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

Zusammenfassung

Die Erfolgsrechnung wird von der Zins- und Wechselkursentwicklung geprägt. Der Zinsanstieg an den relevanten Anlagemärkten führte auf den handelbaren Finanzanlagen zu deutlichen Kursrückgängen (im Vorjahr waren noch erhebliche Kursgewinne zu verzeichnen gewesen). Der Ertrag aus Devisenanlagen sank um 87,9% auf 372,9 Mio. Franken und der Ertrag aus Wertschriften in Schweizer Franken um 86,1% auf 30,6 Mio. Franken. Zusammen mit den übrigen Ertragspositionen von 356,7 Mio. Franken (+16,1%) ergab dies noch einen Bruttoertrag von 760,1 Mio. Franken (-79,0%). Der ordentliche Aufwand stieg um 40,7% auf 464,3 Mio. Franken. Dieser Anstieg ist vor allem auf den höheren Zinsaufwand für Anlagen des Bundes zurückzuführen. Der Nettoertrag fiel markant um 91,0% auf 295,7 Mio. Franken.

Der tiefere Frankenkurs führte hingegen zu deutlichen wechsellkursbedingten Wertveränderungen von +4 137,1 Mio. Franken. Zusammen mit dem Saldo der ausserordentlichen Positionen von +25,0 Mio. Franken resultierte ein positiver Gesamterfolg von 4 457,9 Mio. Franken (+86,2%), was eine Zuweisung von 2 949,9 Mio. Franken an die Rückstellungen ermöglichte. Der Jahresgewinn beläuft sich auf 1 508,0 Mio. Franken.

Ziffer 01 der Erfolgsrechnung

Ertrag aus Goldgeschäften

Mit dem Goldleihegeschäft wurde ein Ertrag von 57,8 Mio. Franken erwirtschaftet (1998: 42,6 Mio. Franken). Der Anstieg ist in erster Linie auf die durchschnittlich höheren Forderungen aus diesen Geschäften zurückzuführen.

Ziffer 02 der Erfolgsrechnung

Ertrag aus Devisenanlagen

Der Ertrag aus Devisenanlagen (Zinsen sowie realisierte und unrealisierte Kapitalgewinne und -verluste) sank um 2 718,4 Mio. auf 372,9 Mio. Franken. Waren im Vorjahr als Folge von Zinsrückgängen substanzielle Kapitalgewinne zu verzeichnen gewesen, so führte der Zinsanstieg in allen Anlagemärkten (mit Ausnahme des japanischen) im Verlaufe des Jahres 1999 zu deutlichen Kapitalverlusten. Der aus der Umrechnung der Fremdwährungsbestände resultierende Wechselkurerfolg wird unter der Position Wechselkursbedingte Wertveränderungen (Ziffer 16 der Erfolgsrechnung) ausgewiesen.

Ertrag aus übrigen Fremdwährungspositionen

Bei der Reserveposition beim IWF, den Internationalen Zahlungsmitteln und den Währungshilfekrediten lagen sowohl die durchschnittlichen Fremdwährungsbestände als auch die durchschnittlichen Zinssätze im Vergleich zum Vorjahr tiefer. Der Ertrag aus diesen Positionen sank von 157,3 Mio. auf 116,1 Mio. Franken.

Ziffern 03–05
der Erfolgsrechnung

Ertrag aus Repo-Geschäften in Schweizer Franken

Der Ertrag aus Repo-Geschäften in Schweizer Franken belief sich 1999 auf 150,1 Mio. Franken (1998: 84,2 Mio. Franken). Während die durchschnittlich ausstehenden Forderungen deutlich stiegen, lagen die Zinssätze tiefer als im Vorjahr. Zudem wurde im Jahre 1998 das Repo-Geschäft erst im April aufgenommen.

Ziffer 06 der Erfolgsrechnung

Ertrag aus Lombardvorschüssen

Der Ertrag aus Lombardvorschüssen stieg um 0,1 auf 0,8 Mio. Franken. Verglichen mit dem Vorjahr lag der durchschnittliche Lombardsatz tiefer, die durchschnittliche Kreditbeanspruchung hingegen höher.

Ziffer 07 der Erfolgsrechnung

Ertrag aus Forderungen gegenüber Inlandkorrespondenten

Der Ertrag aus Forderungen gegenüber Inlandkorrespondenten ging bei praktisch unveränderten Guthaben um 0,4 Mio. auf 1,0 Mio. Franken zurück. Diese Abnahme ist auf die im April 1999 erfolgte Reduktion des Diskontsatzes um einen halben Prozentpunkt zurückzuführen.

Ziffer 08 der Erfolgsrechnung

Ertrag aus Wertschriften in Schweizer Franken

Der Wertschriftenertrag (Zinsen sowie realisierte und unrealisierte Kapitalgewinne und -verluste) ging gegenüber dem Vorjahr um 189,4 Mio. auf 30,6 Mio. Franken zurück. Der Zinsanstieg führte zu deutlichen Kapitalverlusten.

Ziffer 09 der Erfolgsrechnung

Übrige Erträge

Ziffer 10 der Erfolgsrechnung

	1999 Mio. Franken	Veränderung gegenüber Vorjahr Mio. Franken
Kommissionen aus Bankgeschäften	17,7	+14,5
Beteiligungsertrag	6,4	+1,3
Liegenschaftenertrag ¹	6,0	-0,3
Übriger ordentlicher Ertrag	0,7	+0,1
Total übrige Erträge	30,9	+15,8

1 Der Liegenschaftenertrag stammt aus der Vermietung der nicht selbst belegten Räumlichkeiten in Bankliegenschaften und aus den als Raumreserve dienenden Gebäuden in Zürich und Genf.

13,9 Mio. Franken des Anstiegs von 14,5 Mio. Franken bei der Position Kommissionen aus Bankgeschäften sind auf eine veränderte Verbuchungspraxis zurückzuführen. Seit 1999 wird bei der Verbuchung von Wertschriftenkommissionen auf Geschäften für Rechnung von Dritten das Bruttoprinzip angewendet. Somit werden die vereinnahmten nicht mehr mit den weitergegebenen Kommissionen verrechnet. Diese Änderung hat auch eine Erhöhung des Sachaufwandes zur Folge (vgl. Ziffer 14 der Erfolgsrechnung).

Zinsaufwand

Der Zinsaufwand stieg von 126,1 Mio. auf 243,8 Mio. Franken. Dieser Anstieg ist auf eine weitere Erhöhung der Nettoverbindlichkeiten gegenüber dem Bund (einschliesslich der Post) zurückzuführen. Weiterplatzierungen von Anlagen erfolgten nur noch vereinzelt. Stattdessen wurde die notwendige Liquidität noch stärker mittels Repo-Geschäften bereitgestellt.

	1999	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken
Zinsaufwendungen für Verpflichtungen gegenüber dem Bund	241,4	+44,2
./. Zinserträge Weiterplatzierungen	-12,8	-64,3
Nettozinsaufwand für Verpflichtungen gegenüber dem Bund	228,6	+108,5
Verzinsung Guthaben auf Depotkonten	5,6	-
Zinsaufwand aus Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften in Schweizer Franken und in Fremdwährungen	9,6	+9,2
Total Zinsaufwand	243,8	+117,7

Notenaufwand

Der Notenaufwand entspricht den Gestehungskosten der im Jahre 1999 in Umlauf gesetzten druckfrischen Noten der achten Emission.

Personalaufwand

	1999	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	Mio. Franken	Mio. Franken	Prozent
Löhne, Gehälter und Zulagen	64,3	-0,1	-0,2
Sozialversicherungsaufwand	11,6	-	-
Übriger Personalaufwand	4,5	+0,5	+12,5
Zuwendungen an die Vorsorgeeinrichtungen	1,0	-	-
Total Personalaufwand	81,3	+0,2	+0,2

Der übrige Personalaufwand umfasst hauptsächlich Aufwendungen für Rekrutierung, Ausbildung und Verpflegung.

	1999	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	Mio. Franken	Mio. Franken	Prozent
Direkter Aufwand aus Bankgeschäften	27,0	+16,4	
Raumaufwand	14,3	-0,8	-5,3
Betriebsausstattungsaufwand	8,0	+2,0	+33,3
Übriger Sachaufwand	25,2	-3,3	-11,6
Total Sachaufwand	74,5	+14,2	+23,5

Direkter Aufwand aus Bankgeschäften

Dieser Posten umfasst direkte Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Notenumlauf (einschliesslich Entschädigungen an Agenturen), Kommissionen und Spesen aus der Verwaltung der Finanzanlagen und des Goldes sowie weitergegebene Wertschriftenkommissionen. Letztere werden seit dem Jahre 1999 nicht mehr mit den vereinnahmten Kommissionen verrechnet. Diese Änderung der Verbuchungspraxis trug 13,9 Mio. Franken zum Anstieg von 16,4 Mio. Franken dieses Aufwandpostens bei (vgl. Ziffer 10 der Erfolgsrechnung).

Raumaufwand

Der Raumaufwand enthält die Aufwendungen für den Unterhalt und den Betrieb der Bankgebäude sowie für gemietete Büroräume.

Betriebsausstattungsaufwand

Darin enthalten sind Aufwendungen für Unterhalt und Wartung von Fahrzeugen, Maschinen, Mobiliar sowie Informatikmitteln (Hard- und Software).

Übriger Sachaufwand

Der übrige Sachaufwand umfasst nebst dem allgemeinen Verwaltungsaufwand auch Aufwendungen für Beratung und Unterstützung durch Dritte, die Informationsbeschaffung sowie die Sicherheit.

Weiter sind hier Betriebsbeiträge von 5,4 Mio. Franken (1998: 5,9 Mio. Franken) an das Studienzentrum Gerzensee sowie von 0,4 Mio. Franken (1998: 0,5 Mio. Franken) an das Hasli-Zentrum (Ferien- und Ausbildungszentrum der Nationalbank) verbucht.

Abschreibungen auf Sachanlagen

Mit 17,1 Mio. Franken (1998: 13,3 Mio. Franken) entfiel der grösste Teil der Abschreibungen auf die übrigen Sachanlagen, welche Mobiliar, Maschinen und Geräte, Fahrzeuge und Informatikinvestitionen umfassen. Diese Anschaffungen werden über drei bis zwölf Jahre abgeschrieben. Weitere 3,8 Mio. Franken (1998: 3,7 Mio. Franken) entfielen auf die Liegenschaften.

Wechselkursbedingte Wertveränderungen

Auf den Fremdwährungspositionen, welche die Devisenanlagen, die Reserveposition beim IWF, die Internationalen Zahlungsmittel, die Währungshilfekredite und die Verbindlichkeiten in Fremdwährungen umfassen, ergaben sich folgende Bewertungskorrekturen:

	1999	1998
	Mio. Franken	Mio. Franken
USD	+3 164,4	-941,7
EUR ¹	-18,4	+136,5
JPY	+278,1	+169,1
GBP	+202,4	-102,0
DKK	-0,3	-16,4
CAD	+40,3	-0,1
XDR	+470,7	-116,7
Übrige Währungen	+0,1	0,0
Total	+4 137,1	-871,2

1 Umfasst Bewertungserfolge auf bereits in Euro konvertierten Beständen sowie auf Positionen, welche noch in der jeweiligen Landeswährung des Euro-Gebietes denominiert sind.

Ausserordentlicher Aufwand

Darin enthalten sind Mindererlöse von 1,2 Mio. Franken gegenüber dem Buchwert aus dem Verkauf der Liegenschaften der ehemaligen Zweiganstalten Aarau und Neuenburg sowie Aufwendungen aus einem Rechtsstreit um einen Liegenschaftenumbau.

Ausserordentlicher Ertrag

Diese Position enthält eine Rückzahlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) von 26,0 Mio. Franken aus früher erfolgten Beiträgen der Nationalbank in einen Risikoausgleichsfonds für Kreditgeschäfte des IWF.

Zuweisung an Rückstellungen

Infolge der hohen Wechselkursgewinne auf den Fremdwährungsbeständen konnten weitere Rückstellungen von 2 949,9 Mio. Franken gebildet werden (1998: Zuweisung von 886,5 Mio. Franken).

3.4 Erläuterungen zur Bilanz

Die Bilanzsumme stieg im Vergleich zum Vorjahr um rund 12 Mrd. auf knapp 105 Mrd. Franken. Die deutliche Zunahme ist einerseits auf die erhöhte Liquiditätsversorgung der Banken und des Publikums in Form von Girogeldern und Banknoten im Hinblick auf den Jahreswechsel zurückzuführen. Weitere Gründe waren die Zunahme der Nettoterminverbindlichkeiten gegenüber dem Bund (Termineinlagen abzüglich Weiterplatzierungen) sowie die Rückstellungs-dotierung. Der erhöhte Liquiditätsbedarf des Marktes wurde praktisch ausschliesslich durch den Abschluss von zusätzlichen Repo-Geschäften gedeckt, deren Bestand sich um 10,8 Mrd. auf 28,1 Mrd. Franken erhöhte.

Gold und Forderungen aus Goldgeschäften

Ziffern 20 und 21 der Bilanz

Gold

Der physische Goldbestand nahm infolge des Weiterausbaus des Goldleihegeschäftes im Jahre 1999 um 128,9 Tonnen ab. Er wird dezentral im In- und Ausland gelagert.

	1999		Veränderung gegenüber Vorjahr		1999
	Tonnen	Paritätswert in Mio. Franken	Tonnen	Paritätswert in Mio. Franken	Marktwert in Mio. Franken
Barrengold	2 099,3	9 647,9	-592,3		31 343,1
Goldmünzen	175,2	805,3	-		2 616,2
Total	2 274,5	10 453,2	-592,3		33 959,3

Forderungen aus Goldgeschäften

Es handelt sich um gedeckte und ungedeckte Forderungen aus der Goldleihe. Die Geschäfte werden mit erstklassigen in- und ausländischen Finanzinstituten abgeschlossen. Gedeckte Goldleihegeschäfte werden seit Mitte Jahr getätigt. Ende 1999 waren insgesamt 315,7 Tonnen im Paritätswert von 1 485,4 Mio. Franken (einschliesslich Marchzinsen) ausstehend.

	1999		Veränderung gegenüber Vorjahr		1999
	Tonnen	Paritätswert in Mio. Franken	Tonnen	Paritätswert in Mio. Franken	Marktwert in Mio. Franken
Forderungen aus ungedeckter Goldleihe	242,4	1 140,1	+55,6	+255,5	3 644,9
Forderungen aus gedeckter Goldleihe ¹	73,3	345,2	+73,3	+345,2	1 102,6
Total	315,7	1 485,4	+128,9	+600,8	4 747,5

¹ gesichert durch Hinterlage von erstklassigen Wertschriften im Marktwert von 1 089,5 Mio. Franken.

Devisenanlagen

Die nicht kursgesicherten und die aus Devisenswaps stammenden, kursgesicherten Devisen werden gemeinsam angelegt. Die Staatspapiere lauten grösstenteils auf die Währung des Ausgabelandes. Die Schuldnerkategorie Wahrungsinstitutionen umfasst Anlagen bei der BIZ und Anlagen in Titeln der Weltbank. Die Bankanlagen werden bei Instituten mit sehr guter Bonität getätigt.

Devisenanlagen nach Währungen

	1999			Veränderung gegenüber Vorjahr	
	Mio.		Anteil Prozent	Mio.	
	Originalwährung	Franken		Originalwährung	Franken
USD	18 243,6	29 153,2	53,4	-1 599,1	+1 825,9
davon					
nicht kursgesichert	13 433,6	21 466,8	39,3	-2 964,1	-1 116,1
kursgesichert (Swaps)	4 810,0	7 686,4	14,1	+1 365,0	+2 941,9
EUR ¹	12 503,2	20 078,8	36,8	+81,5	+124,1
davon					
nicht kursgesichert	12 503,2	20 078,8	36,8	+1 983,5	+3 179,7
kursgesichert (Swaps)	-	-	-	-1 902,0	-3 055,6
JPY	74 856,8	1 171,7	2,2	-140 561,3	-1 437,0
GBP	735,6	1 901,0	3,5	+8,8	+242,0
DKK	6 296,5	1 358,8	2,5	+475,5	+103,8
CAD	857,9	944,1	1,7	+857,4	+943,6
Diverse		0,6	0,0		+0,2
Total		54 608,2³	100,0		+1 802,5

Devisenanlagen nach Schuldnern

	1999			Veränderung gegenüber Vorjahr	
	Mio.		Anteil Prozent	Mio.	
	Originalwährung	Franken		Originalwährung	Franken
Staatspapiere					
USD	10 807,3	17 270,0	31,6	-570,6	+1 600,3
EUR ¹	10 135,5	16 276,6	29,8	-898,1	-1 448,3
JPY	67 655,5	1 059,0	1,9	-144 587,7	-1 511,3
GBP	641,8	1 658,6	3,0	-18,5	+151,5
DKK	6 176,8	1 333,0	2,4	+358,6	+78,6
CAD	856,5	942,5	1,7	+856,5	+942,5
Total		38 539,7	70,6		-186,7
Währungsinstitutionen					
USD	3 233,3	5 166,8	9,5	-291,0	+313,2
EUR ¹	170,4	273,7	0,5	-525,8	-844,7
JPY	1 121,1	17,5	0,0	-50,7	+3,3
GBP	41,2	106,4	0,2	+27,9	+75,9
DKK	19,2	4,2	0,0	+16,9	+3,7
CAD	1,3	1,4	0,0	+1,3	+1,4
Diverse		0,5	0,0		+0,5
Total		5 570,5	10,2		-444,5
Banken					
USD	4 203,0 ²	6 716,4	12,3	-737,5	-87,7
EUR ¹	2 197,2	3 528,5	6,5	+1 505,4	+2 417,1
JPY	6 080,2	95,2	0,2	+4 077,1	+70,9
GBP	52,6	136,0	0,2	-0,6	+14,6
DKK	100,4	21,7	0,0	+99,9	+21,6
CAD	0,1	0,2	0,0	-0,4	-0,3
Diverse		0,1	0,0		+0,1
Total		10 498,1	19,2		+2 433,8
Total		54 608,2³	100,0		+1 802,5

1 umfasst bereits in Euro konvertierte Bestände sowie Positionen, welche noch in der jeweiligen Landeswährung des Euro-Gebietes denominiert sind

2 davon sind 59,7% von Organisationen mit indirekter Staatsgarantie

3 davon nicht handelbare Anlagen: 11 282,7 Mio. Franken (1998: 4 650,0 Mio. Franken)

In den bilanzierten Beständen enthalten sind Wertpapiere, die für Repo-Geschäfte eingesetzt wurden (Marktwert: 492,3 Mio. Franken), und Wertpapiere, welche als Sicherheiten bei Geschäftspartnern für Futures-Geschäfte (Initial Margins) hinterlegt sind (Marktwert: 88,2 Mio. Franken).

Reserveposition beim IWF

Die Reserveposition entspricht der Differenz zwischen der von der Nationalbank finanzierten, schweizerischen Quote beim IWF und dem Frankenguthaben des IWF bei der Nationalbank. Sie hat den Charakter einer Währungsreserve und kann von der Nationalbank jederzeit in diesem Sinne verwendet werden.

1 Guthaben nach Abzug der Marchzinsen von 6,7 Mio. XDR (14,6 Mio. Franken) auf der Reserveposition

	1999		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	Mio.		Mio.	
	XDR	Franken	XDR	Franken
Quote der Schweiz beim IWF	3 458,5	7 560,8	+988,1	+2 813,2
CHF-Sichtguthaben des IWF bei der Nationalbank ¹	2 233,7	4 883,2	+1 361,1	+3 206,2
Reserveposition beim IWF	1 224,8	2 677,6	-373,0	-393,0

Internationale Zahlungsmittel

Die Sonderziehungsrechte (XDR) sind verzinsliche Sichtguthaben beim IWF. Die Nationalbank verpflichtete sich gegenüber dem IWF, bis zu einer Bestandeslimite von 400 Mio. XDR (bis November 1999: 200 Mio. XDR) Sonderziehungsrechte gegen Devisen zu kaufen.

1 einschliesslich Marchzinsen

	1999		Veränderung gegenüber Vorjahr		Offene Zusagen 1999
	Mio.		Mio.		Mio.
	XDR	Franken	XDR	Franken	XDR
Sichtguthaben beim IWF	346,0 ¹	756,4	+142,7	+365,6	55,3

Währungshilfekredite

Bei den bilateralen Krediten handelt es sich um mittelfristige, international koordinierte Zahlungsbilanzhilfen in Dollar, an denen sich die Schweiz mit einer Kredittranche beteiligte.

Die Armutsverringerungs- und Wachstumsfazilität (PRGF, Poverty Reduction and Growth Facility, vormals ESAF II, Erweiterte Strukturanpassungsfazilität II) ist ein vom IWF verwalteter Treuhandfonds, der langfristige, zinsvergünstigte Kredite an arme Entwicklungsländer finanziert. Die bilateralen Kredite und die Beteiligung der Schweiz am Darlehenskonto der PRGF werden in Bezug auf die Zins- und Kapitalrückzahlung vom Bund garantiert. Die dem IWF im Rahmen der allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) und der neuen Kreditvereinbarungen (NKV) gewährten Kredite wurden im März 1999 zurückbezahlt. Die beiden Kreditfazilitäten bleiben bestehen.

	Ausstehende Kredite 1999		Veränderung gegenüber Vorjahr		Offene Zusagen 1999
	Mio.		Mio.		Mio.
	USD	Franken	USD	Franken	USD
Bilaterale Kredite					
Rumänien	7,3	11,7	-40,9	-54,7	-
Bulgarien	32,3	51,7	-	+7,2	-
Total	39,6	63,3	-40,9	-47,5	-
	Mio.		Mio.		Mio.
	XDR	Franken	XDR	Franken	XDR
	Kreditfazilitäten im Rahmen des IWF				
AKV	-	-	-87,1	-167,5	
NKV	-	-	-144,0	-276,7	
Total AKV und NKV	-	-	-231,1	-444,2	1 557,0
PRGF (vormals ESAF II)	111,2	243,2	+0,2 ¹	+29,9	42,4
Total	111,2	243,2	-230,9	-414,3	1 599,4
Total		306,5		-461,8	

1 Marchzinsen

Forderungen aus Repo-Geschäften in Schweizer Franken

Mit dem Repo-Geschäft als wichtigstem geldpolitischen Instrument wird dem Bankensystem Liquidität gegen die Pensionierung von Wertpapieren zur Verfügung gestellt. Die Forderungen aus Repo-Geschäften sind entweder durch Papiere aus dem «SNB-Korb» (auf Schweizer Franken lautende, notenbankfähige Anleihen in- und ausländischer Emittenten sowie Geldmarktbuchforderungen von Bund und Kantonen) oder dem «German GC Basket» (in Euro denominierte deutsche Staatspapiere sowie einzelne Emissionen der Weltbank) gesichert.

Lombardvorschüsse

Der Lombardkredit dient den Banken dazu, unvorhergesehene Liquiditätsengpässe kurzfristig zu überbrücken. Ende 1999 bestanden insgesamt 164 Kreditlimiten (1998: 200).

Die ausgesetzten Limiten, die Deckungswerte und die Beanspruchungen entwickelten sich wie folgt:

	1999	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken
ausgesetzte Limiten per Ende Jahr	9 280,9	+409,6
Deckungswerte per Ende Jahr ¹	9 999,7	+370,6
Beanspruchung im Jahresdurchschnitt	30,4	+12,3
maximale Beanspruchung ²	1 014,0	+380,7

1 Kurswerte abzüglich 10–35%

2 Tagesspitzenwert

Forderungen gegenüber Inlandkorrespondenten

710 Geschäftsstellen (1998: 752) von 78 Banken (1998: 80) besorgen für die Nationalbank den lokalen Bargeldausgleich und decken Bargeldbedürfnisse von Bundesstellen (Post, SBB) ab. Die Forderungen wurden zum Diskontsatz verzinst.

Wertschriften in Schweizer Franken

Es handelt sich um kotierte Obligationen.

Ziffer 30 der Bilanz

	1999		Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Anteil Prozent	Mio. Franken
Inländische Schuldner			
Eidgenossenschaft	1 169,8	23,9	+174,0
Kantone	1 225,1	25,1	-143,1
Gemeinden	541,8	11,1	-68,9
Pfandbriefinstitute	1 009,0	20,7	-1,3
Banken	910,0	18,6	-115,0
Ausländische Schuldner			
Staatspapiere	17,1	0,4	+17,1
Währungsinstitutionen	1,1	0,0	+1,1
Banken	11,0	0,2	+11,0
Total Marktwert ¹	4 884,9	100,0	-125,1
Total Nominalwert	4 496,8		+63,9

1 Jahresendkurse plus
Marchzinsen

In den bilanzierten Beständen sind Wertschriften mit einem Marktwert von 0,9 Mio. Franken enthalten, welche als Margenhinterlagen für Repo-Geschäfte in Schweizer Franken verwendet wurden.

Beteiligungen (nicht konsolidiert) in Mio. Franken

Ziffer 31 der Bilanz

	Wert 31.12.1998	Investi- tionen	Des- investi- tionen	Abschrei- bungen	Wert 31.12.1999
Orell Füssli	27,0	-	-	-	27,0
BIZ	61,0	-	-	-	61,0
Diverse	1,5	-	-	-0,0	1,5
Total	89,4	-	-	-0,0	89,4

Die Nationalbank hält 33,34% des Aktienkapitals der Orell Füssli Holding AG, Zürich, deren Tochtergesellschaft Orell Füssli Sicherheitsdruck AG die schweizerischen Banknoten produziert. Das Unternehmen nahm im Jahre 1999 eine Nennwertreduktion von 20 Franken pro Namenaktie vor. Der Betrag von 1,3 Mio. Franken, welcher der Nationalbank aus dieser Transaktion zustand, wurde dem Beteiligungsertrag gutgeschrieben.

Die Beteiligung von 3,1% an der BIZ wird aus Gründen der währungs-
politischen Zusammenarbeit gehalten.

Unter Diverse figurieren per Ende 1999 Aktien der Telekurs Holding AG, Zürich, der Sihl, Zürich (Papierfabrik), der SWIFT Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunications S. G., La Hulpe (Belgien), sowie die Aktien der Nachfolgegesellschaft zweier im Zusammenhang mit der Schaffung des Studienzentrums Gerzensee gegründeter Gesellschaften.

Sachanlagen

Anlagenspiegel in Mio. Franken

	Banknoten- vorrat	Liegenschaften und spezifische Einbauten ¹	Anlagen im Bau	übrige Sachanlagen ²	Total
Anschaffungswerte					
Bestand 01.01.99	174,2	357,9	1,0	78,0	611,1
Zugänge	24,3	9,6	24,3	16,0	74,2
Abgänge	-43,8	-15,9		-6,1	-65,8
Umbuchungen			-0,9	0,9	
Bestand 31.12.99	154,7	351,6	24,4	88,9	619,5
Kumulierte Abschreibungen					
Bestand 01.01.99		3,7		44,4	48,1
Zugänge		3,8		17,1	20,8
Abgänge		-0,2		-6,0	-6,2
Umbuchungen					
Bestand 31.12.99		7,3		55,5	62,8
Nettowerte					
per 01.01.99	174,2	354,1	1,0	33,6	563,0
per 31.12.99	154,7	344,3	24,4	33,4	556,7

1 Der Brandversicherungswert der Liegenschaften belief sich Ende 1999 auf 403,8 Mio. Franken (Ende 1998: 425,7 Mio. Franken).

2 Der Brandversicherungswert der übrigen Sachanlagen belief sich Ende 1999 auf 60,3 Mio. Franken (Ende 1998: 57,8 Mio. Franken).

Banknotenvorrat

Der Vorrat an neuen, noch nie in Umlauf gesetzten Banknoten wird zu den Gestehungskosten bewertet. Diese werden im Rhythmus der Einspeisung der Noten in den Bargeldumlauf der Erfolgsrechnung belastet.

Liegenschaften

Basis für die Bewertung der Liegenschaften bildet der Anschaffungswert einschliesslich getätigter Investitionen. Die Liegenschaften werden über hundert Jahre, nationalbankspezifische Installationen und Einbauten über zehn Jahre linear abgeschrieben. Als Folge des neuen Bargeldkonzeptes wurden im Jahre 1999 die Bankliegenschaften der früheren Zweiganstalten Aarau und Neuenburg veräussert, während in Genf eine unmittelbar an die Zweiganstalt angrenzende Liegenschaft erworben wurde (vgl. S. 67f).

Übrige Sachanlagen

Übrige Sachanlagen wie Mobiliar, Maschinen und Geräte, Fahrzeuge und Informatikinvestitionen sind zu Anschaffungswerten abzüglich betriebswirtschaftlich notwendiger Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen erfolgen über eine geschätzte Nutzungsdauer von drei bis zwölf Jahren.

Anschaffungen unter 1000 Franken werden direkt dem Sachaufwand belastet.

	1999	Veränderung gegenüber Vorjahr
Münzen (einschliesslich Gedenkmünzen) ¹	412,2	-33,7
Fremde Sorten	0,1	-
Postkonten	0,4	-0,1
Übrige Forderungen	35,1	+7,2
Übrige Checks und Wechsel (Inkassogeschäft)	5,6	+2,5
Positive Wiederbeschaffungswerte Terminkontrakte	14,4	+11,6
Total	467,7	-12,7

1 Bei den Münzen handelt es sich um die von der Swissmint (ehemals eidgenössische Münzstätte) erworbenen Scheide- und Gedenkmünzen, die von der Nationalbank in Umlauf gesetzt werden.

Rechnungsabgrenzung

Die Marchzinsen auf den Goldforderungen (34,7 Mio. Franken), den Devisenanlagen (1 039,8 Mio. Franken), der Reserveposition beim IWF (14,6 Mio. Franken), den internationalen Zahlungsmitteln (2,8 Mio. Franken), den Währungshilfekrediten (5,0 Mio. Franken), den Forderungen aus Repo-Geschäften in Schweizer Franken (16,4 Mio. Franken) sowie den Wertschriften in Schweizer Franken (144,1 Mio. Franken) sind in den entsprechenden Bilanzpositionen enthalten.

Notenumlauf

Darunter fallen alle vom Publikum und von Banken gehaltenen Banknoten. Von den im Jahre 1980 zurückgerufenen Noten der zweiten und fünften Emission – sie sind bis zum 30. April 2000 bei der Nationalbank einlösbar – waren per Ende Jahr Abschnitte im Werte von gesamthaft 257,4 Mio. (1998: 266,8 Mio.) Franken ausstehend.

Die Deckung des Notenumlaufs gemäss Art. 19 NBG betrug im Jahresdurchschnitt unter Einrechnung sämtlicher deckungsfähiger Aktiven 115,2% (1998: 133,2%). Die Notendeckung durch die physisch vorhandenen Goldbestände allein sank bei einem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestsatz von 25% auf durchschnittlich 34,9% (1998: 37,6%).

Die rückläufige Entwicklung der beiden Notendeckungsgrade ist in erster Linie auf die tieferen Bestände an deckungsfähigen Aktiven, in zweiter Linie auf den höheren durchschnittlichen Notenumlauf zurückzuführen.

Ziffer 34 der Bilanz

Notendeckung Jahresmittel

	1999		Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Prozent Deckungsgrad	
Gold	10 752,0	34,9	-2,7 Prozentpunkte
Übrige deckungsfähige Aktiven	24 734,5	80,3	-15,4 Prozentpunkte
davon			
Devisenanlagen ¹	21 066,8		
Reserveposition beim IWF	2 944,8		
Internationale Zahlungsmittel	234,1		
Lombardvorschüsse	30,4		
Deckungsfähige Wertschriften in Schweizer Franken ²	458,2		
Gesamte Notendeckung	35 486,6	115,2	-18,1 Prozentpunkte
Notenumlauf	30 817,5		+4,2 %

1 Restlaufzeit bis zu einem bzw. zwei Jahren, je nach Anlageart

2 Restlaufzeit bis zu zwei Jahren

Ziffer 35 der Bilanz

Girokonten inländischer Banken

Die 293 Girokonten (1998: 550) der 283 Banken (1998: 372) sind unverzinslich. Die Girogelder bilden die Basis für die geldpolitische Steuerung durch die Nationalbank und dienen der Abwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs in der Schweiz. Zudem sind sie Bestandteil der gesetzlichen Liquidität der Banken.

Die markante Abnahme der Anzahl Girokonten ist einerseits auf die Konzentration der Kontenführung beim Sitz Zürich zurückzuführen. Unterhielten früher Banken mit Filialstruktur bei mehreren Bankstellen Konten, wird neu für jede Bank nur noch ein Girokonto geführt. Andererseits ging die Anzahl der am Girossystem teilnehmenden Banken stark zurück, da die dem Regionalbankenverband angeschlossenen Institute ihren Geschäftsverkehr neu über ein gemeinsames Girokonto abwickeln.

Ziffern 36 und 37 der Bilanz

Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund

Die Sichtguthaben des Bundes (einschliesslich der Post) dienen zur Abwicklung des in- und ausländischen Zahlungsverkehrs des Bundes und seiner Regiebetriebe. Die Verzinsungslimite wurde am 1. April 1999 von 500 Mio. auf 800 Mio. Franken erhöht. Die Sichtguthaben und die Termineinlagen werden marktgerecht verzinst. Ende Jahr beliefen sich die Termineinlagen auf 16 749,9 Mio. Franken (1998: 22 448,0 Mio. Franken). Die Nationalbank ist frei, diese Mittel im Rahmen der geldpolitischen Steuerung im Markt zu platzieren, wobei der Bund das Kreditrisiko trägt. Weiterplatzierungen waren Ende 1999 keine ausstehend (1998: 7 476,0 Mio. Franken).

Ziffer 38 der Bilanz

Girokonten ausländischer Banken und Institutionen

Die 221 (1998: 217) Konten lauten auf Franken und sind unverzinslich. Die Inhaber sind vornehmlich ausländische Zentral- und Geschäftsbanken.

Übrige Sichtverbindlichkeiten

Darunter figurieren Konten von Mitarbeitenden und Pensionierten, Verbindlichkeiten gegenüber Personalvorsorgeeinrichtungen von 12,8 Mio. (1998: 12,5 Mio.) Franken sowie Verbindlichkeiten gegenüber einzelnen Nichtbanken.

Ziffer 39 der Bilanz

Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften in Schweizer Franken

Im Rahmen der Geldmarktsteuerung kann die Nationalbank auch Abschöpfungs-Repos einsetzen, um dem Markt Liquidität zu entziehen. Solche Transaktionen wurden im Jahre 1999 nur zu Testzwecken ausgeführt.

Diese Position umfasst ferner die in Form einer Geldleistung erhaltenen Wertausgleiche (Cash Margins) aus Repo-Geschäften in Schweizer Franken. Im Rahmen des Mark-to-Market bewertet SIS SegInterSettle als Abwicklungsstelle täglich alle geld- und titelseitigen Forderungen und Verpflichtungen aus dem Repo-Geschäft zum aktuellen Marktwert. Durch die Verrechnung dieser Werte ermittelt sie pro Gegenpartei das Risikoengagement (Net Exposure). Sofern dieses die gesetzte Limite übersteigt, löst sie automatisch einen Margin Transfer aus. Dieser kann in Form von Effekten (Margin Securities) oder in Form von Geld (Cash Margin) erfolgen.

Ziffer 40 der Bilanz

Verbindlichkeiten in Fremdwährungen

Diese umfassen Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung der Devisenanlagen (354,5 Mio. Franken) sowie die Sichtverbindlichkeiten in Fremdwährungen gegenüber dem Bund.

Ziffer 41 der Bilanz

Sonstige Passiven in Mio. Franken

Ziffer 42 der Bilanz

	1999	Veränderung gegenüber Vorjahr
Übrige Verbindlichkeiten	28,5	+11,6
Negative Wiederbeschaffungswerte Terminkontrakte	237,9	-10,5
Total	266,4	+1,1

Rechnungsabgrenzung

Die Marchzinsen auf den Terminverbindlichkeiten gegenüber dem Bund (69,9 Mio. Franken) und den Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften in Fremdwährungen (0,4 Mio. Franken) sind in den entsprechenden Bilanzpositionen enthalten.

Rückstellungen

Ziffern 43 und 44 der Bilanz

Infolge der hohen Wechselkursgewinne auf den Fremdwährungsbeständen stieg der Gesamterfolg im Vergleich zum Vorjahr markant an und übertraf den auszuweisenden Jahresgewinn deutlich. Die Rückstellungen konnten um 2949,9 Mio. Franken aufgestockt werden. Die gemäss Gewinnermittlungskonzept (vgl. S. 97f) erforderliche Mindesthöhe an Rückstellungen wird überschritten.

1 Im Verlaufe des Jahres erfolgte Auszahlungen für frühzeitige Pensionierungen als Folge der Neukonzeption des Bargeldverkehrs sowie für Revisionskosten des Fonds für bedürftige Opfer von Holocaust/Shoa.

	Stand 31.12. 1998	Zuweisung	Entnahme	Stand 31.12. 1999	Veränderung gegenüber Vorjahr
Rückstellungen in Mio. Franken					
Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken	34 728,6	2 949,9	–	37 678,5	+2 949,9
Betriebsrisiken	471,7	–	0,9 ¹	470,8	–0,9
Total	35 200,4	2 949,9	0,9	38 149,3	+2 949,0

Unter den Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken ragen die Wechselkursrisiken auf den nicht kursgesicherten Devisenanlagen heraus. Ebenfalls ins Gewicht fallen die Zinsrisiken auf den Devisenanlagen und den Wertschriften in Schweizer Franken. Bei den Kreditrisiken handelt es sich vorwiegend um Abwicklungsrisiken im Devisengeschäft.

Ziffer 45 der Bilanz

Aktienkapital

Das Aktienkapital der Nationalbank beträgt unverändert 50 Mio. Franken, eingeteilt in 100 000 Namenaktien von je 500 Franken, wovon 50% (250 Franken) einbezahlt sind.

Im Berichtsjahr genehmigte der Bankausschuss die Übertragung von 11 518 Aktien (+17%) auf neue Eigentümer. Am 31. Dezember 1999 waren die Eintragungsgesuche für 11 201 Aktien hängig oder ausstehend.

Die Aktien waren wie folgt verteilt:

1077 Privataktionäre mit je	1 Aktie
1455 Privataktionäre mit je	2–10 Aktien
452 Privataktionäre mit je	11–100 Aktien
19 Privataktionäre mit je	101–200 Aktien
13 Privataktionäre mit je	über 200 Aktien
3 016 Privataktionäre mit zusammen	32 655 Aktien
26 Kantone mit zusammen	38 981 Aktien
24 Kantonalbanken mit zusammen	14 921 Aktien
40 andere öffentlich-rechtliche Körperschaften/Anstalten mit zusammen	2 242 Aktien
90 öffentlich-rechtliche Aktionäre mit zusammen	56 144 Aktien
3 106 Aktionäre mit zusammen	88 799 Aktien
Eintragungsgesuche hängig oder ausstehend für	11 201 Aktien
Total	100 000 Aktien

Von den eingetragenen Aktien gehörten 63% Kantonen, Kantonalbanken sowie anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten, 37% waren auf Privataktionäre eingetragen; von den letzteren wurden 76% von natürlichen Personen und 24% von juristischen Personen gehalten. In ausländischem Besitz befanden sich 2 706 Aktien (ohne Stimmrecht) bzw. 2,7% des Aktienkapitals.

Der Kurs der Nationalbankaktie, der sich wegen der gesetzlichen Maximaldividende von 6% normalerweise ähnlich entwickelt wie eine mit 6% verzinste langfristige Bundesobligation, bewegte sich im Jahresverlauf zwischen 750 und 950 Franken.

Die Zahl der Transaktionen nahm gegenüber dem Vorjahr um knapp 20% zu. Dagegen ging die Anzahl hängiger oder ausstehender Eintragungsgesuche in ähnlichem Ausmass zurück.

Bedeutende Aktionäre, deren Beteiligung 5% aller Stimmrechte bzw. 5 000 Namenaktien übersteigt, sind:

	Anzahl Aktien		Beteiligungsquote	
	1999	Veränderung gegenüber Vorjahr	1999	Veränderung gegenüber Vorjahr
Kanton Bern	6 630	–	6,63%	–
Kanton Zürich	5 200	–	5,20%	–

Reservefonds

Aus dem Jahresgewinn 1998 wurde der Reservefonds um 1,0 Mio. Franken (gesetzlich vorgesehener Höchstbetrag) auf 64,0 Mio. Franken aufgestockt.

Ziffer 46 der Bilanz

Jahresgewinn – Ermittlung und Ausschüttung

Die Gewinnermittlung trägt den Besonderheiten der Nationalbank Rechnung. Die Nationalbank muss in der Lage sein, ihre verfassungsmässige Aufgabe ohne Ertragszwang zu erfüllen. Sie schüttet daher nicht den ganzen Ertragsüberschuss aus, sondern bildet die notwendigen Rückstellungen sowohl für die üblichen betriebswirtschaftlichen als auch für volkswirtschaftliche Risiken. Sie benützt die Rückstellungen in erster Linie dazu, Devisenreserven aufzubauen. Die Devisenreserven erlauben ihr, im Falle einer Frankenschwäche am Markt zu intervenieren. Zudem stärken sie die Resistenz der schweizerischen Volkswirtschaft gegen internationale Krisen. Der Bedarf an Devisenreserven wächst mit der Grösse und der Auslandverflechtung der schweizerischen Wirtschaft.

Ziffer 47 der Bilanz und Erfolgsrechnung

Daher wurde in einer am 24. April 1998 abgeschlossenen Vereinbarung zwischen der Nationalbank und dem Eidgenössischen Finanzdepartement über die Gewinnausschüttung die Regel bestätigt, dass die Rückstellungen im Gleichschritt mit dem nominalen Bruttosozialprodukt ausgeweitet werden sollen. Die angestrebte prozentuale Zunahme bemisst sich nach dem durchschnittlichen Zuwachs des nominalen Bruttosozialproduktes in den letzten fünf Jahren. Damit werden spätere Korrekturen und grosse Schwankungen von Jahr zu Jahr vermieden.

Der verbleibende Überschuss gemäss Art. 27 Abs. 3 lit. b NBG wird nach der Festlegung der übrigen gesetzlich vorgesehenen Gewinnzuweisungen (Art. 27 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3 lit. a NBG) ermittelt. Ein solcher Überschuss liegt vor, wenn die effektiven die angestrebten Rückstellungen übersteigen. Die Ausschüttungen an den Bund und die Kantone wurden in der Vereinbarung mit dem Finanzdepartement – zwecks noch stärkerer Glättung – neu für die Fünfjahresperiode 1999–2003 aufgrund einer Ertragsprognose zum Voraus auf 1,5 Mrd. Franken pro Jahr festgelegt. Diese Ausschüttungen werden aus den Ertragsüberschüssen der Geschäftsjahre 1998–2002 sowie dem Ende 1997 verbliebenen Überschuss der effektiven Rückstellungen erfolgen. Falls diese Überschüsse für die vereinbarten Ausschüttungen nicht ausreichen sollten, ist die Nationalbank bereit, ein vorübergehendes Absinken der Rückstellungen unter den angestrebten Bestand zuzulassen, um den Betrag von 1,5 Mrd. Franken dennoch überweisen zu können. Die Rückstellungen dürfen indessen 60% des angestrebten Bestandes nicht unterschreiten. Nötigenfalls muss die Ausschüttung während der Fünfjahresperiode gekürzt oder vollständig ausgesetzt werden.

Angestrebter Bestand der Rückstellungen und Berechnung des verbleibenden Überschusses sowie der Ausschüttung

	Wachstum des nominalen Bruttozialproduktes Prozent (Durchschnittsperiode) ¹ (1)	Rückstellungen am Jahresende Mio. Franken		Verbleibender Überschuss Mio. Franken (4) = (3) - (2)	Aus-schüttung Mio. Franken (5)
		Angestrebter Bestand (2)	Effektiver Bestand vor Ausschüttung ² (3)		
1996	3,7 (1990–94)	24 481,9	32 062,3	7 580,4	1 057,8 ³
1997	2,9 (1991–95)	25 191,9	34 892,2	9 700,3	600,0
1998	1,8 (1992–96)	25 645,4	36 700,4	11 055,0	1 500,0
1999	1,9 (1993–97)	26 132,7	39 649,3	13 516,6	1 500,0
2000	2,0 (1994–98)	26 655,4			

1 Die Daten für das nominale Bruttozialprodukt werden laufend revidiert. Die in der Tabelle ausgewiesenen Wachstumsraten weichen deshalb geringfügig von den Prozentzahlen ab, die sich aufgrund der neuesten verfügbaren Daten ergeben.

2 Die Bilanzposition Rückstellungen entspricht diesem Betrag abzüglich der Ausschüttung an Bund und Kantone.

3 Maximale Ausschüttung von 600,0 Mio. Franken zuzüglich rund 457,8 Mio. Franken (Differenz zwischen maximal ausschüttbarem Gewinn von 600 Mio. Franken und effektiver Ausschüttung von rund 142,2 Mio. Franken für das Geschäftsjahr 1995).

3.5 Erläuterungen zu den Ausserbilanzgeschäften

	1999	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken
Offene Zusagen		
Two-way-arrangement (IWF) ¹	120,8	+106,0
Allg. Kreditvereinbarungen (AKV) und neue Kreditvereinbarungen (NKV) ²	3 403,8	+853,9
Arbeitsverringerungs- und Wachstumsfazilität PRGF (vormals ESAF II) ³	92,8	+11,2 ⁴
Substitutionszusage an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) ⁵	234,1	-110,2
Swapvereinbarung mit der Bank of Japan ⁶	-	-2 422,0

Übrige Ausserbilanzpositionen

Nachschusspflicht Namenaktien BIZ ⁷	130,2	+19,2
Akkreditive ⁸	10,2	+2,4
Übrige Zahlungsverpflichtungen ⁹	17,3	
Treuhandanlagen des Bundes	375,8	+52,0

	Nominalwert	Bruttowiederbeschaffungswert	
		Mio. Franken	
	Mio. Franken	positiv	negativ
Terminkontrakte			
auf Edelmetallen	-	-	-
auf Devisen ¹⁰	8 920,8	14,4	236,9
auf Zinsinstrumenten ¹¹	199,4	-	1,0
Total	9 120,2	14,4	237,9

1 Zusage der Nationalbank, bis zu der vereinbarten Höchstlimite von 400 Mio. XDR Sonderziehungsrechte gegen Devisen zu kaufen oder die erworbenen Sonderziehungsrechte wieder gegen Devisen abzugeben (vgl. S. 88).

2 Kreditlimite in Höhe von zusammen 1 557 Mio. XDR (davon maximal 1 020 Mio. XDR im Rahmen der AKV) zugunsten des IWF für besondere Fälle, ohne Bundesgarantie (vgl. S. 89).

3 Zeitlich befristete Kreditzusage von 151,7 Mio. XDR an den Treuhandfonds des IWF (vgl. S. 60 und 89)

4 Veränderung ausschliesslich Wechselkursbedingt

5 Substitutionszusage über 146,5 Mio. USD zugunsten der BIZ im Rahmen des Währungshilfebeschlusses für einen Währungshilfekredit an Brasilien, mit Bundesgarantie (vgl. 91. Geschäftsbericht, S. 59)

6 Das bilaterale Abkommen zum befristeten Tausch von Franken gegen maximal 200 Mrd. JPY mit der Bank of Japan lief im Berichtsjahr aus.

7 Die BIZ Aktien sind nur zu 25% liberiert; die Nachschusspflicht rechnet sich in Goldfranken, d. h. ist stark vom Goldkurs abhängig. Die Veränderung ist ausschliesslich auf den Anstieg des Goldpreises zurückzuführen.

8 Hauptsächlich aus Entwicklungshilfeleistungen des Bundes (gedeckt durch ausgedehnte Guthaben)

9 Erstmaliger Ausweis der Verpflichtungen aus langfristigen Mietverträgen (Vorjahr: 16,1 Mio. Franken)

10 Aus Termingeschäften (hauptsächlich Swaps)

11 Aus Kassageschäften mit Valuta im neuen Jahr sowie Futures und Zinssatzswaps

4 Anträge des Bankrates an die Generalversammlung der Aktionäre

Der Bankrat genehmigte in seiner Sitzung vom 3. März 2000 auf Antrag des Bankausschusses den vom Direktorium vorgelegten 92. Geschäftsbericht über das Jahr 1999 zur Vorlage an den Bundesrat und die Generalversammlung der Aktionäre.

Der Bundesrat erteilte seine in Artikel 63 Absatz 2 lit. i des Nationalbankgesetzes vorgesehene Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung am 20. März 2000. Die Revisionskommission erstellte ihren in Artikel 51 Absatz 2 des Nationalbankgesetzes vorgesehenen Bericht am 4. Februar 2000.

Der Bankrat beantragt der Generalversammlung¹:

1. Der vorliegende Geschäftsbericht samt Jahresrechnung wird genehmigt.
2. Den mit der Verwaltung beauftragten Gesellschaftsorganen wird Entlastung erteilt.
3. Der Bilanzgewinn von Fr. 1507 998 949.60 ist wie folgt zu verwenden:

Einlage in den Reservefonds (Art. 27 Abs. 1 NBG)	Fr.	1 000 000.--
Ausrichtung einer Dividende von 6 % (Art. 27 Abs. 2 NBG)	Fr.	1 500 000.--
Ablieferung an die Eidgenössische Finanzverwaltung: zugunsten der Kantone, 80 Rp. je Kopf der Bevölkerung (Art. 27 Abs. 3 lit. a NBG)	Fr.	5 498 949.60
zugunsten von Bund und Kantonen (Art. 27 Abs. 3 lit. b NBG)	Fr.	1 500 000 000.--
		<hr/>
	Fr.	1 507 998 949.60

¹ Die Anträge betreffend die Wahlen in den Bankrat und die Wiederwahl der Revisionskommission sind auf den Seiten 70 bzw. 72 zu finden.

5 Bericht der Revisionskommission an die Generalversammlung der Aktionäre

Sehr geehrter Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Als Revisionskommission haben wir die Buchführung und die Jahresrechnung (Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang) der Schweizerischen Nationalbank für das am 31. Dezember 1999 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Befähigung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Grundsätzen des Berufsstandes, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben sowie gestützt auf die Berichterstattung von ATAG Ernst & Young AG. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze, die wesentlichen Bewertungsentscheide sowie die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Gemäss unserer Beurteilung vermittelt die Jahresrechnung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den Fachempfehlungen zur Rechnungslegung (FER), wobei wir auf die im Anhang zur Jahresrechnung erläuterten Besonderheiten in der Rechnungslegung der Schweizerischen Nationalbank, der mit dem Notenmonopol ausgestatteten Zentralbank der Schweiz, verweisen.

Ferner entsprechen die Buchführung und die Jahresrechnung sowie der Antrag über die Verwendung des Bilanzgewinnes den Bestimmungen des Nationalbankgesetzes und des Obligationenrechts.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Bern, den 4. Februar 2000

Die Revisionskommission:

Hans Michel

Präsident

Maryann Rohner

Vizepräsidentin
dipl. Wirtschaftsprüferin

Kaspar Hofmann

Leitender Revisor
dipl. Wirtschaftsprüfer

Mit Wirkung ab 9. April senkt die Nationalbank den Diskontsatz um einen halben Prozentpunkt auf 0,5% (vgl. S. 40f).

April

In der Abstimmung vom 18. April nehmen Volk und Stände die Totalrevision der Bundesverfassung an, die auch einen nachgeführten Geld- und Währungsartikel (Art. 99 nBV) enthält. Die neue Bundesverfassung tritt auf Anfang 2000 in Kraft (vgl. S. 43f).

Am 26. Mai verabschiedet der Bundesrat die Botschaft zu einem Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel (vgl. S. 44).

Mai

Am 18. Juni scheidet der bereinigte neue Geld- und Währungsartikel der Bundesverfassung in der Schlussabstimmung im Nationalrat (vgl. S. 43f).

Juni

Am 18. Juni stimmen die eidgenössischen Räte der Änderung des Bundesbeschlusses über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmassnahmen zu (vgl. S. 62).

Am 26. September schliessen 15 europäische Zentralbanken, darunter die Schweizerische Nationalbank, ein Abkommen über Goldverkäufe ab (vgl. S. 45).

September

Anfang Oktober führt die Nationalbank die Intraday-Liquidität ein (vgl. S. 37 und 54).

Oktober

Am 1. Dezember tritt die Änderung des Bundesbeschlusses über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmassnahmen in Kraft (vgl. S. 62).

Dezember

Am 10. Dezember veröffentlicht die Nationalbank ein angepasstes geldpolitisches Konzept. Sie nimmt zudem im Einvernehmen mit dem Bundesrat in Aussicht, den geldpolitischen Kurs für das Jahr 2000 leicht zu straffen (vgl. S. 33ff und 40ff).

Am 22. Dezember stimmen die eidgenössischen Räte dem Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel zu (vgl. S. 44).

Ende Dezember stellt die Nationalbank als Folge der Neukonzeption des Bargeldverkehrs den Kassenbetrieb der Zweiganstalten Basel, Lausanne, Luzern und St. Gallen ein (vgl. S. 65ff).

Tabellen und Aufstellungen

1 Geschäftsergebnisse seit 1989

in Millionen Franken

	1989	1990
Ertrag aus		
Goldgeschäften	–	–
Devisenanlagen	2 848,7	2 585,1
Reserveposition beim IWF ¹	–	–
Internationalen Zahlungsmitteln ¹	–	–
Währungshilfekrediten ¹	–	–
Ertrag aus		
Diskontierten Wertpapieren	33,9	44,2
Repo-Geschäften in Schweizer Franken	–	–
Inländischen Geldmarktforderungen	–	–
Lombardvorschüssen	5,7	3,9
Forderungen gegenüber Inlandkorrespondenten	7,3	10,8
Wertschriften in Schweizer Franken ²	149,5	160,2
Übrige Erträge	6,3	6,1
Bruttoertrag	3 051,3	2 810,3
Zinsaufwand	–59,4	–107,0
Notenaufwand	–21,3	–20,5
Personalaufwand	–61,3	–69,5
Sachaufwand	–72,3	–59,9
Abschreibungen auf Sachanlagen	–	–
Nettoertrag	2 837,0	2 553,4
Wechselkursbedingte Wertveränderungen	1 089,9	–3 976,8
Abschreibungen auf Wertschriften	–35,8	–48,3
Ausserordentlicher Aufwand	–	–
Ausserordentlicher Ertrag	–	–
Steuern	–0,3	–3,4
Gesamterfolg	3 890,8	–1 475,0
Zuweisung an Rückstellungen	–3 883,2	
Entnahme aus Rückstellungen		1 482,6
Jahresgewinn	7,6	7,6
Zuweisung an den Reservefonds	1,0	1,0
Dividende	1,5	1,5
Ablieferung an die Eidgenössische Finanzverwaltung zugunsten von Bund und Kantonen	5,1	5,1

1 Bis 1991 unter Devisenanlagen verbucht

2 Bis 1998 Ertrag aus Inländischen Wertschriften

3 Bedingt durch Änderung der Bewertungsgrundsätze

1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
-	-	-	-	-	-	2,6	42,6	57,8
3 084,7	2 498,8	2 348,4	1 618,4	1 910,7	1 794,8	2 067,5	3 091,3	372,9
-	3,3	40,3	32,1	45,6	55,1	69,9	123,8	91,4
-	4,3	11,3	12,9	12,4	13,6	14,0	14,0	8,2
-	6,1	8,7	8,9	12,1	10,7	12,9	19,5	16,5
37,1	31,6	4,0	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	84,2	150,1
-	11,2	59,0	57,2	55,5	32,6	22,9	5,9	-
2,6	2,5	1,8	2,0	0,9	0,9	0,9	0,7	0,8
12,6	12,2	6,9	7,0	3,8	2,3	1,7	1,4	1,0
176,1	184,3	315,9	228,7	238,1	260,3	262,4	220,0	30,6
6,6	14,1	17,8	15,3	8,9	12,9	13,4	15,1	30,9
3 319,6	2 768,3	2 814,2	1 982,5	2 288,0	2 183,2	2 468,4	3 618,4	760,1
-89,5	-98,8	-296,3	-213,1	-101,6	-49,3	-67,1	-126,1	-243,8
-23,1	-26,4	-54,6	-57,6	-59,3	-15,1	-32,0	-45,5	-43,8
-77,0	-79,8	-79,4	-83,3	-79,8	-82,0	-79,6	-81,1	-81,3
-64,9	-54,2	-55,0	-47,0	-56,6	-54,0	-55,2	-60,3	-74,5
-	-	-	-	-	-10,1	-9,9	-17,0	-20,9
3 065,1	2 509,1	2 328,9	1 581,5	1 990,7	1 972,7	2 224,5	3 288,5	295,7
1 697,1	692,6	764,1	-2 338,9	-3 531,4	4 412,1	1 765,2	-871,2	4 137,1
-37,0	-35,1	-67,7	-45,5	-66,0	-	-	-	-
-	-	-	-50,3	-0,9	-	-100,0	-22,9	-2,3
-	-	-	-	-	2 077,1 ³	6,0	0,0	27,3
-	-8,7	-	-	-	-	-	-	-
4 725,2	3 157,9	3 025,3	-853,2	-1 607,6	8 461,9	3 895,7	2 394,5	4 457,9
-4 117,6	-2 549,5	-2 417,3			-7 396,1	-3 287,7	-886,5	-2 949,9
			1 461,2	1 757,8				
607,6	608,4	608,0	608,0	150,2	1 065,8	608,0	1 508,0	1 508,0
1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
605,1	605,9	605,5	605,5	147,7	1 063,3	605,5	1 505,5	1 505,5

2 Bilanzübersicht seit 1989

Jahresendwerte in Millionen Franken

	1989	1990
Aktiven		
Gold und Forderungen aus Goldgeschäften		
Gold	11 903,9	11 903,9
Forderungen aus Goldgeschäften	–	–
Devisenanlagen		
nicht kursgesichert	21 760,4	22 480,5
kursgesichert (Swaps)	17 859,8	14 729,3
Reserveposition beim IWF	–	–
Internationale Zahlungsmittel ¹	123,6	112,9
Währungshilfekredite	87,1	–
Forderungen aus Repo-Geschäften in Schweizer Franken	–	–
Inländische Geldmarktforderungen	–	–
Schweizer Wechsel	542,7	711,1
Schatzanweisungen des Bundes	–	–
Lombardvorschüsse	704,1	165,7
Forderungen gegenüber Inlandkorrespondenten	458,3	567,0
Wertschriften in Schweizer Franken ²	2 574,0	2 814,0
Beteiligungen ³		
Sachanlagen ³		
Sonstige Aktiven	251,7	221,3
Nicht einbezahltes Aktienkapital	25,0	25,0
Bilanzsumme	56 290,6	53 730,7
Passiven		
Notenumlauf	29 168,4	29 640,5
Girokonten inländischer Banken ⁴	4 948,4	4 595,3
Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund ⁵	2 571,9	
auf Sicht	–	621,7
auf Termin	–	785,0
Girokonten ausländischer Banken und Institutionen	119,0	59,8
Übrige Sichtverbindlichkeiten	85,4	95,0
Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften in Schweizer Franken	–	–
Verbindlichkeiten in Fremdwährungen	–	–
Sonstige Passiven	60,2	77,7
Rückstellungen		
für Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken ⁶	18 595,7	17 113,1
für Betriebsrisiken ⁷	630,0	630,0
Aktienkapital	50,0	50,0
Reservefonds	54,0	55,0
Bilanzgewinn – Jahresgewinn	7,6	7,6
Bilanzsumme	56 290,6	53 730,7

Die ab 1996 angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind auf den Seiten 78f erläutert.

1 Ab 1980 Sonderziehungsrechte (XDR) und von 1989 bis 1997 zusätzlich ECU (XEU)

2 Bis 1998 Inländische Wertschriften

3 Beteiligungen und Sachanlagen wurden bis 1995 pro memoria geführt.

1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
11 903,9	11 903,9	11 903,9	11 903,9	11 903,9	11 903,9	11 448,2	11 045,5	10 453,2
-	-	-	-	-	-	458,3	884,6	1 485,4
25 710,4	26 204,8	29 042,8	28 626,0	27 767,8	36 462,9	40 780,2	45 005,7	46 921,8
14 521,7	19 653,0	17 988,3	17 284,4	14 044,8	12 865,5	12 490,3	7 800,1	7 686,4
-	1 144,4	1 221,6	1 241,5	1 687,7	2 067,8	2 765,0	3 070,6	2 677,6
117,3	134,9	332,7	414,8	408,2	290,0	452,4	390,8	756,4
97,1	156,4	218,4	198,3	173,7	204,3	315,4	768,3	306,5
-	-	-	-	-	-	-	17 348,3	28 136,0
-	467,7	752,5	720,5	1 436,2	1 581,7	673,5	-	-
522,1	353,4	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
107,0	26,9	13,5	14,9	4,7	764,2	0,4	0,3	1,0
552,8	493,0	595,8	565,8	429,2	514,5	415,4	378,8	390,8
2 886,1	2 975,7	2 973,2	3 027,1	3 063,9	4 821,5	4 941,0	5 010,0	4 884,9
					51,0	89,6	89,4	89,4
					532,4	567,4	563,0	556,7
313,2	261,0	707,0	778,0	1 064,3	452,1	482,2	480,4	467,7
25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
56 756,6	63 800,1	65 774,7	64 800,2	62 009,4	72 537,0	75 904,5	92 860,7	104 838,9
29 217,1	29 353,5	29 335,6	30 545,1	30 892,2	32 447,6	32 141,8	33 218,8	37 184,8
4 275,6	4 785,5	4 776,7	3 837,2	4 035,0	4 927,4	5 100,8	6 860,1	9 883,3
3,4	245,1	192,3	595,2	917,4	839,5	155,6	147,6	112,1
400,0	3 450,0	2 940,0	2 850,0	1 350,0	815,3	2 301,7	14 972,0	16 749,9
114,9	54,7	188,8	46,7	43,3	32,7	47,3	163,5	214,0
104,7	115,1	105,8	108,0	156,3	204,2	230,3	236,1	295,4
-	-	-	-	-	-	-	-	6,5
-	-	-	-	-	-	-	175,9	355,1
66,5	670,5	692,0	734,7	746,5	1 089,0	914,7	265,3	266,4
21 230,8	23 770,3	26 187,5	24 726,3	22 958,4	30 554,5	33 842,2	34 728,6	37 678,5
630,0	640,0	640,0	640,0	650,0	450,0	450,0	471,7	470,8
50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
56,0	57,0	58,0	59,0	60,0	61,0	62,0	63,0	64,0
607,6	608,4	608,0	608,0	150,2	1 065,8	608,0	1 508,0	1 508,0
56 756,6	63 800,1	65 774,7	64 800,2	62 009,4	72 537,0	75 904,5	92 860,7	104 838,9

4 Bis 1994 Girorechnungen von inländischen Banken und Finanzgesellschaften

5 Vor 1990 wurden die nicht weiterplatzierten Festgeldanlagen des Bundes nicht separat als Verbindlichkeiten auf Termin ausgewiesen.

6 Vor 1996 Rückstellung für Währungsrisiken und Bewertungskorrektur auf Devisen

7 Vor 1996 Andere Rückstellungen

3 Verzeichnis der Mitglieder der Aufsichts- und Leitungsorgane

(Stand per 1. Januar 2000)

Bankrat (Amtsperiode 1999–2003)	Eduard Belser, Bottmingen, Präsident
	Dr. Philippe Pidoux, Lausanne, Rechtsanwalt, Vizepräsident
	Dr. Kurt Amsler, Neuhausen, Präsident des Verbandes Schweizerischer Kantonalbanken
Die von der Generalversammlung der Aktionäre gewählten Mitglieder sind mit (*) bezeichnet.	Henri André, Paudex, Präsident des Verwaltungsrates der André & Cie AG
	Käthi Bangerter, Aarberg, Nationalrätin, Verwaltungsratspräsidentin und Delegierte der Bangerter-Microtechnik AG
	Jörg Baumann, Langenthal, Präsident des Verwaltungsrates der création baumann Weberei und Färberei AG
	* Fritz Blaser, Reinach, Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes
	Pierre Darier, Cologny, Teilhaber der Darier, Hentsch & Cie, Banquiers Privés
	Melchior Ehrler, lic. iur., Riniken, Nationalrat, Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes
	* Peter Everts, Zollikofen, Präsident der Verwaltungsdelegation des Migros-Genossenschaftsbundes
	* Hugo Fasel, St. Ursen, Nationalrat, Präsident des Christlichnationalen Gewerkschaftsbundes der Schweiz
	Laurent Favarger, Develier, Direktor der Four électrique Delémont SA, Delémont
	* Brigitta M. Gadiant, lic. iur., Chur, Nationalrätin, Mitinhaberin eines Beratungsbüros für Rechts-, Organisations- und Strategiefragen
	Dr. Serge Gaillard, Bolligen, geschäftsführender Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
	Peter Galliker, Altishofen, Unternehmer, Präsident der Luzerner Kantonalbank
	Marion Gétaz, Cully, Mitglied des Stiftungsrates des Centre romand de promotion du management (CRPM), Direktorin des Cours suisse de direction d'entreprise
	* Dr. Jean Guinand, Neuenburg, Regierungsrat, Vorsteher des Finanz- und Sozialdepartementes des Kantons Neuenburg
	Rudolf Hauser, Zürich, Delegierter des Verwaltungsrates der Bucher Holding AG
	* Trix Heberlein, Zumikon, Nationalrätin, Rechtsanwältin
	* Rudolf Imhof, Laufen, Nationalrat
	* Dr. Hansheiri Inderkum, Altdorf, Ständerat, Rechtsanwalt
	Dr. Yvette Jaggi, Lausanne, Präsidentin der Stiftung Pro Helvetia
	* Dr. Armin Jans, Zug, Dozent für Volkswirtschaftslehre an der Zürcher Hochschule Winterthur
	Marianne Kleiner-Schläpfer, Herisau, Landammann (Regierungspräsidentin), Vorsteherin der Finanzdirektion des Kantons Appenzell Ausserrhoden
	Dr. Andres F. Leuenberger, Riehen, Vizepräsident des Verwaltungsrates der F. Hoffmann-La Roche AG, Präsident des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins (Vorort)
	* Dr. Ruth Lüthi, Freiburg, Staatsrätin, Vorsteherin der Gesundheits- und Sozialfürsorgedirektion des Kantons Freiburg
	* Jean-Philippe Maitre, Vézenaz, Nationalrat, Rechtsanwalt
	* Franz Marty, lic. iur., Goldau, Regierungsrat, Vorsteher des Finanzdepartementes des Kantons Schwyz, Präsident der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren
	Luigi Pedrazzini, Locarno Solduno, Staatsrat, Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes des Kantons Tessin

Vasco Pedrina, Zürich, Zentralpräsident der Gewerkschaft Bau & Industrie, Vizepräsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Dr. Fulvio Pelli, Lugano, Nationalrat, Rechtsanwalt und Notar
Heinz Pletscher, Löhningen, Bauunternehmer, Präsident des Schweizerischen Baumeisterverbandes
Rolf Ritschard, Luterbach, Regierungsrat, Vorsteher des Departementes des Innern des Kantons Solothurn
Christian Seiler, Sitten, Rechtsanwalt, Delegierter des Verwaltungsrates der Seiler Hotels Zermatt AG
* Dr. Peter Spälti, Hettlingen, Präsident des Verwaltungsrates der "Winterthur" Schweizerische Versicherungs-Gesellschaft
Dr. Judith Stamm, Luzern
* Prof. Dr. Alexandre Swoboda, Genf, Professor am Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales (beurlaubt), Senior Policy Advisor and Resident Scholar, Internationaler Währungsfonds, Washington
Alberto Togni, Küsnacht, Vizepräsident des Verwaltungsrates der UBS AG
Prof. Dr. Ulrich Zimmerli, Muri BE, Professor für eidgenössisches und kantonales Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Bern
* Elisabeth Zölch-Balmer, Bern, Regierungsrätin, Volkswirtschaftsdirektorin des Kantons Bern

Eduard Belser
Philippe Pidoux
Melchior Ehrler
Serge Gaillard
Trix Heberlein
Yvette Jaggi
Andres F. Leuenberger
Jean-Philippe Maitre
Franz Marty
Ulrich Zimmerli

Bankausschuss
(Amtsperiode 1999–2003)

Lokalkomitees

(Amtsperiode 1999–2003)

Basel

Peter Grogg, Bubendorf, Präsident des Verwaltungsrates der Bachem AG, Vorsitzender
Klaus Endress, Reinach, Delegierter des Verwaltungsrates der Endress + Hauser
(International) Holding AG, Stellvertreter des Vorsitzenden
Raymond R. Cron, dipl. Ing. ETH/SIA, Basel, Mitglied der Geschäftsleitung der
Batigroup Holding AG

Bern

Karl Gnägi, Wohlen bei Bern, Präsident des Verwaltungsrates der Asklia Holding AG,
Vorsitzender
Jean Lauener, Saint-Aubin, Präsident des Verwaltungsrates der Lauener & Cie SA,
Stellvertreter des Vorsitzenden
Jean-François Rime, Bulle, Verwaltungsratspräsident der Despond SA

Genf

Claude Hauser, Versoix, Generaldirektor der Migros Genossenschaft Genf, Vorsitzender
Jean-Claude Rinolfi, Givrins, Präsident des Verwaltungsrates der Printelec SA,
Stellvertreter des Vorsitzenden
Charles Seydoux, Choulex, Direktor der Seydoux-DMB SA, Präsident der Genfer Sektion des
Schweizerischen Baumeisterverbandes

Lausanne

Rolf Mehr, St-Prex, Präsident der Generaldirektion der Group Vaudoise Versicherungen,
Vorsitzender
Walter Kobler, Lausanne, Generaldirektor der Baumgartner Papiers SA,
Stellvertreter des Vorsitzenden
Gérard Beytrison, Conthey, Generaldirektor der Orgamol SA

Lugano

Corrado Kneschaurek, Muzzano, Direktor des Hotels du Lac-Seehof, Präsident des
Hotelier-Vereins Tessin, Vorsitzender
Franz Bernasconi, Genestrerio, Präsident des Verwaltungsrates und Generaldirektor
der Precicast SA, Stellvertreter des Vorsitzenden
Olimpio Pini, Sorengo, dipl. Ing. ETH/SIA, Direktor der Pini & Associati

Luzern

Dr. Hans-H. Gasser, dipl. Ing., Lungern, Vorsitzender
Hans-Rudolf Schurter, lic. iur., Luzern, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der
Schurter Holding AG, Stellvertreter des Vorsitzenden
Ruth Pedrazzetti-Weibel, Luzern, Hotelière, Hotel Continental-Park, Präsidentin des
Hoteliervereins der Stadt Luzern

St. Gallen

Peter G. Anderegg, Egnach, Delegierter des Verwaltungsrates der Filtex AG, Vorsitzender
Willy Egeli, Wittenbach, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Egeli AG, Holding,
Präsident des Schweizerischen Verbandes Creditreform, Stellvertreter des Vorsitzenden
Charles Peter, Uzwil, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Benninger AG

Zürich

Wera Hotz-Kowner, dipl. Ing. ETH, Erlenbach, Delegierte des Verwaltungsrates der
Kowner Jakob AG, Vorsitzende
Silvia Huber-Meier, Lengnau/AG, Delegierte des Verwaltungsrates der DOMACO,
Dr. med. Aufdermaur AG, Stellvertreterin der Vorsitzenden
Kurt E. Feller, Wollerau, Vorsitzender der Konzernleitung der Rieter Holding AG

Mitglieder

Hans Michel, Egnach, Präsident
Maryann Rohner, Zürich, dipl. Wirtschaftsprüferin, Treureva AG, Vizepräsidentin
Kaspar Hofmann, Adliswil, dipl. Wirtschaftsprüfer, Hofmann Wirtschaftsprüfung AG

Ersatzmitglieder

Josef Blöchlinger, Begnins, dipl. Wirtschaftsprüfer, Refidar Société Fiduciaire
Jean-Claude Grangier, Epalinges, Vizepräsident der Generaldirektion der
Waadtländer Kantonalbank
Werner M. Schumacher, Binningen, Direktor der Banque Jenni et Cie SA

Revisionskommission

(Amtsperiode 1999/2000)

Direktorium	Dr. Hans Meyer, Präsident, Zürich
	Dr. Jean-Pierre Roth, Vizepräsident, Bern
	Prof. Dr. Bruno Gehrig, Mitglied, Zürich
Generalsekretariat	
Generalsekretär	Peter Schöpf, Zürich
Stellvertreter des Generalsekretärs	Dr. Hans-Ueli Hunziker, Vizedirektor, Bern

Departemente	I. Departement (Zürich)	
	Departementsvorsteher	Dr. Hans Meyer, Präsident des Direktoriums
	Stellvertreter des Departementsvorstehers	Dr. Peter Klauser, Direktor
		Dr. Georg Rich, Direktor
	Interne Revision	Ulrich W. Gilgen, Direktor
		Othmar Flück, Vizedirektor
	Pressestelle	Werner Abegg, stellvertretender Direktor
	Regionale Wirtschaftskontakte	Heinz Alber, Direktor
	Bereich Volkswirtschaft	Dr. Georg Rich, Direktor
	Ressort Volkswirtschaftliche Studien	Dr. Michel Peytrignet, Direktor
	Forschung	Dr. Thomas J. Jordan, Vizedirektor
	Konjunktur	Dr. Eveline Ruoss, Vizedirektorin
	Ressort Internationale Währungsbeziehungen	Dr. Werner Hermann, Direktor
		Dr. Umberto Schwarz, Vizedirektor
	Ressort Bankwirtschaft	Dr. Urs W. Birchler, Direktor
		Dr. Bertrand Rime, Vizedirektor
	Ressort Statistik	Christoph Menzel, Direktor
	Analysen	Robert Fluri, Vizedirektor
	Monetäre Statistik	Mauro Picchi, Vizedirektor
	Zahlungsbilanz	Thomas Schlup, Vizedirektor
	Datenbank	Rolf Gross, Vizedirektor
	Applikationssoftware	Jean-Marie Antoniazza, Vizedirektor
	Bereich Recht und Dienste	Dr. Peter Klauser, Direktor
	Rechtsdienst	Dr. Peter Merz, Direktor
		Dr. Eliane Menghetti, Vizedirektorin
	Personaldienst	Dr. Christine Breining-Kaufmann, Direktorin
		Dr. Benjamin Künzli, Vizedirektor
Vorsorgeeinrichtungen	Dr. Peter Hadorn, stellvertretender Direktor	
Liegenschaften und Dienste	Theo Birchler, Vizedirektor	

II. Departement (Bern)

Departementsvorsteher	Dr. Jean-Pierre Roth, Vizepräsident des Direktoriums
Stellvertreter des Departementsvorstehers	Dr. Hans Theiler, Direktor
Regionale Wirtschaftskontakte	Jean-Pierre Borel, Direktor
Sicherheit	Hans Balzli, Vizedirektor
Bereich Bankgeschäft	Dr. Theodor Scherer, Direktor
Ressort Wertschriften und Goldoperationen	Dr. Hans-Christoph Kesselring, stellvertretender Direktor
Ressort Rechnungswesen	Peter Bechtiger, stellvertretender Direktor
Zahlungsverkehr	Daniel Ambühl, Vizedirektor
Kasse	Werner Beyeler, Vizedirektor
Bereich Bargeld	Roland Tornare, Hauptkassier der Bank, Direktor

III. Departement (Zürich)

Departementsvorsteher	Prof. Dr. Bruno Gehrig, Mitglied des Direktoriums
Stellvertreter des Departementsvorstehers	Dr. Erich Spörndli, Direktor Erwin Sigrist, Direktor
Bereich monetäre Operationen	Dr. Erich Spörndli, Direktor
Ressort Risikomanagement	Dewet Moser, stellvertretender Direktor
Ressort Geldmarkt und Devisenhandel	Karl Hug, Direktor
Ressort Devisenanlagen	Dr. Thomas Stucki, stellvertretender Direktor
Bereich Abwicklung und Informatik	Erwin Sigrist, Direktor
Zahlungssysteme	Dr. Daniel Heller, Vizedirektor
Ressort Abwicklung	Daniel Wettstein, Direktor
Zahlungsverkehr Inland	Walter Gautschi, Vizedirektor
Zahlungsverkehr Ausland	Markus Steiner, Vizedirektor
Kasse	Roland-Michel Chappuis, Vizedirektor
Administration	Beat Spahni, Vizedirektor
Ressort Informatik	Dr. Rudolf Hug, Direktor
Stab	Dr. Raymond Bloch, Vizedirektor
Applikationen Bankgeschäfte	François Ryffel, Vizedirektor
Applikationen Statistik	Dr. Jürg Ziegler, stellvertretender Direktor
Applikationen Büroautomation und Bankbetrieb	Peter Bornhauser, Vizedirektor
Systemtechnik	Jules Troxler, Vizedirektor
Informatikbetrieb Zürich	Peter Künzli, Vizedirektor
Informatikbetrieb Bern	Bruno Beyeler, Vizedirektor

Zweiganstalten	Basel	Dr. Anton Föllmi, Direktor
	Genf ¹	Yves Lieber, Direktor
	Lausanne	François Ganière, Direktor
	Lugano ¹	Wally Giger Delucchi, Direktorin
	Luzern	Max Galliker, Direktor
	1 mit Kassenbetrieb	St. Gallen

Agenturen

Die Schweizerische Nationalbank unterhält an folgenden Orten von Kantonalbanken geführte Agenturen:

Altdorf
Appenzell
Basel
Bellinzona
Biel
Chur
Freiburg
Glarus
Liestal
Luzern
Sarnen
Schaffhausen
Schwyz
Sitten
Stans
Thun
Weinfelden
Zug

4 Organigramm

Generalversammlung			Revisionskommission	
Bankrat			Lokalkomitees	
Bankausschuss				
Direktorium			Generalsekretariat Zürich/Bern	
I. Departement Zürich			II. Departement Bern	
Interne Revision	Pressestelle	Regionale Wirtschaftskontakte	Stab/Regionale Wirtschaftskontakte	Hausverwaltung
Bereich Volkswirtschaft	Bereich Recht und Dienste		Bereich Bankgeschäft	Bereich Bargeld
Volkswirtschaftliche Studien	Rechtsdienst		Wertschriften und Goldoperationen	Administration
Internationale Währungsbeziehungen	Personaldienst		Rechnungswesen	Lagerung
Bankwirtschaft	Vorsorgeeinrichtungen		Zahlungsverkehr	Verarbeitung
Statistik	Liegenschaften und Dienste		Kasse	Technik
Zweiganstalt Basel	Zweiganstalt Luzern	Zweiganstalt St. Gallen	Zweiganstalt Genf¹	Zweiganstalt Lausanne

1 mit Kassenbetrieb

III. Departement Zürich

Sicherheit

Bereich Monetäre Operationen

Geldmarkt und
Devisenhandel

Devisenanlagen

Risikomanagement

Bereich Abwicklung und Informatik

Abwicklung

Informatik

Zahlungssysteme

Zweiganstalt Lugano¹

5 Publikationen

Geschäftsbericht	<p>Der Geschäftsbericht erscheint jeweils im April in deutscher, französischer, italienischer und englischer Sprache.</p> <p>Bezugsstelle: Schweizerische Nationalbank, Generalsekretariat, Bundesplatz 1, 3003 Bern, Telefon 031 327 02 11, Fax 031 327 02 21</p> <p>Bezug: gratis</p>
Die Banken in der Schweiz	<p>«Die Banken in der Schweiz» ist ein kommentiertes statistisches Quellenwerk zur Entwicklung des Bankensektors der Schweiz. Die Angaben stützen sich im Wesentlichen auf die Jahresendstatistik der Nationalbank. Die Publikation erscheint Mitte Jahr in deutscher und französischer Sprache.</p> <p>Bezugsstelle: Zürichsee Zeitschriftenverlag, Seestrasse 86, Postfach, 8712 Stäfa, Telefon 01 928 56 16, Fax 0848 80 55 20</p> <p>Preis: Fr. 20.–¹</p>
Zahlungsbilanz der Schweiz	<p>Die «Zahlungsbilanz der Schweiz» kommentiert die Entwicklung des schweizerischen Handels- und Kapitalverkehrs mit dem Ausland und erscheint jeweils im September, auch als Beilage zum Monatsheft, in deutscher, französischer und englischer Sprache.</p> <p>Bezugsstelle: Schweizerische Nationalbank, Bibliothek, Börsenstrasse 15, Postfach, 8022 Zürich, Telefon 01 631 32 84, Fax 01 631 39 11</p> <p>Bezug: gratis</p>
Quartalsheft	<p>Das Quartalsheft umfasst den vierteljährlichen Bericht des Direktoriums über die Wirtschafts- und Währungslage, wissenschaftliche Arbeiten und ausgewählte Vorträge von Mitarbeitenden der Nationalbank über geld- und währungspolitische Fragen. Das Quartalsheft erscheint viermal jährlich in deutscher und französischer Sprache.</p> <p>Bezugsstelle: Zürichsee Zeitschriftenverlag, Seestrasse 86, Postfach, 8712 Stäfa, Telefon 01 928 56 16, Fax 0848 80 55 20</p> <p>Preis: pro Jahr Fr. 25.–¹ (Ausland Fr. 30.–), für Abonnenten des statistischen Monatshefts: pro Jahr Fr. 15.–¹ (Ausland Fr. 20.–)</p>

¹ einschliesslich 2,3% MWSt

Das statistische Monatsheft enthält einen kurzen Kommentar zur Politik der Nationalbank und zum Geschehen am Geld-, Kapital- und Devisenmarkt sowie grafische und tabellarische Darstellungen der wichtigsten schweizerischen und internationalen Wirtschaftsdaten (deutsch und französisch).

Statistisches Monatsheft

Bezugsstelle: Zürichsee Zeitschriftenverlag, Seestrasse 86, Postfach, 8712 Stäfa,
Telefon 01 928 56 16, Fax 0848 80 55 20
Preis: pro Jahr Fr. 40.–¹ (Ausland Fr. 80.–; Luftpostzuschlag auf Anfrage)

Das bankenstatistische Quartalsheft erscheint vierteljährlich und enthält detaillierte Angaben aus der Bankenstatistik (deutsch und französisch).

**Bankenstatistisches
Quartalsheft**

Bezugsstelle: Zürichsee Zeitschriftenverlag, Seestrasse 86, Postfach, 8712 Stäfa,
Telefon 01 928 56 16, Fax 0848 80 55 20
Bezug: gratis (zusammen mit dem statistischen Monatsheft)

Der Ausweis ist die Kurzfassung der Bilanz der Nationalbank. Er erscheint dreimal monatlich, am 10., 20. und letzten jedes Monats, jeweils mit knapper Erläuterung (deutsch und französisch).

Ausweis

Bezugsstelle: Schweizerische Nationalbank, Generalsekretariat, Bundesplatz 1, 3003 Bern,
Telefon 031 327 02 11, Fax 031 327 02 21
Bezug: gratis

Die Broschüre «Ein Kurzporträt» beschreibt auf rund dreissig Seiten das geldpolitische Konzept, wichtige andere Aufgaben sowie Organisation und Rechtsgrundlagen der Tätigkeit der Nationalbank. Die Broschüre erscheint in deutscher, französischer, italienischer und englischer Sprache.

Ein Kurzporträt

Bezugsstelle: Schweizerische Nationalbank, Bibliothek, Börsenstrasse 15, Postfach, 8022 Zürich,
Telefon 01 631 32 84, Fax 01 631 39 11
Bezug: gratis

Alle Publikationen – ausgenommen das «Kurzporträt» – sind verfügbar auf Internet:
<http://www.snb.ch>

¹ einschliesslich 2,3% MWSt

6 Adressen der Sitze und Zweiganstalten

Sitze	Zürich	
	Börsenstrasse 15	Telefon +41 1 631 31 11
	Postfach 4388	Telefax +41 1 631 39 11
	8022 Zürich	Telex 812 400 snb ch
	Bern	
	Bundesplatz 1	Telefon +41 31 327 02 11
	3003 Bern	Telefax +41 31 327 02 21
		Telex 911 310 snb ch
	Zweiganstalten	Basel
Aeschenvorstadt 55		Telefon +41 61 270 80 80
Postfach 626		Telefax +41 61 270 80 87
4010 Basel		
Genf¹		
Rue Diday 8		Telefon +41 22 311 86 11
Postfach 5355		Telefax +41 22 818 57 62
1211 Genf 11		Telex 421 420 snge ch
Lausanne		
Rue de la Paix 6		Telefon +41 21 213 05 11
Postfach 2332		Telefax +41 21 320 40 06
1002 Lausanne		Telex 454 642 snla ch
Lugano¹		
Via Canova 12		Telefon +41 91 911 10 10
Postfach 2858		Telefax +41 91 911 10 11
6901 Lugano		Telex 843 102 snlg ch
Luzern (ab 25. Mai)		
Münzgasse 6		Telefon +41 41 227 20 40
6000 Luzern 7		Telefax +41 41 227 20 49
St. Gallen		
Neugasse 43		Telefon +41 71 227 25 11
Postfach	Telefax +41 71 227 25 19	
9004 St. Gallen		
1 mit Kassenbetrieb		
Internet	http://www.snb.ch	
E-Mail	snb@snb.ch	

Gestaltung

Weiersmüller Bosshard Grüniger WBG, Zürich

Satz

typolitho ag, Zürich

Druck

Buri Druck AG, Wabern-Bern

ISSN 1421-5497

